

Abonnements-Bedingungen:
Abonnementspreis: 3,50 M. monatlich 1,10 M.
wöchentlich 25 Pf. frei ins Haus.

Vorwärts

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnen-
zeile oder deren Raum 50 Pf. für
politische und gemeinschaftliche Vereins-
und Sammlungs-Anzeigen 20 Pf.

Erscheint täglich außer Montags.

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Telegraphisch-Adressen:
„Sozialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Freitag, den 27. Mai 1910.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Junker-Trümpfe.

Die heißen, inneren Kämpfe des Nationalliberalismus
sind umsonst gewesen. Das wilde Ringen seiner leichtliberalen
Seele mit der schwerindustriellen war gänzlich zwecklos.

Am Donnerstagvormittag tagten die Fraktions-sitzungen im
Abgeordnetenhaus. Und am Nachmittag erschienen die Resultate
in Gestalt von Anträgen, die die Parteien zur heutigen Ver-
ratung der Wahlrechtsvorlage einbringen wollen.

Die Anträge Nichthofen werden heute vorgelegt
werden. Zwei davon sind wesentlich, sie beziehen sich auf die
Drittteilung und die Maximierung. Das Herrenhaus
hatte Drittteilungsbezirke von 10 000, 15 000 und 20 000
Einwohnern vorgelesen, Grenzen, die im wesentlichen den
nationalliberalen Forderungen entsprachen.

Damit sind die Karten der Junker aufgedeckt. Sie wollen
mit dem Zentrum eine Vorlage machen, die dem Herrenhause
etwas entgegenkommt, sie verzichten auf die Verbreiterung
der Basis der Vorlage durch die Nationalliberalen.

Blamiert bis auf die Knochen aber ist auch die unsfähige
Regierung, der die Junker zum zweitenmal die von ihr
funktionierte Vorlage nichtachtend vor die Füße werfen. Der
Antrag des Herrenhauslers Schorlemer, der die Drittteilung
nach den Forderungen der Nationalliberalen gestaltete, ist ja
von dem sonderbaren Staatsmann, der angeblich die Geschicke
Preußens leitet, warm vertreten, wenn nicht gar inspiriert
worden.

Jetzt zeigt ihm dieser, daß er die Regierung nicht braucht,
daß er sich herzlich wenig um ihre Ansichten und Forderungen
kümmert. Die Junker und ihre Kumpane regieren
und Herr v. Bethmann Hollweg hat ihre Beschlüsse zu
signieren. Mehr kommt ihm nicht zu — wenn er selbständige
Politik machen will, so lassen ihn die Junker stehen. Der
Antrag Schorlemer fliegt in die Kumpellammer.

Angesichts dieser klaren Sachlage haben die Anträge, die
die Nationalliberalen in ihrer Fraktions-sitzung zu stellen
beschlossen, nur noch mäßiges Interesse. Sie haben so ziemlich
alles, was sie in der zweiten, dritten und vierten Lesung des
Abgeordnetenhauses gefordert hatten, aufs neue in Antrags-
form gebracht, als erstes die Forderung der direkten
Wahl, dann jene, daß die erste Abteilung im Stimmbezirk
mindestens 10, die zweite mindestens 30 Wähler enthalten soll,
eine Bestimmung, deren Wirkung sie allerdings wieder ab-
schwächen durch einen anderen Antrag, wonach die Grenze des
Stimmbezirks von 1750 auf 3500 Einwohner verschoben wer-
den soll. Sie ziehen die Maximierung, von der sie eigentlich
nichts wissen wollen, in der Form, wie sie das Abgeordnet-
haus beschloß, der des Herrenhauses vor, und bean-
tragen deshalb hier die Wiederherstellung der Abgeordnet-
hausbeschlüsse. Sie wollen Fristwahl und für den Fall, daß
die indirekte Wahl erhalten bleibt, den Bezirk, aus dem der
Wahlmann genommen werden kann, auf den ganzen Stadt-
und Landkreis erstrecken. Schließlich wollen sie die Zahl der
„Kulturträger“ noch um diverse Kategorien erweitern, und
haben die Gelegenheit günstig gefunden, ihr warmes Herz für
die Arbeiter und kleinen Leute zu beweisen, indem sie bean-
tragen, „Gewerbetreibende, Kaufmannsrichter oder Mitglieder
eines Arbeiterausschusses“ sowie Personen, die ein Einkommen
von mindestens 2700 M. beziehen und das 30. Jahr vollendet
haben, in die zweite Wählerabteilung zu erheben. Endlich
beantragen sie wiederum eine Vermehrung der Abgeordneten
begm. der Wahlkreise. Diese Anträge nützen nichts und schaden
nichts — alle Welt weiß ja, daß die Haltung der National-
liberalen in der endgültigen Entscheidung von dem Schicksal
keines dieser Anträge abhängt.

Für die Arbeiterklasse wird durch die neueste Wendung
nichts gebessert noch verschlechtert. Für sie ist es ziemlich eins,
ob sie konservativ-nationalliberal gefottert oder konservativ-
liberal gebraten wird. Sie will keine dieser angenehmen
Prozeduren erdulden. Die Drittteilung, wie sie jetzt der An-
trag Nichthofen vorschlägt, ist für sie ebenfalls eine Ver-
schlechterung des jetzigen Zustandes; ob das Maß der Ver-
schlechterung um ein wenig geringer ist, als bei der Herren-
hausfassung, das tut wenig zur Sache. Das Zentrum, das
diesen Antrag durchbringen soll, würde mit der Annahme
einen neuen Verrat am Volke begehen, der ihm sicherlich teuer
zu stehen kommen würde. Denn darüber, daß diese Aende-
rung des Drittteilungsverfahrens das Wahlrecht der kleinen
Leute entwertet, daß es eine Verschlechterung gegen den heu-
tigen Stand bedeutet, darüber vermöchte es seine von dieser
Verschlechterung selbst betroffenen Wähler nicht hinweg-
zutäuschen. Entscheidender als diese Erwägung dürfte freilich
für das Zentrum die sein, daß auch diese Aenderung des
Drittteilungsverfahrens einige seiner Mandate bedroht. Ob
es deshalb sofort dem konservativen Angebot zustimmen
wird, ist noch fraglich — unmöglich ist jedenfalls nicht, daß
vorerst nichts zustande kommt.

Heute werden im Dreiklassenhause die Versuche, den
drohenden negativen Ausgang zu verhindern, noch einmal
begonnen werden. Die Arbeiterklasse weiß, daß sie von diesem
parlamentarischen Schacher nichts mehr zu erwarten hat, daß
ihren Vertretern im Parlament der Bescheid nichts als die
öffentliche Stäubung der Volksfeinde bleibt. Aber sie weiß
auch, daß über dem Parlament und besonders über diesem
Parlament das Volk steht, daß im Volk die Kräfte anders ver-
teilt sind, als in dem Hause an der Prinz-Albrecht-Strasse und
sie kann mit Genugtuung begrüßen, wenn das klägliche
Schauspiel, das dieses Parlament dem Lande bietet, ihrer
Sache im Volke immer mehr Voden bereitet!

Neber die geschäftliche Behandlung der Wahl-
rechtsvorlage hat am Donnerstagvormittag eine Besprechung
der Führer der bürgerlichen Parteien des Abgeordnetenhauses
stattgefunden. Die Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß zu-
nächst von keiner Seite ein Antrag auf Kommissionsberatung ge-
stellt werden wird, vielmehr ist anzunehmen, daß die Beratung
spätestens am Sonnabend ihren Abschluß finden
wird.

Neue Steuern.

Die Presse des Schnapsbundes stellt mit großem Eifer alle
Weldungen über neue Steuerpläne in Abrede. Sie behauptet, der
Einnahmeausfall im April sei durchaus nicht dafür beweisen-
d, daß die neuen Steuern Glaslo gemacht hätten; man müsse
die künftige Gestaltung abwarten. Wir sind nun sicher
die letzten, die die Notwendigkeit neuer Steuern zugeben
würden bloß auf die Erfahrungen eines Monats hin. Ja,
selbst wenn sich herausstellte, daß die neuen Steuern erheblich
hinter den Erwartungen zurückblieben, würden wir daraus noch
lange nicht den Schluß ziehen, daß neue Einnahmen notwendig
seien. Vielmehr wäre dies Zurückbleiben der Steuern nur der
Beweis, daß die Steuerlast bereits so unerträglich
geworden, daß jede Erhöhung, insbesondere der indirekten

Steuern mit einer ganz unbehaltmäßig starken
Konsumeinschränkung beantwortet wird. Nicht
Steigerung der Einnahmen, sondern Herabsetzung der
Ausgaben, insbesondere der militärischen und maritimen,
ist die Vorbedingung jeder wahrhaften Finanzreform. Die infamen
indirekten Steuern, die der Schnapsbündel verwickelt hat, und die —
Ehre, wenn Ehre gebührt — auch die Liberalen zu bewilligen bereit
waren, haben gerade genug Elend über die Arbeiter als
Produzenten und als Konsumenten verhängt, als daß der Gedanke
an neue Steuererhöhungen auch nur erträglich wäre.

Wenn aber diese Gefahr trotzdem nahegerückt erscheint,
so klärt sich diese Ansicht durchaus nicht auf die Erfahrungen
mit den Einnahmen eines einzelnen Monats. Vielmehr war
es von allem Anfang an nicht wahrscheinlich, daß das ungeheuer-
liche Defizit, das die schutzjämmerische Wirtschaftspolitik auf der einen,
die unerlöste Steigerung der militärischen Ausgaben auf der anderen
Seite mit Notwendigkeit herbeigeführt hat, durch die sogenannte
Finanzreform beseitigt würde. Dies wäre allenfalls zu erreichen
gewesen durch Einführung direkter Steuern, durch Ver-
willigung einer Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuer. Mit
indirekten Steuern allein dies Resultat zu ziehen, hätte Steuer-
erhöhungen in einem solchem Ausmaß erfordert, daß selbst der
Schnapsbündel davor zurückschrecken mußte. Es kommt hinzu die
erfreuliche Tatsache, daß endlich auch der Widerstand der Massen gegen
die Auspöwerung durch indirekte Steuern sich geltend macht. Wir
wollen die Wirkungen des Schnapsbündels — daß er wirksam
ist, konstatiert jetzt gerade auch die Presse des Schnapsbündels,
die im Anfang nicht genug darüber höhen konnte — nicht über-
schätzen; aber es ist immerhin ein Anfang und seine Wirkung muß
und wird noch gesteigert werden. Aber er ist auch ein sehr
wirkungsvolles Symptom, ebenso wie der Vierkrieg, von der
zunehmenden Macht der Arbeiter als Konsumenten. Der Widerstand
gegen die indirekten Steuern ist im Wachsen und
politisch wie wirtschaftlich werden die Volksmassen bald stark genug
sein, um den Steuerplünderern ein wirksames: Bis hierher und
nicht weiter! zuzurufen. Schon jetzt aber wird dieser Widerstand
ausreichen, um die erwarteten Steuererträge fühlbar zu verringern.

Dazu kommt, daß ja die Berechnungen über die Steuer-
ertragnisse ebenso schleudert waren wie die ganze Arbeit des
Schnapsbündels. Dem Zentrum freilich mag diese Ueberschätzung
der Ertragnisse nur recht und von Anfang an bewußt gewesen sein.
Das Zentrum hat es stets so eingerichtet, daß es nur den dringendsten
Bedarf bewilligt hat, um stets sicher sein zu können, daß die Regierung
seine Bewilligungsdienste bald wieder brauchen werde. Wußte es
doch, daß darauf vor allem seine Unentbehrlichkeit und also seine
Macht beruhe. Und das Zentrum hat es stets verstanden, Macht-
politik zu treiben, während die dummen Liberalen, weder wenn sie
„negierten“, noch wenn sie „positive Mitarbeit“ leisteten, Macht zu
erzwingen verstanden haben.

Ist es also überaus wahrscheinlich, daß die Steuern des Schnaps-
bündels nicht einmal dazu ausreichen, das bisherige Defizit zu decken,
so bleibt erst recht für dringende neue Ausgaben kein Geld. Selbst
für die Bagatelle, die zu einer anständigen Versorgung der
Veteranen notwendig ist, soll ja eine neue Steuer
gefordert werden! Zugleich aber beginnt anscheinend schon wieder eine
neue Propaganda für Polack. Die „Deutsche Tagesztg.“
wenigstens wendet sich in einem aufgeregten Artikel gegen eine
offenbar ganz unbegründete nationalliberale Behauptung. Beth-
mann Hollweg habe das Kanzleramt nur unter der Bedingung
übernommen, wenn ihm Sparjamkeit in den Heeresausgaben
ermöglicht werde. Die „D. Z.“ erklärt feierlich, daß „ein sach-
lich nicht begründetes Sparsystem“ in Heeresfragen von den
Konservativen nie mitgemacht werden könnte. Man kennt
diese Melodie und weiß, das es einfach überhaupt keine Be-
schränkung der Heeresausgaben gibt, die den Konservativen „sachlich
begründet“ erschiene.

Unzureichende Einnahmen auf der einen Seite,
ständig steigende Ausgaben auf der andern Seite, das
sind die Ursachen, die den deutschen Finanzjammer erzeugt haben
und forterzeugen. Wenn aber die herrschenden Klassen nichts
von einer Ausgabenbeschränkung wissen wollen, dann bleibt aber nichts
anderes übrig, als ein Versuch, nochmals neue Steuern
aufzuerlegen. Und schon werden Zahlen genannt. Das
„Berl. Tagebl.“ behauptet, im Reichsschatzamt lasse man die un-
gefähre Hiffer von einer Viertelmilliarde neuer Steuern verlauten.
Die Nachricht klingt ungeheuerlich, aber sie ist nicht un-
wahrscheinlich. Eine Viertelmilliarde neuer Steuern und
gleichzeitig die Verweigerung des elementarsten
politischen Rechts!

Fürwahr, sie treiben's toll, ich hoff, es breche.

Die Wahlen in Ungarn.

Man schreibt uns aus Budapest:
Das neue ungarische Abgeordnetenhause wird in den
ersten Tagen des Monats Juni zusammentreten. Die Wahlen
finden in der Zeit vom 1. bis 12. Juni statt. Schon heute
erscheint die politische Lage wunderbar verwandelt. Die vier-
jährige Herrschaft der Koalition ist auf den ersten Blick des
neuen Ministerpräsidenten Kuen-Heberbarth sich zu-
sammengebrochen und Graf Stefan Tisza, der politisch
Geächtete, hat in wenigen Wochen eine neue Regierungspartei
aus dem Nichts geschaffen. Man bedenke! Die
Koalition beherbergte unter anderen eine „Unabhängig-
keitspartei“, die allein schon über die par-
lamentarische Mehrheit verfügte, die das allgemeine

Wahlrecht als Programmforderung im Schilde führte, die wirtschaftliche Unabhängigkeit Ungarns von Oesterreich fordernd und die auch den gesamten Heroenkultus der ungarischen Volksgeschichte mit Franz Kossuths Führerschaft erlöschend erworben hatte. Die „Volkspartei“ spielte der Koalition den kerischen Volksverdrummungsapparat in die Hände und durch Vermittlung der „Verfassungspartei“ Andrássy's verfügte die Koalition über wirksame höfische Einflüsse. Jetzt ist diese Koalition geborsten, die Koalitionsregierung verschwunden, die Unabhängigkeitspartei und die Volkspartei gespalten und die feudale Verfassungspartei Andrássy's in der neuen Regierungspartei nahezu reiflos aufgegangen. Welches Jaubertwort hat die neue Regierungspartei angewendet? Ihre Haltung in der Wahlrechtsfrage ist mehr als zweideutig. Lissa selbst ist ein erklärter Gegner des gleichen Wahlrechts; auch die bisherige Gemeinsamkeit mit Oesterreich soll aufrechterhalten werden. Trotz dieser offenen Reaktionspolitik hat die neue Regierungspartei schon heute die bisherige Wehrheit zur politischen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt und an dem kommenden Wahlsieg der Regierung zweifelt man auch im Lager der Opposition keinen Augenblick. Allerdings, die Regierung hat den Verwaltungsapparat ganz in ihrer Hand. Aber haben nicht Graf Stefan Tisza, Graf Kuen-Heberdary und schließlich auch Graf Fejervary bereits vor einem halben Jahrzehnt über die gleiche Waffe verfügt? Dennoch vermochten sie nicht gegen den nationalen Kampf des separatistischen Mittelstandes aufzukommen. Warum soll also dem Grafen Kuen-Heberdary gegenüber der bisherigen starken Parlamentarität mehr Jahr und Tag mißlang? Die bürgerliche Presse beantwortet rasch die Frage: Die Stimmung des Volkes habe sich geändert.

Das Wunder der ungarischen Politik ist in Wahrheit ein Schulbeispiel für die bestimmende Kraft der Klassenkämpfe in der Politik überhaupt. Der magyarische nationale Kampf ist seit jeher die Erscheinungsform der Interessenkämpfe des Mittelstandes gewesen. Die liberale Wirtschaftsweise brachte dieser Schicht den materiellen Ruin und machte sie zum Parasiten der politischen Privilegien. Sie fristet ihr Dasein schuldenbedeckt in den Beamtenstellungen der Komitate, der Selbstverwaltungskreise, wo sie getreulich die Geschäfte der Feudalen, die Landarbeiternechtung und die Wahlmacht, und nur nebenbei den Vollzug der Staatsgesetze besorgt. Diese Verwaltungsstellungen werden von den Komitatsvertretungen besetzt, sie verfügen auch über das Recht, die Beamten abzusetzen. Die Komitatsvertretung, deren Wirkungsbereich die größeren, autonomen Städte nicht umschließt, setzt sich zur Hälfte aus Höchstbesteuerten, zur anderen Hälfte aus Jensten zusammen, sie ist also die eigentliche Interessenvertretung des Großgrundbesitzes. So erscheint die Bureaucratie in unmittelbarer Abhängigkeit von dem Großgrundbesitz, zugleich aber als wichtiger Faktor des ungarischen Staates, dessen Verwaltung nahezu völlig von der Komitatsbureaucratie versehen wird. Allerdings haben sich zwischen mitteladeliger Bureaucratie und dem Feudaladel schwere Differenzen ergeben. Während der feudale Großgrundbesitz mit Leib und Seele an der Zollgemeinsamkeit mit Oesterreich hängt, weil diese seinen Produkten den geschützten Lebensmittelmittelmarkt Oesterreichs zollfrei öffnet, bekämpft die Bureaucratie die Gemeinamkeit grollend, denn nur durch fortschreitende Magyarisierung der gemeinsamen Institutionen, der Diplomatie, des Heeres, aber auch der Industrie und des Finanzwesens hofft sie die zur Stillung ihres Hungers genügend ausgiebigen Futterstellen zu finden. Doch der Knüttel lag beim Hunde, der Großgrundbesitz bändigte die Bureaucratie.

Im Jahre 1903 trieb die wirtschaftliche Krise den Mitteladel intensiver in den nationalen Kampf um Stellungen. Der Kampf rief sogar die liberale Regierungspartei mit sich, in der ein Teil der Feudalen gegen das jüdische Kapital, gegen die Gläubiger, Sturm lief, denn dieses Kapital bildete seit jeher einen Bestandteil der jeweiligen Regierungspartei. Es kam also zur Spaltung in der liberalen Partei, ein Teil der Grafen und deren Vertreter schloßen sich der nationalen Opposition an. Man wollte so erst das jüdische Kapital kirre machen, zugleich aber auch an die Spitze der Bureaucratie treten, um dieser Gefahr für das gemeinsame Zollgebiet zur rechten Zeit entgegenzutreten zu können. Die Gelegenheit zur Spaltung bot der unparlamentarische Gewaltakt Tiszas, der die Obstruktion mit einer Reform der Geschäftsordnung niederknuppeln wollte. Es folgte die Auflösung des Parlaments, und in den Wahlen unterlag die liberale Partei. Die Bureaucratie hatte mit der feudalen Fronde die Wahlen entsprechend besorgt. Die aus der feudalen Verfassungspartei Andrássy's, aus den Kossuthisten und Kerikalen gebildete Koalitionsmehrheit nahm nunmehr den Kampf um die Regierung auf. Das Kabinett Fejervary kam.

Und nun erinnere man sich dieser Tage! Unsonst waren die Vestedungsgelder, unsonst der militärische Aufwand Fejervary's, die Verwaltung im Lande stockte, denn die Bureaucratie der Komitate hatte die Arbeit mit Zustimmung der Komitatsvertretungen eingestellt. Es gab weder Steuern noch Rekruten, kaum ein Altkleid wurde erledigt und jede Neuwahl hätte der Regierung nur eine größere Niederlage gebracht. Erst der drohende Agrarstreik und das drohende allgemeine und gleiche Wahlrecht erzielte eine Umkehr. Der Feudaladel und die Bureaucratie tauschte die nationalen Forderungen für die Regierungsgewalt ein, ein neues Exekutivgesetz erhöhte die Sicherheit der bedrohten Bureaucraten und Grundbesitzer gegenüber den Gläubigern, Agrargesetze und der Ausgleich mit Oesterreich sicherten die Interessen des Großgrundbesitzes. Die Schule wurde den Kerikalen ausgeliefert und die innere Kolonisation sollte den Mitteladel durch eine panmagyarische Nationalitätenpolitik für den aufgegebenen Kampf um die Armeestrennung einigermaßen entschädigen.

Das jüdische Kapital war aus der Regierungspartei verdrängt, der Mitteladel aber mußte klein beigeben, sobald die Feudalen es wünschten. Der nationale Kampf war zu Ende. Doch Graf Andrássy wollte mehr. Er versuchte, den abgerüsteten antidualistischen Mitteladel nunmehr durch die Einführung eines Pluralwahlrechtes des politischen Einflusses zu beruhigen. Da griff die Justizgruppe der Unabhängigkeitspartei in heller Verzweiflung zur Bankfrage; die unlösbare Frage der Banktrennung sollte der feudalen Wahlreform den Weg der parlamentarischen Erledigung verrammen, die Partei des Mitteladels aber, die Unabhängigkeitspartei, tragt ihrer Rolle als parlamentarische Mehrheit zur Regierung bringen. Damit war der Konflikt zwischen der feudalen Verfassungspartei und der Unabhängigkeitspartei des Mitteladels in den Vordergrund getreten und sprengte die Koalition.

Und jetzt geschah das Wunder. Graf Stefan Tisza kam und richtete das Banner der alten liberal-feudalen Partei mit Kuen-Heberdary wieder auf. Die Verfassungspartei schloß sich sofort der neuen Regierung an und mit ihr der Anhang des Großgrundbesitzes. Herr Jusch hoffte noch auf den berühmten Widerstand der Komitatsbureaucratie, aber diese konnte wohl dem Kaiser und seinen Ministern Widerstand leisten, den feudalen Großgrundbesitzern in den Komitatsvertretungen jedoch keinen Augenblick. Herr Jusch erkannte zu spät die Gefahr. Er bot der Regierung Heberdary völlige Unterwerfung an, wenn diese von der Auflösung des Parlaments absehen würde. Das Angebot wurde brüsk abgelehnt. Die blutige Kellerei in der letzten Sitzung des Abgeordnetenhauses war eine Verzweiflungstat des Kolosses, dessen tönerne Füße zusammenbrachen.

Wohin die Kandidaten der Regierungspartei heute kommen mögen, überall werden sie von den Stuhlrichtern, Komitatsfiskalen usw. debotest befragt. Wo ist die konstitutionistische Ideologie? Wo ist die Frage des allgemeinen Wahlrechtes? Wo ist die Verfassungstreue? Die herrschende Klasse Ungarns ist auf die Seite der Regierung getreten, die Verwaltung gehorcht ihren Brotherrn, wie die Presse und die schwächliche Bourgeoisie. Die Stuhlrichter werden regierungstreue die Wahlmacht betreiben, wie in den längst verschwundenen Tagen des alten Koloman Tisza's. Dadurch aber erscheint das Wunder der Heberdaryschen Zukunftssiege menschlich, allzu menschlich erklärt. Wie die Bureaucratie auf ein Geheiß des Großgrundbesitzes den Stefan Tisza bei den Wahlen besetzte, so wird sie in den kommenden Wahlen auf Geheiß der komitatsmächtigen Grafen die Herren Kuen-Heberdary und Tisza wieder zum Siege führen.

Die Stimmung des Volkes könnte nur bei Wahlen mit allgemeinem, gleichem Wahlrecht zur Geltung kommen. Von dem aber will die Regierung Heberdary so wenig hören, wie etwa Franz Kossuth oder Apponyi. Das Wunder des Stimmungswechsels ist nicht mehr und nicht weniger als ein grandioser Wahlschwindel.

## Politische Uebersicht.

Berlin, den 26. Mai 1910.

### Die Kosten der Reichsversicherungsordnung.

Ueber die Kosten, die durch die Errichtung von Versicherungsämtern, wie die Reichsversicherungsordnung sie vorsieht, entstehen, sind Zahlen in der verschiedensten Höhe genannt worden. Unter anderem war auch behauptet worden, diese Kosten würden sich auf mindestens 20 Millionen Mark belaufen. In einer anscheinend offiziösen Notiz wird nunmehr darauf hingewiesen, daß die Annahme einer solchen Summe eine starke Ueberschätzung bedeute. In den letzten Wochen ist in der Rheinprovinz und in Pommern je ein Organisationsplan für die Errichtung der Versicherungsämter aufgestellt und auch in seiner finanziellen Tragweite berechnet worden. Im Reichsamt des Innern ist man damit beschäftigt, diese Berechnungen zu verarbeiten, und erst wenn das geschehen ist, wird es möglich sein, annähernd genaue Angaben über die Höhe der Kosten zu machen.

### Konservative Drohungen.

Bei der letzten Reichstagswahl hatte die „nationale Bewegung“ auch in Leipzig die bürgerlichen Parteien zu einem Block zusammenschweißt, der dem nationalliberalen Dr. Junz in den Sattel half. Die damals geschlossene Freundschaft scheint aber in die Wirklichkeit gegangen zu sein, denn der Vorstand des konservativen Vereins zu Leipzig hat in seiner letzten Sitzung beschlossen, selbständig bei der nächsten Reichstagswahl in die Wahlbewegung einzutreten. Der Pottentottenblock wäre also demnach gesprengt. Die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, bemerken dazu melancholisch: „Demnach scheint ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien, wie es bei der letzten Wahl der Fall war, ausgeschlossen zu sein“. Das nationalliberale „Lageblatt“ aber wiegt sich noch in Hoffnung, weil, soviel es wisse, Verhandlungen über ein event. gemeinsames Vorgehen der bürgerlichen Parteien Leipzigs zur nächsten Reichstagswahl noch nicht stattgefunden hätten.

Das konservative Vorgehen ist sicher nur eine Drohung, die die Nationalliberalen wieder gefügiger machen soll. Wenn erst die Wahlen da sind, werden sich die reaktionären Brüder schon wieder finden.

Ebenso ist der Hohn zu bewerten, den die „Kreuz-Ztg.“ über Herrn Wassermann ausgiebt. In der Mitteilung, daß Wassermann zurücktreten werde, wenn die Nationalliberalen für die preussische Wahlrechtsvorlage stimmen, bemerkt das konservative Blatt, Herr Wassermann diese durchaus geneigt sein, ganz ohne Rücksicht auf die Entscheidung der Landtagsfraktion über die Wahlrechtsvorlage sich dem parlamentarischen Leben zu widmen, wenn er nur erst wüßte, woher er ein neues Reichstagsmandat erreichen könnte. Der Kreis, den Wassermann gegenwärtig vertritt, Rothenburg-Poserwerda, ist nämlich konservativer Besitzstand, der in der Zeit der Blockfreude dem Herrn Wassermann überlassen wurde.

### Konservative gegen Christlichsoziale.

Herr Behrens ist in Gefahr, seinen Reichstagswahlkreis zu verlieren. Es handelt sich um den Wahlkreis Weglar-Rietzchen, wo Behrens mit Hilfe der Konservativen bei den letzten Wahlen über den nationalliberalen Kandidaten gesiegt hat. Die Konservativen haben nunmehr einen eigenen Kandidaten in der Person des Landrats v. Goerchen aufgestellt, dem auch die Stimmen des Zentrums zufließen werden.

Die Christlichsozialen sollten einmal eine Hilfstruppe für die Konservativen werden. Da es sich aber immer mehr herausgestellt hat, daß den Christlichsozialen jede Werkkraft abgeht, so haben die Konservativen jedes Interesse daran verloren, den armen Teufeln noch Mandate zu überlassen. Dazu kommt, daß die Konservativen bei den nächsten Wahlen wohl jedes Mandat, das nur halbwegs für sie in Betracht kommen kann, mit allen Kräften zu erhalten suchen werden. Sie werden's nötig haben.

### Gegen das lächerliche Privileg.

Eine Anzahl Pastoren hat gegen das „Kulturträger“privileg folgende Eingabe an das preussische Abgeordnetenhause gerichtet:

Nach der Vorlage der Staatsregierung und nach den Beschlüssen des preussischen Herrenhauses soll den sog. Kulturträgern bei den Wahlen zum preussischen Abgeordnetenhause ein erhöhtes Wahlrecht zubilligt werden. Auch den Geistlichen würde, da sie akademische Bildung genossen haben, danach eine Bevorrechtung vor der großen Menge der übrigen Volksgenossen zugebühnen sein. Um der Kulturarbeit willen, die wir unserm Volke leisten wollen, legen wir gegen eine solche Bevorrechtung Verwahrung ein. Wir erblicken in der Privilegierung gerade der Akademiker ein Kränkungszeugnis für diese selbst, das nur geeignet ist, sie von der Volksgemeinschaft loszulösen, das Vertrauen des Volkes zu ihnen zu erschüttern und ihre politische Energie zu lähmen. Die geistigen Qualitäten brauchen keine solche Bevorrechtung. Denn sie sind eine Bevorrechtung und eine Macht in sich selbst. Wir erblicken in einer

solchen Bevorrechtung auch eine Kränkung weiter Volksschichten, die mit mindestens derselben Umgebung und Treue an der Zukunft unseres Volkes arbeiten wie die, denen der Vorzug einer akademischen Bildung zuteil wurde. Wir wollen nicht den kleinen Mann betrügen um die einzige Gelegenheit, wo er sich als Vollbürger des Staates fühlen kann. Wir wollen bei der Abgabe unseres Stimmzettels gleichberechtigte Volksgenossen sein, aber nicht mehr. Es ist uns eine Gewissensfrage, wenn wir bitten: Hohes Haus der Abgeordneten, wolle zum wenigsten die evangelischen Geistlichen vor dem ihnen zugeordneten Auftritte in eine höhere Wählerklasse bemerken.“

Die Eingabe ist unterzeichnet u. a. von Dr. Pfannkuche-Osnabrück, evangelischer Pfarrer, Pfarrer Lic. Traub-Dortmund, Pastor Chapperzean und Pastor Dörries-Hannover, Pastor v. Bröder-Halle a. S.

### Die Kieler Wahlrechts-Blutjustiz.

Zu der gestern unter der Stichmarke „Kein Recht auf Rotwehr“ kurz gemeldeten harten Verurteilung eines Kieler Wahlrechtsdemonstranten zu vier Monaten Gefängnis wird uns noch geschrieben:

Die Anklage behauptete, daß der Angeklagte, der zwanzigjährige Kistler Nielle, mit einem dreifingerdicken Stock geschlagen habe, so daß dem Schuttmann der Helm verbeult wurde und er selbst eine große Seule am Kopf davontrug. Sowohl Nielle als auch mehrere Zeugen erklärten, daß das „gefährliche Werkzeug“ nur ein ganz dünner Spazierstock war, der auch schon einen Bruch hatte. Nielle behauptete, er habe sich in Rotwehr befunden, denn der betreffende Schuttmann sei mit der rechten Hand am Säbelgriff auf ihn zugekommen. Ueberhaupt sei dort von den Schuttleuten mit blanker Waffe in ungeheuerlicher Weise dreingeschlagen worden. Kriminalbeamte, die sich in der Menge befanden, hätten von hinten rückwärts auf die Menge mit ihren Knütteln eingeschlagen. Hier von wollten die als Zeugen geladenen Schuttleute nichts gesehen haben, trotzdem eine große Anzahl Zeugen, die zum Teil selbst Schläge bekommen hatten, diese Tatsache bezeugten. Ein Zeuge sah, daß eine Frau, die durch die Schuttmannoffiziere zu ihrem Kinde wollte, von hinten von einem Kriminalbeamten über den Kopf geschlagen wurde. Mit den Worten: „Sie ster, Lausbube, Saubande, wolle ihr laufen“, seien die Schuttleute hinter der Menge hergelaufen. Trotz dieser Behauptungen wurde Nielle zu der ungeheuerlichen Strafe verurteilt. In der Begründung führte der Vorsitzende, Landgerichtsdirektor Schor, aus, daß von Rotwehr nicht die Rede sein könnte. Der Angeklagte hatte bei der Demonstration nichts zu suchen, da er noch nicht wahlberechtigt war. Wenn er trotzdem hinging, mußte er auch die Folgen tragen. Das Gericht war auch bei diesem Urteil wieder weit über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen, der zwei Monate Gefängnis beantragt hatte. Harte Strafen scheinen die Kieler Richter für ein gutes Mittel gegen Wahlrechtsdemonstrationen zu halten. Sie sollen sich bitter täuschen.

### Der Nutzen der Ostroibeseitigung.

Manche Verteidiger der städtischen Abgaben auf notwendige Lebensmittel gebrauchen das Argument, daß die Beseitigung dieser Abgaben die Preise unverändert lassen werde, da der Zwischenhandel die Steuerermäßigung den Konsumenten vorerhalten werde. Daß diese Behauptung hinfällig ist und gegen solche Bisherpraktiken sehr wohl Abhilfe geschaffen werden kann, zeigt folgender Vorgang in Karlsruhe. Die dortige Bäckereimutter hatte trotz Wegfall des Ostroibs die Brotpreise erhöht und das Gewicht vermindert. Die Stadtverwaltung griff aber ein und stellte an die Bäckereimutter die Forderung, umgehend die Brotpreiserhöhung in einem besonderen Gutachten zu begründen. Eine Warenhausfirma pries zu gleicher Zeit billigeres Brot mit höherem Gewicht an, der Karlsruher Lebensbedürfnisverein tat dasselbe und beide Geschäfte hatten riesigen Zuspruch. Nach Verlauf von drei Tagen und unter dem Druck der Stadtverwaltung gaben die Bäckereimeister klein bei, ermäßigten die Preise und erhöhten das Gewicht.

### Ueber die bayerischen Gymnasien.

München, 24. Mai. Aus der Debatte über die humanistischen Gymnasien mögen nur wenige Punkte von allgemeiner Bedeutung herausgegriffen werden.

Der Redner der liberalen Fraktion besprach zunächst einige sogenannte Fälle, darunter einen, in dem der wenig brave und wenig kenntnisreiche Sohn eines Grafen in überaus schneller Weise und unter Ignorierung der für gewöhnliche Menschenkinder gültigen Schulordnungen das Gymnasium absolvierte. In einem anderen Falle, der seinerzeit großes Aufsehen in der Öffentlichkeit erregte, hat ein Absolvent des Gymnasiums bei der üblichen Abschiedsfeier eine nicht übliche Rede gehalten, in der er den Unterrichtsbetrieb der Anstalt einer abschätigen Kritik unterzog. Derselbe scheint nicht ganz unberechtigt gewesen zu sein, denn seitdem sind schon eine Reihe von Personalveränderungen an der betreffenden Anstalt vorgenommen worden.

Auch die Frage der ungleichen Behandlung der Israeliten bei der Zulassung als Professoren an den humanistischen Gymnasien wurde besprochen. Der Kultusminister ging um die Sache herum, wie die Sache um den heißen Brei. Eine verlangte Erklärung, daß das jüdische Religionsbekenntnis kein Hindernis für die Anstellung an humanistischen Gymnasien sei, gab der Herr Minister vorläufig nicht ab.

Ein weiterer Punkt der Debatte war die Frage des Kirchenzwanges für die Mittelschüler. Das Zentrum besteht auf diesen Kirchenzwang, ebenso der Kultusminister, weil die christlich-religiöse Erziehung über alles gehen müsse. Die Liberalen wollen zum Teil den Kirchenzwang beseitigen, zum Teil nur gemildert wissen. Der Redner unserer Partei, Genosse v. Hollmar, legt als Standpunkt der sozialdemokratischen Partei klar, daß jeder Zwang zum Kirchenbesuch und zum Besuch des Religionsunterrichts beseitigt werden müsse. Er verweise dabei sehr treffend auf den berühmten Kolonisationsantrag des Zentrums im Reichstage, in dem ein Paragraph gleichen Inhalts enthalten ist und zwar mit Zustimmung des Zentrums.

Endlich wurde noch die Frage des staatsbürgerlichen Unterrichts erörtert und mit Recht darauf hingewiesen, daß es ein Unding sei, wenn zwanzigjährige junge Leute zwar ganz genau über die Verfassung des alten Griechenlands und noch älteren Vorderreiches unterrichtet wären, aber von der Verfassung des Deutschen Reiches gar keine Ahnung hätten.

### Höhere Besteuerung der Titel und Orden.

Im böhmischem Landtage wurde gegen die Stimmen des Zentrums und der Konservativen eine Resolution des Genossen Dr. Frank angenommen, welche die Regierung ersucht, bei der beabsichtigten Aenderung des Verwaltungsgebührengesetzes folgende Ergänzungen vorzunehmen: Bei der Verwahrung von Titeln an Privatpersonen oder für die Anerkennung der von einem auswärtigen Staat oder Souverän verliehenen Titel Geheimer Kommandeur rat sind an den böhmischem Staat 1000 W. zu entrichten. Die Erlaubnis zur Annahme und zum Tragen eines Ordens, der von einem auswärtigen Souverän verliehen worden ist, sind je nach der Bewertung des Ordens 100—1000 W. zu entrichten.

Gleichzeitig verlangte die sozialdemokratische Resolution, daß die Gebühren für die Erlaubnis zur Erreichung eines Stamngutes auf 1 Proz. des Wertes, aber mindestens beim Herrenstand auf 10 000 W., beim Ritterstand auf 4000 W. zu erhöhen sind; ebenso sollen die Gebühren für Vergroßerung und Veräußerung der Stamngüter sowie für Verleihung des Adels ent-

sprechend erhöht werden. — Diese Gebühren belasten natürlich nur Ordenspflichtige und erberechtigte größere Gutsbesitzer. Trotzdem stimmte die „Volkspartei“ Zentrum gegen die Resolution.

### Die Ermordung des Vater Loupias.

Amlich wird bekanntgegeben: Aus Deutsch-Ostafrika meldet der stellvertretende Gouverneur, daß es der zur Verfolgung des Hauptlings Lufarra in Ruanda entsandten Astariabteilung nicht gelungen ist, der Mörder des Vater Loupias habhaft zu werden. Letztere flohen teilweise in Höhlen, teilweise in das Gebiet der belgischen Kongofolone. Beim Eindringen in die Höhlen wurde Leutnant Falkenstein von der staatsfeindlichen Schuttruppe am Arme leicht verwundet, ist aber wahrscheinlich schon wieder dienstfähig. Bei der Verfolgung der Täter, bei der ein Astari schwer verwundet wurde, leisteten die belgischen Behörden bereitwillig Unterstützung. Nachdem die militärische Unternehmung gegen den Hauptling Lufarra, an der sich auch die Eingeborenen eifrig beteiligten, beendet ist, sind die Truppen und Polizei bis auf 40 Mann, welche auf dem Ruhengelände belassen wurden, zurückgezogen worden.

### Die unschuldige Polizei.

In Weutßen (Oberschlesien) wandte sich in einer Versammlung Genosse Höring gegen das in Oberschlesien sehr gebräuchliche Kampfmittel, der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften die Versammlungsfälle abzutreiben. Das brachte den Genossen wegen Verleumdung der Polizei auf die Anklagebank. Vor Gericht bekundete der Gastwirt Kamofel, daß es seit der Zeit, wo er sein Lokal zu Versammlungen hergab, gar nicht mehr schön gewesen wäre. Er habe jede Woche bis zu vier Strafmandate erhalten und schließlich das Lokal verkaufen müssen. Ein Kriminalpolizist Bierkolski sagte unter Eid aus, daß er von seinem vorgelegten Kommissar den Auftrag erhielt, zu Kamofel zu gehen und zu sehen, wie es mit der Sache stünde. Er gab auch zu, zu dem Gastwirt gesagt zu haben: „Es wäre besser, wenn Sie den Saal nicht an die Sozialdemokratie vermietet hätten.“ Selbst als der Gastwirt noch im Bette lag, besuchte er ihn und sagte: „Na, ich würde die Versammlung unter keinen Umständen annehmen.“ Trotz dieser Versicherungen nahm das Gericht eine Verleumdung an und verurteilte den Genossen Höring zu 75 Mark Geldstrafe. Der Staatsanwalt hatte nur die Meinigkeit von drei Monaten Gefängnis beantragt.

Nach diesem Urteil drängen sich dem juristischen Laien zwei Fragen auf: 1. Was ist ein Wahrheitsbeweis? 2. Was ist eine polizeiliche Saalabtreibung?

### O, welche Lust, Soldat zu sein!

Am Montag unternahm mehrere Kompagnien des 84. Infanterie-Regiments in Schleswig einen Übungsmarsch, an dem auch ein großer Teil eingezogener Landwehrlente teilnahm. Die Mannschaften waren bereits um 4 Uhr morgens ausgerückt. Auf dem Marsche, der bei einer kolossalen Hitze stattfand, sollen etwa 20 Mann erschöpft liegen geblieben sein. Verschiedene der Unglücklichen erholten sich wieder, sechs Mann aber mußten mit einem Wagen zur Kaserne gefahren werden. Bei dem 23-jährigen Soldaten Heinrich Winning, aus Dietrichsdorf bei Kiel gebürtig, stellten sich, wahrscheinlich infolge Sonnenstichs, so heftige Tobstuchtsanfalle ein, daß er in eine Schleswiger Jernanstalt gebracht werden mußte. Dort ist der junge Mann jetzt gestorben. Zwei andere Soldaten liegen im Lazarett im bedenklichen Zustande daneben.

Auf diesem Unglücksmarsche spielte sich noch ein Vorfall ab, den man als unerhört bezeichnen muß. In der Nähe des Dorfes Wellspann hatte ein Soldat das Unglück, sich an einem Wein so schwer zu verletzen, daß er nicht mehr weiter konnte. In Begleitung eines Feldwehls und eines Gemeinen wurde der Verunglückte mit der Bahn nach Schleswig gebracht. Auf dem Schleswiger Bahnhof verschwanden aber die Begleiter, ohne den erkrankten Kameraden nach dem Wartesaal zu begleiten oder ihm sonstwie Hilfe angedeihen zu lassen. Von zwei Bahnbeamten wurde der Mann, der nicht allein weiter konnte, in den Wartesaal gebracht. Nach längerer Zeit erst, nachdem ein zufällig auf dem Bahnhof anwesender Schlossermeister darum telephoniert, erschien ein Oberleutnant, der die Ueberführung des Verunglückten nach dem Lazarett veranlaßte.

Sache der Militärbehörden muß es sein, eine strenge Untersuchung über diese Vorfälle anzuordnen.

### Eine Zierde des Unteroffizierstandes.

Soldatensündereien gehören im neuen Deutschen Reich preußischer Nation zu den alltäglichsten Vorgängen. Sie sind so tief in dem preußischen Militärsystem begründet, daß alle Erlasse von oben herab sie nicht zu verhindern oder auch nur einzuschränken vermögen. Vielmehr zeigen die aus allen Gegenden des Reichs einlaufenden Berichte über die Verurteilungen der Kriegsgerichte, daß die Soldatensünderei sich in letzter Zeit beträchtlich ausgedehnt haben muß.

Einen neuen Beleg dafür liefert eine Verhandlung, die dieser Tage vor dem Kriegsgericht in Glogau stattfand. Der Unteroffizier Franz Wlbowitz vom Pionierbataillon No. 5 hatte sich wegen schwerer körperlicher Mißhandlung Untergebener, Uebersteigerung der Dienstgewalt, Erpressung und verächtlicher Erpressung, unerlaubtem Vorgehen von Geld von Untergebenen und Unterschlagung von Geldern zu verantworten.

Im ganzen hat sich der Angeklagte in 260 Fällen körperliche Mißhandlung von Untergebenen zuschulden kommen lassen. Einen Rekruten hat der rohe Patron mindestens 50mal geohrfeigt und ihn einmal sogar mit dem blanken Seitengewehr auf die Wade geschlagen, daß sie anstimmte. Ein anderer Pionier hat mindestens 30 Ohrfeigen erhalten, wurde 20mal an den Ohren gezogen, wobei der Angeklagte seine Fingernägel in die Wade des Untergebenen einrubi, daß Blut floß. Charakteristisch sind folgende Fälle: Ein Rekrut hatte, jedenfalls infolge Ermüdung, Diarrhoe bekommen und sich die Weinsieder beschmutzt. Der Weinsieder ließ nun die Leute seiner Stube anreteten, den Rekruten mit eiskaltem Wasser übergießen und mit Schrubber und Bürsten abreiben. Ein anderer Rekrut hatte sein Spind offen stehen lassen, in dieses goß der Unteroffizier eine Kanne Wasser, das der Rekrut mit seiner eigenen Drillschacke wieder aufwischen mußte.

Das schloß sich, daß der Angeklagte den Rekruten obendrein noch Geldbeträge abpumpt oder sich Schwaren, Zigaretten und dergleichen holen ließ, ohne diese zu bezahlen. Kein einziger der Pioniere hat sein Geld wieder erhalten.

Der Vertreter der Anklagebehörde hielt eine exemplarische Strafe für angebracht. Er beantragte zwei Jahre Gefängnis, Degradation und Verlegung in die zweite Soldatenklasse. Das Gericht ging über diesen Antrag noch hinaus und verurteilte Wlbowitz zu drei Jahren Gefängnis, Degradation und Verlegung in die zweite Klasse des Soldatenstandes.

### Oesterreich.

#### Die bosnischen Wahlen.

Serajewo, 26. Mai. Bei den heutigen Wahlen der zweiten Wählerklasse der ersten Kurie (Intelligenz, Höchstbesoldete) wurden acht Kandidaten der serbischen Nationalorganisation, ein Kandidat der muslimanischen Nationalorganisation und drei katholische Beamten-Kandidaten gewählt.

### Frankreich.

#### Die „Mentereien“ der Reservisten.

Paris, 25. Mai. (Fig. Ver.) Die kapitalistische Presse bespricht die zwei Protestaktionen, zu denen sich Reservisten in zwei verschiedenen Gegenden gleichzeitig getrieben gesehen haben, mit der begreiflichen Entrüstung, die das zunehmende Selbstbewußtsein der dem Volke entkommenden Soldaten in einer Klasse erregen muß, die die Machtmittel des Staates nach Gutdünken für ihre Herrschaftszwecke benutzen zu können sich gewöhnt hat. Immerhin ist ihre Kritik mit den Schimpfphrasen, die man sonst in solchen Fällen gewöhnt war, merklich sparsamer. Hierin drückt sich das Bewußtsein aus, daß in den Massen der Nation, das kleinere und mittlere Bürgertum eingeschlossen, dank der fortschreitenden demokratischen Erziehung die Anschauungen über die Aufgaben und die Rechte des Militarismus doch eine bedeutende Wandlung erfahren haben. Man läßt sich nicht mehr einreden, daß der Samaschendienst und das Schikanieren der Mannschaft die Erziehung zur Beharrlichkeit fördern und daß die Vernichtung der individuellen Selbständigkeit der Schlagfertigkeit des Ganzen zugute komme. Die 600 Reservisten des Lagers von Auchard bei Tours schrieben in ihrem Protest an den Kriegsminister: „Wir waten in 10 bis 15 Zentimeter Wasser auf einem kompakten Thonboden herum. Wir haben unaufhörlich nasse Füße, da wir nur ein paar Schuhe haben. Wir schlafen unter Zelten und leiden viel unter der Feuchtigkeit des Bodens. Wir atmen Sumpfluft ein, wie nach einer Ueberstimmung... Erwägen Sie, daß wir nach Beendigung unserer Waffenübung verpflichtet sind, für den häuslichen Herd zu sorgen, daß unsere Lieben uns erwarten und uns so gesund zurückkehren sehen möchten, wie wir eingezogen sind.“ Dieses Schreiben steht wahrlich nicht nach einer Rede aus, und auch gupatriotische Bürger werden nicht leicht glauben, daß es, wie der „Temps“ und das „Journal des Débats“ behaupten, etwas mit der „Abhärtung“ der Soldaten zu tun habe, wenn man ohne Not ihre Gesundheit einer Schädigung aussetzt. Mit demselben Argument könnte man die Reservisten in einem Typhus-Hospital schlafen lassen, weil es ja auch im Kriegsfall vorkommen kann, daß sie neben Typhuskranken zu liegen kommen.

Die Demonstration im Lager bei Rimes hat ganz genau dieselbe Ursache, und auch die Verichterhatter der bürgerlichen Informationspresse müssen bestätigen, daß die Beschwerden der Soldaten durchaus gerechtfertigt waren. Dafür, daß sie lebhaftere Formen angenommen hat, die mit den hergebrachten Vorstellungen militärischer Disziplin nicht ganz übereinstimmen, mag die Bemerkung des „Temps“, daß da der Unterschied des Klimas und des Massentemperaments von Einfluß gewesen sei, ihre Geltung behalten. Daß aber Hunderte von Familienvätern vor der strafbaren Gewissenlosigkeit dreifachstündiger Offiziere so viel heiligen Respekt haben sollen, um die soziale Pflicht der Selbsterhaltung preiszugeben und sich etwa auf einen wirkungslosen vorschristsmäßigen „Beschwerdeweg“ zu begeben, das ist dem gefunden Menschenverstand des französischen Kleinbürgers und Bauern glücklicherweise doch nicht mehr glaubhaft zu machen.

### Ein Dementi.

Paris, 26. Mai. In einer Note der Agence Havas erklärt der Kriegsminister, daß er die von der France Militaire veröffentlichte Rassenpetition der Reservisten zweier Infanterie-Regimenter nicht erhalten habe.

Die Wälder beschäftigen sich mit der Menterei der Reservisten von Rimes. „Petit Republicain“ sagt in dieser Sache hätten beide Teile unrecht, die Militärbehörde, die die Reservisten nicht gegen Regen geschützt hätte, und die Reservisten, deren Benehmen jammervoll wäre. Die Nachlässigkeit der Offiziere sei keine Entschuldigung für die Untermäßigkeit der Soldaten, sie lasse sie höchstens entschuldigen. — „Petit Parisien“ schreibt: Wälder sind nicht dazu da, um die Truppen an Krankheit zu gewöhnen.

### Italien.

#### Gegen den Zuzug italienischer Bauarbeiter.

Rom, 26. Mai. Deputiertenkammer. Der Unterstaatssekretär im Auswärtigen Amt Fürst di Scaloa erwiderte auf eine Anfrage Cabrinis (Soz. Dem.) über den Stand des Arbeitsmarktes im Baugewerbe in Deutschland, die italienische Regierung sei der Entwicklung dieser Krise mit Aufmerksamkeit gefolgt und habe am 20. März ein Communiqué veröffentlicht, um die italienischen zeitweiligen Auswanderer in Kenntnis zu setzen, daß sie vermeiden sollten, in Deutschland in einen Konkurrenzkampf sich einzulassen, wodurch sie die Feindseligkeit der Ausständigen hervorrufen würden. In den ersten Tagen des April sei ein zweites Communiqué veröffentlicht worden, in dem bekannt gegeben wurde, daß die Verhältnisse auf dem Marke noch immer ernst seien; auch sei eine Depesche in demselben Sinne an die Präfekten der Provinzen geschickt worden. Cabrinis zollte dem Vorgehen der Regierung Beifall.

### Rußland.

#### Finnlands Entrechtung.

Petersburg, 26. Mai. Das Präsidium der Reichsduma beschloß, die Gesetzesvorlage über Finnland noch vor den Sommerferien auf die Tagesordnung zu setzen.

#### Die Helden von Rishinew.

In den letzten Tagen ist vor dem Senat ein Prozeß erledigt worden, der in die Zeit der Revolution zurückgreift und beweist, daß damals von Leuten Verbrechen begangen wurden, die berufen sind Verbrechern zu verhandeln. Die Vorgeschichte des Prozeßes spielt in Rishinew, seine Helden sind der Polizeipräsident Walekon und sein Gehilfe Silberg. Diese beiden Polizisten hatten zu einer Zeit, da der Aufstand durchs Land ging und die Staatsordnung aufs schwerste gefährdet erschien, mit Dieben, Räubern und Mördern gemeinsame Sache gemacht und mit diesen gestohlenen und geraubtes Gut geteilt. Weiden sind ungewöhnliche Verbrechen dieser Art nachgewiesen worden; sie haben die Rolle von Räuberhauptleuten und Hehlern gespielt.

Endlich aber war ihr Maß voll, nachdem sie drei Jahre hindurch frei gehalten und gewaltet hatten. Sie wurden vor Gericht gestellt. Der Odesser Appellhof hatte im Februar 1910 den Privatgehilfen „wegen seiner geringen Bildung“ nur zu drei Jahren Zwangsarbeit, den Pristaw Walekon aber zu vier Monaten Festung ohne Rechtsverlust verurteilt.

Diese Rüge muß selbst in Rußland überraschen. Straftäter werden gewöhnlich zum Tode verurteilt; hier handelt es sich um Leute, die mit großer amtlicher Gewalt ausgerüstet waren und in bewegter Zeit die Staatsgewalt repräsentierten. Es ist dabei gar nicht ausgeschlossen, daß diese Banditen nach verhängter Haft wieder Polizisten wurden. Wo der Herr Polizeidirektor von Rishinew selbst die Augen gehabt hat, davon war im ganzen Prozeß mit keiner Silbe die Rede. Er hätte doch gewiß wissen müssen, was seine Untergebenen getrieben haben, denn der Polizeimeister einer kleinen Stadt weiß sogar, was jeder Bürger im Suppentopf hat.

Wenn der Herr Polizeidirektor nichts ahnte und nichts wußte, während die Spaten vom Dache die Laten der Makedon und Silberg pflügen, so ist der Herr Polizeidirektor eben nicht geeignet, er müßte sich nach einer anderen Beschäftigung umsehen oder als geheimer Kompanon dieser schönen Gesellschaft betrachtet werden.

Dieser Prozeß liefert abermals den Beweis, wer an der Spitze der Diebe und Strolche im „heiligen Jarenlande“ steht.

### Türkei.

#### Ende des Aufstandes?

Konstantinopel, 26. Mai. Die die Wälder melden, verständigte der Minister des Innern alle Gouverneure, daß der Aufstand in Albanien als beendet betrachtet werden könne.

### Die Kretasfrage.

Konstantinopel, 26. Mai. Die Vorschläge der vier Schuttmächte in der Kretasfrage lassen sich wohl präzisieren: Die Schuttmächte geben der Iretischen Regierung eine vierzig-tägige Frist, die ungefähr mit dem Wiederzusammentritt des Parlamentes in Ranea zusammenfällt, um die muslimanischen Abgeordneten auch ohne Eid auf den König von Griechenland zu den Sitzungen zuzulassen. Die gleiche Frist wird für die aus derselben Ursache entlassenen Beamten gestellt, während dieser Frist bleiben die Gehälter der Beamten bestehen. Sollen die Kreter das Verlangen der Schuttmächte ablehnen, so würde die Wiederbesetzung der Insel durch diese erfolgen. —

### Marokko.

#### Beilegung der Körperstrafen.

Tanger, 26. Mai. Der Sultan sandte an den Vizekönig des diplomatischen Korps aus eigenem Antrieb ein Schreiben, in welchem er erklärt, er habe beschlossen, die Körperstrafen in seinem Reich abzuschaffen. Er ist zu diesem Entschlusse gelangt infolge der Weigerung Englands, die Mission unter El Motri zu empfangen, weil Mulay Hafid fortjährt, Gefangene zu foltern, und um etwaigen Protesten der Mächte vorzuzukommen wegen der barbarischen Behandlung, welche er den Frauen von Ven Hissa Bahcha angedeihen ließ.

Diese Nachgiebigkeit gegen die Kultur hat Mulay Hafid um alle Sympathien gebracht, die ihm bis dahin Knuten-Derks entgegenbrachte.

### Amerika.

#### Der Massenmord an eingewanderten Arbeitern in Amerika.

Die entsetzlichen Greuel der Arbeiter-Hinrichtung in der amerikanischen Großindustrie hat kürzlich den österreichisch-ungarischen Konsul Ernst Ludwig auf den Plan gebracht, der in einer sensationellen Erklärung das ganze ungeheure Maß des Unrechts bloßstellt und sämtliche Vertreter der beteiligten ausländischen Mächte in den Vereinigten Staaten zu einer gemeinsamen Hilfsaktion zugunsten ihrer arbeitenden Landsleute auffordert.

Diese Erklärung stellt sich als der Bericht über die Ergebnisse einer systematischen Untersuchung dar, zu der Konsul Ludwig durch die alarmierende Häufigkeit und Schwere der Unfälle veranlaßt wurde, denen österreichische und ungarische Arbeiter in den letzten Jahren in den Fabriken des Staates Ohio, in dessen wirtschaftlicher Hauptstadt (Cleveland) der Konsul seinen Sitz hat, zum Opfer fielen.

Der Bericht gelangt zu der entscheidenden Feststellung, daß in den Fabriken, Eisenwerken und Gruben des Staates allmonatlich allein 300 bis 500 Oesterreicher oder Ungarn durch Unfall ums Leben kommen und mehr als tausend Mann Verletzungen erleiden, die einen großen Teil von ihnen in Verlegungen erleiden, die einen großen Teil von ihnen zeitweilig zu hilflosen Krüppeln machen oder zum Tode führen. Von den tödlich verlaufenden Unglücksfällen sagt Konsul Ludwig, daß sie meist der Kenntnis der Offentlichkeit vorzuenthalten werden, und den Hinterbliebenen werde jegliche Entschädigung verweigert. Von einem bestimmten Unternehmen in Ohio berichtet der Konsul, daß dort durchschnittlich jeden Tag ein Arbeiter ums Leben komme; in diesem Betriebe seien in weniger als zehn Jahren rund tausend Ungarn getötet worden. In einer anderen Fabrik, die im Durchschnitt 800 Arbeiter beschäftigt, verloren in etwa demselben Zeitraum 1200 Personen ihr Leben.

Der Konsul ist entschlossen, gegen ein gewisses Etablissement gerichtliche Vorzugehen, um ein Exempel zu statuieren. Der Erfolg steht bei den Arbeiter- und fremdenfeindlichen amerikanischen Behörden und Gerichten sehr in Frage! Im Falle der Waggonwerke Mac Rods hat der österreichisch-ungarische Konsul in Pittsburg bei dem gleichen Verbrechen glattes Glas gemacht. Herr Ludwig erklärt weiter, fest entschlossen zu sein, alle ihm zu Gebote stehenden Mittel zu ergreifen, um der Massenmord eingewanderten Oesterreicher und Ungarn in den großen Industriebetrieben ein Ende zu machen, auf alle Fälle aber sie in ihrem vollen Umfang ans Licht zu ziehen.

Das Beispiel des Konsuls Ludwig hat bei Konsuln anderer Länder Nachahmung gefunden, und es sind weitere Untersuchungen derselben Art im Gange. Geplant ist ferner die Einberufung einer Konferenz der in den Vereinigten Staaten domizilierenden Vertreter europäischer und anderer ausländischer Regierungen zu planmäßiger und gemeinsamer Bekämpfung jener schauerlichen Zustände. Nach Mitteilungen bürgerlicher Wälder wollen die Teilnehmer der Konferenz in erster Linie eine systematische Aufklärung der arbeitenden Klassen in Europa herbeiführen, um zu verhindern, daß Tausende von Menschen ihren festen Wohnsitz und ihren sicheren Erwerb in der alten Heimat aufgeben und nach den Vereinigten Staaten auswandern, wo sie nur zu bald zu einem erschreckend hohen Prozentsatz der sprichwörtlich gemordenen Verelendungsgüter und Raubwirtschaft des amerikanischen Großkapitalismus zum Opfer fallen.

Weiter soll der besagten Konferenz ein Plan vorgelegt werden, wonach die Konsuln sich über die Einrichtungen der Großbetriebe, insbesondere in bezug auf das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein von Arbeiterschutzvorschriften und -Vorrichtungen, genaue ständige Informationen verschaffen sollen. Die einander den Arbeiter sollen veranlaßt werden, sich bei den Vertretern ihrer heimatischen Regierung zu erkundigen, bevor sie blindlings ihr Leben aufs Spiel setzen. Auch den Opfern lebensgefährlicher Betriebe oder ihren Hinterbliebenen soll unentgeltliche Rechtsauskunft zuteil werden. Bisher sind es meist die Advokaten, die den Löwenanteil der allenthalben gewährten Entschädigung einstreichen, wenn sie nicht vorziehen, eine für ihre Klienten lächerlich unbefriedigende Abfindung zu erwirken. Diesen gewissenlosen Subjekten, die als wahre Leichenscheiter des industriellen Schachfeldes auch zu den Eigenarten amerikanischer Zustände gehören, soll nach Möglichkeit das Handwerk gelockt werden.

Ob die Konferenz der Konsuln zustande kommen und was dabei herauskommen wird, ist natürlich noch durchaus zweifelhaft. Bei aller Anerkennung menschenfreundlicher Ausnahmen ist es doch traurig wahr, daß die Konsuln in den Vereinigten Staaten für die barbarische Menschenhinderung und Hinmordung ihrer Landsleute in der Industrie im allgemeinen noch gar kein Auge gehabt haben und infolgedessen selber Mitschuldige dieser Grausamkeiten sind. Wenn es nicht im großen und ganzen bei diesen Zuständen bleiben soll, sollten endlich die amerikanischen Gewerkschaften sich der Sache annehmen und Wandel erzwingen.

# Gewerkschaftliches.

## Auf dem Gipfel der Verlogenheit.

Die Matadoren des Arbeitgeberbundes scheuen in Wirklichkeit nicht vor den schamlosesten Lügen zurück, um ihre wankende Sache zu stützen. Jetzt vor den Verhandlungen verbreiten sie die durch und durch unwahre Meldung, die Verhandlungen fänden auf Ansuchen der Gewerkschaften statt! In Hannover verbreitet der dortige Leiter der Unternehmerorganisation diese Lüge, in Westpreußen hat sie der „verstärkte Vorstand“ des dortigen Landesverbandes der Bauunternehmer in einem Flugblatt behauptet. In diesem Flugblatt, das den Gipfel frecher Verlogenheit bildet, heißt es, nachdem eine „ständige Zunahme der Aussperrung festgestellt“ und die Gründung neuer Ortsverbände behauptet worden ist:

„Durch diese unerwartete Wendung des Kampfes sahen sich die Arbeitnehmer endlich gezwungen, die Vermittlung der Regierung anzurufen. Die Verhandlungen werden daher auf Wunsch der Arbeitnehmer und mit Zustimmung des Deutschen Arbeitgeberbundes voraussichtlich am 24. Mai beginnen.“

Diese skandalöse Unwahrheit ist natürlich nur das Sprungbrett zu einem dringenden Aufruf an die der Aussperrung bisher ablehnend gegenüberstehenden Unternehmer, „mit dem heutigen Tage ebenfalls ihre Betriebe zu schließen, um dadurch „den Sieg für uns zu einem vollständigen zu machen.“

Dies Vorgehen leitender Männer des Arbeitgeberbundes zeugt von einer moralischen Verlotterung ohne Gleichen. Wir erklären hiermit auf das Bestimmteste, daß die Gewerkschaften allen bisherigen Vermittlungsversuchen völlig fernstehen, daß sie gar nichts damit zu tun haben. In keinem Falle haben die beteiligten Arbeiterverbände etwas getan, was auch nur entfernt einer Anregung zu Verhandlungen gleichkäme. Der Dresdener Oberbürgermeister Dr. Beutler sowohl, wie der Gerichtsrat Dr. Brenner, auf deren Bemühungen die jetzt bevorstehenden Verhandlungen zurückzuführen sind, haben entweder völlig aus eigener Initiative gehandelt oder sind von Unternehmern oder anderen Interessenten, auf keinen Fall aber von den beteiligten Arbeiterverbänden zu ihrem Vorgehen angeregt oder gar ermuntert worden. Die Arbeitervertreter werden gleich bei Beginn der Verhandlungen diese Frage zur Sprache bringen und feststellen lassen, daß die Gewerkschaften keine wie immer geartete Anregung zu den Verhandlungen gegeben haben. Wie sehr die Arbeiterorganisationen den Vermittlungsversuchen fernstehen, dürfte auch aus folgendem Schreiben hervorgehen, das der Maurerverband als Antwort auf eine Mitteilung an Herrn Dr. Beutler richtete:

Hamburg, den 9. Mai 1910.

Sehr geehrter Herr!

Den Empfang Ihres geschätzten Schreibens beächtigend, teilen wir Ihnen ergebenst mit, daß wir grundsätzlich bereit sind, die Differenzen zwischen dem Deutschen Arbeitgeberbunde für das Baugewerbe und uns durch Verhandlungen zu beseitigen. Wir stimmen auch Ihrer Meinung zu, daß beide Parteien die bisher erhobenen Forderungen — bei uns bestehen übrigens noch keine — höher in Betracht zu lassen haben.

Wir halten es aber nicht für zweckdienlich, schon jetzt, gewissermaßen im Vorverfahre, ein Schiedsgericht in Vorschlag zu bringen. Wie wir die Sachlage kennen, erscheint es uns am erspriehlichsten, wenn Sie versuchen, vorher die Zustimmung zur Vereinfachung der Dresdener Beschlüsse und die Willfährigkeit zu Vorbehaltloser Verhandlung von dem Vorstand des Arbeitgeberbundes zu erlangen. Erst nach Wiederaufnahme der Verhandlungen und nach Feststellung der eventuell verbleibenden Differenzen dürfte es an der Zeit sein, daß sich beide Parteien — vielleicht unter Ihrer Mithilfe — über ein Schiedsgericht verständigen.“

Der Brief zeigt, daß die Arbeiterorganisationen voraussetzen, daß bei den Verhandlungen die Dresdener Beschlüsse des Arbeitgeberbundes ausgehalten seien, und unter der gleichen Voraussetzung haben sie sich jetzt zu den Verhandlungen bereit erklärt. Damit fällt jede innere Veredlung fort, von den Gewerkschaften zu sagen, sie hätten auf Verhandlungen gedrängt oder gar, wie die Unternehmer lügen, Verhandlungen beantragt. Uebrigens mag sich die Öffentlichkeit über die Stellung der kämpfenden Parteien nicht täuschen: nicht die Arbeiter haben Ursache, eine Beendigung des Kampfes herbeizuwünschen; sie stehen so günstig da, daß sie mit ruhigem Blute den Kampf noch viele Wochen fortsetzen können. Und ihre Stellung bessert sich immer mehr, während die der Unternehmer immer ungünstiger wird. Doch darüber werden ja die Verhandlungen Aufschluß geben, die übrigens nur dann den Frieden bringen können, wenn die Unternehmer ihre Dresdener Beschlüsse restlos preisgeben.

### Die neuen Einigungsverhandlungen

sind nunmehr zu Freitag 9½ Uhr im Reichstag einberufen. Auf Wunsch der Unternehmer in Dresden, wie auch der Dresdener Arbeiter wird der Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Beutler an den Verhandlungen teilnehmen. Auch der frühere Staatsminister von Delbrück soll zu den Verhandlungen zugezogen werden. Leiter der Verhandlungen wird wiederum Geheimrat Wiedfeldt sein und Beisitzer die Herren Dr. Brenner, v. Schulz.

### Die Scharfmacher hehen gegen den Frieden.

Der Verband der Bauarbeitgeber für Leipzig und Umgegend, in dem der Oberscharfmacher Enke die erste Geige spielt, erläßt an seine Mitglieder ein Rundschreiben, das angesichts der vom Reichsamt des Innern angestrebten Friedensverhandlungen ein bezeichnendes Licht auf die hegende Tätigkeit der Drahtzieher im Baugewerbe wirft. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

„An die geehrten Mitglieder!

Durch die Presse sind wiederholt Mitteilungen über Friedensverhandlungen gegangen. — Es ist richtig, daß das Reichsamt des Innern solche in Aussicht genommen hat. — Wir machen jedoch darauf aufmerksam, daß jetzt der Zeitpunkt noch nicht gekommen ist, wo die Aussperrung etwas länger betrieben werden könnte. Aus beiläufigen Fragen einiger Mitglieder könnte man annehmen, daß die Betreffenden der Meinung wären, als wenn die Sperre nicht mehr so streng durchgeführt zu werden brauchte. Dem ist nicht so, im Gegenteil, gerade jetzt gilt es, mit eiserner Energie die Sache durchzuführen, denn die Friedensverhandlungen können für uns nur einen Erfolg haben, wenn wir auf der ganzen Linie unsere Position unüberändert behaupten!

Deshalb eruchen wir die geehrten Mitglieder, festzuhalten und sich nicht durch Einflüsterungen und Zeitungsnachrichten irgendwelcher Art in ihrem Entschlusse, treu zur Sache zu halten, wankend machen zu lassen!

Der Vorstand.“

Das ist die Vorbereitung für die neuerliche Komödie, die die Scharfmacher jetzt im Reichsamt vor der Öffentlichkeit spielen wollen. Sie beteiligen sich an den Verhandlungen, denken aber im Ernste gar nicht daran, sie nach Möglichkeit zu einem gedeihlichen Ende zu führen. Der Öffentlichkeit aber lügen sie Friedensliebe vor.

### Pulver!

Die Berliner Holzarbeiter beschloßen in ihrer Generalversammlung, an die ausgesperrten Bauarbeiter für die ganze Dauer ihres Kampfes wöchentlich 1000 Mark aus der Kassa zu überweisen.

Die Glaser Berlins beschloßen in vollbesuchter Versammlung auf Antrag der Verwaltung und der Vertrauensleute den außerordentlichen Wochenbeitrag von 150 Mark des Kampfes im Baugewerbe halber auf die Dauer von 20 Wochen von jedem Mitgliede zu erheben. Als erste Rate wurden den kämpfenden Bauarbeitern 300 Mark aus der Filialkasse überwiesen. Ferner sollen die Vertrauensleute das größte Gewicht darauf legen, daß auf den ausgegebenen Sammellisten regelmäßig in jeder Werkstätte gezeichnet wird.

### Druckfehlerberichtigung.

Nicht 107 000 Aussperrte, sondern 107 500 derselben gab die „Baugewerks-Zeitung“ in ihrer vorletzten Nummer als „durch genaue Ermittlungen festgestellt“ an. Insetze gefällige Notiz, „Die die „Baugewerks-Zeitung“ schwindelt“, ist ohne diese Berichtigung nicht zu verstehen.

### Berlin und Umgegend.

#### Die Tarifbewegung in der Gipfbaubranche.

Zwischen der Sektion der Gips- und Zementbranche des Zentralverbandes der Maurer und dem Berliner Betonverein schweben seit einiger Zeit Verhandlungen über einen Tarifvertrag. Der alte Vertrag war am 1. April abgelaufen. Für einen neuen Vertrag hatten die Arbeiter ihre Forderungen aufgestellt, die eine Lohnerhöhung von 10 Pf. pro Stunde im allgemeinen, von 12½ Pf. aber für die Fuhrträger enthielten, sowie auch eine Regelung der Bezahlung der Fahr- und Laufzeiten zu den oft sehr entlegenen Arbeitsstellen. — Die Unternehmer hatten auch ihre besonderen Wünsche und brachten allerlei Änderungsanträge zum Tarifvertrage ein. Sie wollten nur 8 Pf. Lohnerhöhung innerhalb einer Tariffdauer von drei Jahren bewilligen. Die Akkordarbeit wollten sie in einer für die Arbeiter ungünstigen Weise regeln, indem 10 Proz. des Lohnes bis zur Beendigung des Baues stehen bleiben sollten; auch verlangten sie die Anerkennung des bekannten Satzes, daß dem Verband jede Agitation während der Arbeitszeit verboten sein solle. Die Unternehmer stützen aber mit ihren Wünschen auf so energischen Widerstand, daß sie diese Anträge zurückzogen.

Ueber den Stand der Dinge erstattete H a e s e Bericht in einer Sektionsversammlung, die am Mittwochabend in den Erminhallen stattfand. Die Verhandlungen begannen erst am 6. Mai und gestalteten sich sehr schwierig. Die Unternehmer hatten ihren zuerst eingenommenen Standpunkt aufgegeben, aber die Arbeiter konnten bei ihren Forderungen auch nicht mit Rücksicht auf Erfolg beharren, das erkannte die Kommission und sah sich veranlaßt, zu erwägen, ob die Arbeiter mit einer Lohnerhöhung von 5 Pf. pro Stunde zufrieden sein könnten; für die Fuhrträger sollte aber die Erhöhung noch einen halben Pfennig extra betragen. Die Unternehmer waren geneigt, die geforderten 5 Pf. zu gewähren, ohne die Fuhrträger noch besonders zu berücksichtigen und sie beharrten darauf, daß der Tarif auf eine Dauer von drei Jahren abgeschlossen werden müßte. In einer Vertrauensmännertkonferenz wurde dann mit einer kleinen Majorität beschlossen, der Versammlung zu empfehlen, die Erhöhung von 5 Pf. pro Stunde anzunehmen, für die Fuhrträger aber einen halben Pfennig mehr zu verlangen. Die Vertrauensmänner empfahlen den Abschluß des Tarifs unter folgenden Bedingungen:

Für Abtischschwinder und Zementdrähtypen vom 18. August 1910 bis zum 30. September 1911 ein Stundenlohn von 88 Pf. und vom 1. Oktober 1911 bis zum 31. März 1913 ein Stundenlohn von 95 Pf.; für Abtischspanner unter den gleichen Verhältnissen 78 Pf. resp. 80 Pf.; für die Fuhrträger 76 Pf. resp. 78 Pf.; für die Wasserträger 68 Pf. resp. 60 Pf.; für die Bauarbeiter 58 Pf. resp. 55 Pf. Stundenlohn.

In bezug auf die „Fahr- und Laufzeit“ soll bestimmt werden: für Arbeitsstellen, welche außerhalb der Stadt- und Ringbahnhöfe im Umkreise von über 1000 Meter — in der Luftlinie — liegen, wird das volle Fahrgehalt von dem in Betracht kommenden Ringbahnhöfe aus vergütet.

Der Tariffdauer von drei Jahren soll unter diesen Bedingungen zugestimmt werden.

Nach einer längeren Diskussion lehnte die Versammlung diese Vorschläge ab. Eine spätere Versammlung wird sich mit der gegebenen Situation weiter beschäftigen.

Es wurde noch bekanntgegeben, daß die Unternehmer angetregt hätten, die Fuhrer sollten den zur Arbeit nötigen Fiß und die Spanner die Eisenschnüre selbst mitbringen. Den Arbeitern wurde aber empfohlen, solchen Ansinnen möglichst Opposition zu machen und die Beschaffung der Werkzeuge und Arbeitsmittel wie bisher auch weiterhin den Unternehmern zu überlassen.

Die Jalousienarbeiter hielten am Mittwoch eine Branchenversammlung ab. Die schlechte Besetzung im letzten Jahre veranlaßte die Unternehmer, den Tarif zu kündigen. Rummeh haben im Laufe der Zeit Verhandlungen zwischen den Unternehmern und den Arbeitern stattgefunden, bei denen von beiden Seiten des Verbandes der alte Tarif zugrunde gelegt wurde, allerdings mit den nötigen Verbesserungen. Vor allem soll die Forderung der 51 stündigen Arbeitszeit unbedingt durchgesetzt werden, die im Tischlergewerbe schon besteht. Auch die Höhe im Verufe sind durchaus nicht den Berliner Lebensverhältnissen angepaßt, sondern erheischen dringend einer angemessenen Aufbesserung.

In der nächsten Zeit sollen Vertrauensmänner-Versammlungen zu der Tariffrage Stellung nehmen, ebenso soll eine öffentliche Berufsversammlung stattfinden.

**Achtung! Steinarbeiter und Bauarbeiter aller Berufe.** Der Streik bei der Firma Gebr. Frießede, Kunststeinfabrik, dauert unüberändert fort. Den inzwischen von der Firma an uns gerichteten Wunsch, die Forderung der Garantierung des Minimallohnes bei Akkordarbeiten fallen zu lassen, konnten wir mit Rücksicht auf den bestehenden Tarif, den andere Kunststeinfirmen ebenfalls anerkannt haben, nicht erfüllen. Statt dessen empfehlen wir der Firma, sämtliche Arbeiten im Tagelohn auszuführen und einen Lohnstarif in der Höhe der im Steinmetzhandwerk üblichen Löhne abzuschließen. Auf diese Weise könnte ein für beide Teile ehrenvoller Friede zustande kommen. Nach dem Verhalten der beiden Firmenträger den Streitposten gegenüber zu urteilen, scheint jedoch der Kampf noch längere Zeit fortzuauern zu sollen. Nun: Lange machen gilt nicht. Und die Einschüchterungsversuche können sich die Herren ruhig ersparen. Kollegen und Bauarbeiter aller Berufe! Habt ein machames Auge auf die Frießede'schen Bauten. Sorgt dafür, daß sämtliche Steinmetzarbeiten der Firma während der Dauer des Kampfes unterbleiben. Zweckdienliche Meldungen sind zu richten an das Verbandsbureau: Seidelstraße 30, Tel. Amt I, 9248. Zentralverband der Steinarbeiter. Filiale Berlin.

**Achtung, Glaserarbeiter!** In Hamburg sind bei der Firma Steinwag u. Sons Lohnhöherungen angebrochen. Cirka 200 Kollegen befinden sich im Ausstande. Da die Firma direkt und unter Dekadressen versucht wird, Arbeitswillige anzumerben, ersuchen wir die hiesigen Kollegen, darauf zu achten und für strengste Fernhaltung des Zugangs zu sorgen.

Die Branchenleitung des Holzarbeiterverbandes.

### Deutsches Reich.

**Achtung, Glaser!** Der Betrieb des Glasermeisters Stenze in Waldenburg (Schlesien) ist gesperrt.

Nach Chemnitz ist Zugzug fernzuhalten. Die dortigen Unternehmer haben, wahrscheinlich auf Drängen der Paulöwen, sämtliche Tischler und Glaser ausgesperrt.

In der Bielefelder Maschinenfabrik A. G. vorm. Dürkopp u. Co. wurden am 24. Mai bekanntlich 542 Metallarbeiter und 120 Holzarbeiter im Nähmaschinenbau ausgesperrt. Der stellvertretende Vorsitzende des Gewerbegerichts, Rechtsanwalt Dr. Kramer, hat Verhandlungen zur Beilegung der Aussperrung angebahnt.

120 Schiffsbauer der Aktiengesellschaft „Weser“ in Bremen streifen seit Dienstag. Der Streik erfolgte, weil 20 Kollegen entlassen wurden, welche die Ueberstunden verteidigten. Die Arbeiter fordern bedingungslose Wiedereinstellung. Sollten die Differenzen bis Montag nicht beigelegt sein, so wird wahrscheinlich die Entlassung der übrigen Arbeiter wegen Arbeitsmangel erfolgen. Die Ueberstundenforderung seitens der Werkleitung ist ganz ungehörig. Die Arbeit ist nicht so eilig. Den ganzen Winter über sind Feiertage eingelegt worden. Jetzt ist die Arbeit etwas besser, gleich werden Ueberstunden verlangt.

### Die mißglückte Aussperrung der Schlächtergesellen in Hamburg.

Wenn auch die letzte Innungsversammlung auf Betreiben des Innungsvorstandes und des bekannten Herrn v. Reichow die Aussperrung beifolgt, so ist doch Beschlußfassung und Beschlußdurchführung zweierlei. Alle Bemühungen, die gesamten Meister zur Aussperrung der organisierten Gesellen zu bewegen, selbst durch Drohungen und Anwendung terroristischer Mittel, sind vergeblich geblieben. Nur 36 Firmen haben organisierte Gesellen ausgesperrt. Eine Anzahl Firmen hat die Kündigung wieder zurückgenommen, nachdem ihnen die Arbeiterkundschaft weghieb. Die Aussperrten sind bis auf 21 Mann teils in Arbeit gebracht, teils abgereist. Ueber 100 neue Mitglieder sind dem Verband in Hamburg seit kurzen beigetreten. Den organisierten Gesellen, die aus der Organisation nicht austreten, soll nun bei der Entlassung in das Innungsverbandsbuch als Neugnis, vielmehr als Brandmal eingetragen werden: „Inhaber ist wegen Gefährdung des guten Einvernehmens zwischen Meister und Gesellen entlassen.“ Der Fleischereimerverband will einen Vorkontofonds schaffen und dazu das 100 000 M. betragende Vermögen verwenden. Außerdem soll ein Bund meißtertreuer Gesellen zur Bekämpfung des Zentralverbandes der Fleischer errichtet werden. Wann werden die Fleischereimeister zu der Einsicht kommen, daß das beste Mittel zur Beilegung von Konflikten die Anerkennung der Gesellenorganisation und Verhandlungen mit dieser ist.

### Ausland.

Im Schneidergewerbe Schwedens sollte bekanntlich Ende dieses Monats eine allgemeine Aussperrung veranstaltet werden, um den Schneidern in Karlsbad eine Bezahlungspflicht für die Benutzung der Betriebswerkstätte aufzuzwingen. Mittlerweile ist jedoch unter Mitwirkung des Schlichtungsbeamten eine Einigung zwischen den Parteien erzielt worden. Die Unternehmer haben ihre unerschämte Forderung zurückgezogen, sowie ihren Aussperrungsbeschluß aufgehoben, und in Karlsbad ist die Arbeit wieder aufgenommen worden.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Die „humane“ Polizei.

Bremen, 26. Mai. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Der Schiffsführer Gusemann von der Bremer Schlepplschiffahrts-Gesellschaft wurde wegen einer ganz kleinlichen Sache zur Feststellung seines Namens nach der Polizeiwache geführt. Hier wurde der Eistierle von einigen Schulzeuten mit Gummischläuchen geschlagen und arg zugerichtet. G. ließ sich nachdem ärztlich untersucht und hat nach dem Akte Spuren von Mißhandlungen am ganzen Körper, Kopf und Gesicht aufzuweisen. Außerdem hat er eine schwere Kinnverletzung erlitten und wird einige Wochen arbeitsunfähig sein. Gusemann hat Strafantrag gestellt, außerdem hat die Schlepplschiffahrts-Gesellschaft Beschwerde bei der Behörde über die ihrem Schiffer widerfahrne Behandlung eingereicht. Die Betriebskrankenkasse wird Erstattungspräge für die Krankengelder, die an den Verletzten zu zahlen sind, stellen. Gusemann ist seit zwölf Jahren bei der Gesellschaft, die ihm das beste Zeugnis ausstellt.

Dieser Polizei spricht die bürgerliche Mehrheit des Bremer Parlaments ihr Vertrauen aus und begeistert unsere Genossen, die derartige Uebergriffe zur Sprache bringen.

### Ein Bürgermeister wegen Betrugs verklagt.

Offenbach, 26. Mai. (B. G.) Die Stadterordnetenversammlung beschloß in nichtöffentlicher Sitzung, den Bürgermeister Dr. Dullis auf 65 000 Mark Schadenersatz zu verklagen, da er durch seine Transaktionen in Eberbach'schen Kaiserhof-Aktien die Stadt Offenbach schwer geschädigt hat.

Ob das Ministerium diesem vernünftigen Beschluß der Stadterordneten beitrifft, bleibt jedoch noch abzuwarten.

### Familientragödie.

Darmstadt, 26. Mai. (B. G.) Der Inhaber eines Weichtücher-, Maler- und Lackier-Geschäfts Georg Hellmuth hat heute in seiner Wohnung seine Ehefrau und dann sich selbst erschossen. Anscheinend bilden finanzielle Schwierigkeiten das Motiv der Tat.

### Die Marinekatastrophe in Frankreich.

Calais, 26. Mai. Ueber den Untergang der „Pluviose“ meldet B. L. W. noch folgendes: Der Kapitän des Postdampfers „Bas-de-Calais“ hatte ungefähr eine Seemeile entfernt eine Art Brad bemerkt und sofort den Befehl erteilt, rückwärts zu fahren. Die Geschwindigkeit, mit der das Schiff fuhr, verhinderte aber einen augenblicklichen Erfolg des Manövers, und es ereignete sich der furchterliche Zusammenstoß. Mehrere Torpedoboote, Torpedobootzerstörer, Schlepplampfer, Vaggerschiffe und Schwimmbock mit Rettungswerkzeugen sind an der Unfallstelle, haben aber die Stelle, wo die „Pluviose“ liegt, nicht gefunden. Man weiß nicht, ob die Besatzung des Tauchbootes noch lebt.

Stadtverordneten-Versammlung.

18. Sitzung vom Donnerstag, den 26. Mai, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vorsteher-Stellvertreter Cassel nach 5 1/2 Uhr eröffnet. Worle ehrenden Nachruf, die die Versammlung stehend anhört, widmet der Vorsteher dem Gedächtnis des am 18. Mai verstorbenen Malers Prof. Starbina, der auch für die Kommune Berlin als Bürgerdeputierter in der Kunstdeputation gewirkt hat, und des am 23. Mai verstorbenen Geh. Kommerzienrats Hedmann, der seit 1892 als Bürgerdeputierter Mitglied des Kuratoriums der Handwerkerschule war.

In den Ausschuss für den Vorentwurf zum Neubau eines Verwaltungsgebäudes, eines Wohnhauses für 8 Familien und 2 Unverheiratete usw. für die städtische Zentrale Buch hat die sozialdemokratische Fraktion u. a. die Stadtv. Borgmann, Glode und Bengels deputiert.

Für das vom 8. bis 10. Juli in Schönholz stattfindende XXV. Mitteldeutsche Bundes- und Jubiläumsschießen sollen 4000 M. als Beitrag der Stadt Berlin zu Ehrengaben bewilligt werden. Die Versammlung gibt ihre Zustimmung.

Aus Anlaß einer Mitteilung des Magistrats über eine Petition betr. die Bauausführung des Märchenbrunnens am Eingang zum Friedrichshain führt

Stadtv. Dr. Knauer (Fr. Fr.) lebhafteste Beschwerde über das langsame Fortschreiten der Anlage, das in der ganzen Bürgererschaft wachsendes Befremden erzeuge. Er fragt den Magistrat, welche Hemmnisse den Bau derart verzögern, und fordert eventuell, wenn die Fertigstellung etwa noch in ferner Zukunft liegen sollte, die Beseitigung des dem Stadteitel arg zur Inzieder gereichenden Bauzauns.

Stadtbaurat Hoffmann: Es sind finanzielle Gründe, welche das langsame Tempo der Bauausführung notwendig machen. Die Kosten des Bauwerkes sind auf 700 000 M. veranschlagt. Der Kunstdeputation stehen jährlich im ganzen nur 100 000 M. und für diesen Zweck allein nur etwa 70 000 M. in jedem Jahre zur Verfügung. Daraus ergibt sich schon, daß eine längere Reihe von Jahren bis zur Vollenbung vergehen muß. Uebrigens ist dieser „Märchenbrunnen“ keineswegs ein Brunnen mit einem Märchen. Es sind tatsächlich über 40 einzelne bildnerische Gruppen oder Skulpturen auszuführen, an denen mehrere Künstler in ihren Meisters schon lange arbeiten. Die ganze Arbeit ist durchaus keine leichte; wenn verschiedene Bildhauer an einem Werke arbeiten, so entstehen schon aus diesem persönlichen Moment Schwierigkeiten bei der Ausführung. Ein Kunstwerk ist nur dann ein Kunstwerk, wenn es den Stempel der Persönlichkeit des Künstlers trägt. Wenn verschiedene Künstler an einer Sache arbeiten, so ist es sehr schwierig, die verschiedenen Individualitäten, die da aufeinanderstoßen, derart zusammenzubringen, daß sich eine Einheit ergibt. Vielleicht hat man von vornherein den Fehler gemacht, das ganze zu groß anzulegen, weil man dem Stadteitel etwas ganz besonderes antun wollte. Wenn wir an Bildwerken aus unserer Zeit manchmal rasch vorbeigehen und andererseits vor solchen aus früheren Zeiten lange stehen, so soll man sich zur Erklärung gegenwärtigen, unter welchen Umständen in den verschiedenen Jahrhunderten gearbeitet worden ist. Wenn wir bei Safari lesen, daß der Hersteller der Säulen am Baptisterium zu Florenz kein Werk so vorzüglich gelungen ausgeführt hat, weil er vierzig Jahre lang daran arbeitete (stürmische, anstößende Wetterzeit), dann werden Sie daraus erkennen, warum diese Sachen so gut geworden sind, und warum andere minder gut werden. So lange Zeit wollen wir aber auch nicht daran arbeiten; ich denke, daß wir jetzt bald zum Ziele kommen werden und daß dann auch die verwendete Zeit in der Qualität der Arbeit wieder zur Rechtfertigung kommt.

Zum Zwecke der Verbreitung der Neuen Schönhauser Straße beschließt der Magistrat den freihändigen Ankauf der Grundstücke Nr. 4 und 5 zum Preise von 85 000 M. und 174 000 M. Die Straße wird, da für die Grundstücke Nr. 8 bis 6 schon 1901 eine neue Baufluchtlinie festgesetzt ist, vor dem Grundstück Nr. 4 eine Verbreiterung von 14,05 auf 10,53 Meter erfahren.

Die Versammlung nimmt die Vorlage ohne Debatte an. Zur völligen Durchführung der Umwandlung der Reperorien und Journale bei der Spezialregistratur der Ar mend i k t i o n in Kartenregister und Kontrollbogen sind außer den schon

früher bewilligten 22 000 M. noch 5590,75 M. erforderlich, wovon der bei der Neueinrichtung hervorragend beteiligte Magistratsbureauassistent Wolferich eine Zuwendung von 300 M. erhalten soll. Die geforderte Summe wird bewilligt.

Zur Freilegung der Genter Straße, die zwischen Trift- und Seefstraße eine durchgehende Verbindung herstellt, auf der noch fehlende Strecke von der Luxemburger bis Limburger Straße, soll eine etwa 3698 Quadratmeter große Straßenlandfläche dem Fuhrherrn Paul Friede zum Preise von 8 M. pro Quadratmeter abgekauft werden; dem Verkäufer soll jedoch, wenn in dem für das Nachbargrundstück schwebenden Enteignungsprozeß ein höherer Preis rechtskräftig festgestellt wird, eine entsprechende Nachforderung zustehen.

Die Versammlung beschließt ohne Diskussion nach dem Magistratsantrage.

Einer Bitte der Gründerin des Frauenbundes der deutschen Kolonialgesellschaft für Südwestafrika, Frau von Lilienron, entsprechend, will der Magistrat für die Schuttruppen in Deutsch-Südwestafrika eine kleine Soldatenbibliothek stiften und dafür 600 M., bewilligt haben. Die Bewilligung erfolgt ohne Debatte.

Die städtischen Straßenbahnlinien will der Magistrat über die Warschauer Brücke hinaus, über die Oberbaumbrücke durch die Falkenstein- und Brangelstraße, das Görtzger Ufer und die Wiener Straße zum Görtzger Bahnhof weiterführen. Das Polizeipräsidium hat die Kleinbahn-gesellschaft Genehmigung der Strecke erteilt unter der Voraussetzung, daß die „Große“, deren Gleise in der Wiener Straße auf 781 Meter mitbenutzt werden müssen, zustimmt. Die „Große“ soll für die ihr entgehenden Einnahmen schadlos gehalten werden. Der Kostenschlag schließt mit 318 000 M. ab.

Ohne Diskussion tritt die Versammlung dem Magistratsvor schläge bei.

Dem Internationalen ständigen Verbands der Straßenlangressen will der Magistrat als Mitglied mit 200 Franz Jahresbeitrag beitreten. Die Versammlung ist damit einverstanden.

Schluß der öffentlichen Sitzung 1/7 Uhr.

Verbandstag der Gastwirtsgehilfen.

Der größte Teil des dritten Sitzungstages (Donnerstag) wurde ausgefüllt durch eingehende Besprechungen über die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in Gewerkschaftshäusern.

Das Ergebnis der Besprechung faßte der Vorsitzende P o e h s ch dahin zusammen: Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Kolks- und Gewerkschaftshäusern könnten besser sein, als sie im allgemeinen sind. Immerhin muß anerkannt werden, daß sie wesentlich besser sind als in bürgerlichen Betrieben. Zwar gemißt das Einkommen, welches die Angestellten in den Gewerkschaftshäusern haben, den berechtigten Ansprüchen nicht, denn die Angestellten stehen sich im allgemeinen ungünstiger als die Arbeiter anderer Berufe. Aber die Gewerkschaftshäuser sind oft nicht in der Lage, den Angestellten mehr zu gewähren, als sie tatsächlich tun. Das muß von den organisierten Gastwirtsgehilfen berücksichtigt werden. Wenn hier oder da Differenzen der Angestellten mit den Leitungen der Gewerkschaftshäuser vorkommen, dann soll man nicht zum Streik schreiten, denn in den Gewerkschaftshäusern muß es möglich sein und ist bei beiderseitigem guten Willen auch möglich, ohne Streik Differenzen zu beseitigen und allseitig befriedigende Verhältnisse zu schaffen.

Eine Resolution, die auch den Leitungen der Gewerkschaftshäuser zugestellt werden soll, wurde einstimmig angenommen. Sie lautet:

„Die Kolks- und Gewerkschaftshäuser sind von der organisierten Arbeiterschaft gegründet, um für diese Versammlungs- und Versprechräume, Unterkunft für ihre wandernden Genossen und geeignete Bureaus zu schaffen.

Die Bewirtschaftung dieser Unternehmen ist, wie alle anderen derartigen Betriebe, von den in der kapitalistischen Wirtschaftsordnung begründeten Gesetzen abhängig; auch sie haben mit der Konkurrenz, dem Kapital- und Hypothekenzins usw. zu rechnen. Dieser Umstand entbindet jedoch die bezeichneten Betriebe keineswegs von der Pflicht, bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse ihrer Angestellten vorbildlich zu sein.

Theater.

Hebbel-Theater: „Gewehr ab“, Drama von Curt Hartmann. Im Drama Hartmanns kommt wie in dem vom Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater angeführten, von der Zensur verbotenen Schauspiel „Die letzten sechs Wochen“ stellvertretend etwas von jenem tiefen Ingrim zum Ausdruck, den die rohe, sinn- und feellenlose Ueberpannung des militärischen Subordinationsprinzips bei jedem menschlich Denkenden erzeugen muß. Seit Verursachung „Papierkriegs“ ist eine ganze Reihe von Soldatenkriegen erschienen, die das Kalternleben in seiner trift brutalen Realität, in seinen quälend bitteren Ungerechtigkeiten schildern. Aber die Darstellung erhebt sich nirgends über ein ziemlich dürftiges Mittelmäß und erreicht es meistens nicht einmal. „Gewehr ab“ beschäftigt nur die allgemeine Regel.

Ein Lump von Unteroffizier treibt seine Frechheit so weit, den Grenadier Schmidt mit einem Liebesbriefe an dessen Schwester zu schicken. Indem der empörte Bruder das Schreiben in Fegen reißt und dem hochmütigen Patron gebührend seine Meinung sagt, begeht er sein erstes schweres Disziplinarverbrechen, das ihn wehrlos der Nachsicht eines Uebermächtigen ausliefert. Ein Lump von Leutnant, der um das Mädchen, als ihr Vater wohlhabend war, erworben hatte und nach dem Bankrott des Vaters hinter einer reichen Erbin als Mitgiftjäger herläuft, schleppt heimlich unter Lügen und Verlog das frühere Verhältnis weiter. Schmidt überrascht die Schwester in des Leutnants Wohnung, im Jörn erhebt er die Hand gegen den Vorgesetzten. Diesmal kommt es zur Anzeige. Der Herr Leutnant schneidet vor dem Kriegsgericht jämmerlich ab und erschießt sich, da es mit dem bunten Rode und der reichen Heirat nichts mehr ist, dem braven Grenadier aber billigen die Richter mildernde Umstände zu und begnügen sich, ihm nur drei Jahre Zuchthaus und ebensoviel Strafbienstzeit zuzudiktieren, — genug, um eine Kraft für's ganze Leben zu brechen. Bei aller Sympathie für die Tendenz ließ sich das leer Schematische in Sprache und Charakteristik schwer ertragen. Den jungen Leutnant spielte Herr L a t t j o h a n n mit viel Geschick und Takt.

Kolks-Oper. Wo sonst Ruß und Gesang erklingt, wird jetzt gemimt. Und gar nicht übel; Marie D u h r l e offenbart neben

Es liegt im Interesse sowohl der Verwaltungen dieser Betriebe als auch in dem der beteiligten gewerkschaftlichen Organisationen, daß ein friedliches Gegenständigkeitsverhältnis zwischen beiden besteht, daß tiefgehende Differenzen vermieden werden. Der 6. Verbandstag des Verbandes deutscher Gastwirtsgehilfen empfiehlt daher den Abschluß von Tarifverträgen mit den Verwaltungen der Kolks- und Gewerkschaftshäuser auf folgender Grundlage:

Wo ein Arbeitsnachweis des Verbandes besteht, ist dieser ausschließlich, anderenfalls der partielle bzw. der städtische Arbeitsnachweis zu benutzen.

Die tägliche Arbeitszeit für alle Angestellten ist so zu regeln, daß eine effektive Arbeitszeit von 12 Stunden im Höchst-falle verbleibt. Die absolute ununterbrochene Ruhezeit darf nicht weniger denn 9 Stunden betragen; außerdem sind längere Pausen einzulegen.

Allen Angestellten ist jede Woche ein ganzer freier Tag zu gewähren.

Für die ein Jahr und darüber im Hause Tätigen ist alljährlich ein Urlaub unter Fortzahlung des Lohnes zu bewilligen.

Die Löhne sind im Durchschnitt höher zu bemessen, als die in den Privatbetrieben üblichen. Kellner dürfen nicht lediglich auf Trinkgelder angewiesen sein. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß das in den Gewerkschaftshäusern verkehrende Arbeiterpublikum, sei es aus wirtschaftlichen, sei es aus prinzipiellen Gründen, in der Regel viel weniger Trinkgeld zu geben pflegt, als die Gäste aus bürgerlichen Kreisen.

Bei Differenzen zwischen den Angestellten und der Verwaltung ist, wenn die örtliche Verwaltungsstelle den Konflikt nicht beseitigen kann, das Gewerkschaftsamt und eventuell die Hauptverwaltung des Verbandes anzuzuziehen.

Als ein geeignetes Mittel, tiefgehende Differenzen zu vermeiden oder doch abzumildern, erachtet der Verbandtag die Einführung von durch beiderseitige Verhandlungen abgeschlossenen Dienst- und Arbeitsbedingungen sowie die Hinzuziehung eines ständigen Vertreters unserer Organisation zum Wirtschaftsausschuß; die Erfüllung dieses Wunsches sollte nicht bloß aus Gründen der Gerechtigkeit gewährt werden, sondern sie liegt auch im Interesse des Unternehmens, das sachkundiger Mithilfe nicht entzogen kann.

Der Hauptberwalter ist von Lohnforderungen, Tarifkündigungen usw. rechtzeitig Kenntnis zu geben.

Der Verbandstag bringt die selbstverständliche Meinung zum Ausdruck, daß alle in den Gewerkschaftshäusern beschäftigten Angestellten im Verband deutscher Gastwirtsgehilfen organisiert sein müssen.

Ueber den Arbeitskammergesetzentwurf hielt Reichstagsabgeordneter R o b. S c h m i d t einen mit lebhaftem Beifall aufgenommenen instruktiven Vortrag. Hierzu wurde folgende Resolution angenommen:

„In bezug auf das Arbeitskammergesetz erklärt der Verbandstag sich mit den von der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion aufgestellten Forderungen vollkommen einverstanden und vertritt der Verbandstag den Standpunkt, daß der Regierungsentwurf den Wünschen der Arbeitnehmer nicht genügt, und zwar unter anderem aus dem Grunde, weil nach dem Entwurf von vornherein ein sehr bedeutender Teil der Arbeitnehmerchaft von der Mitwirkung ausgeschlossen wird und die Art der Organisation eine so große Zersplitterung im Gefolge hat, daß die dieser Einrichtung zugewiesenen Aufgaben nicht gelöst werden können.“

Aus der Partei.

Parteiliteratur.

Der Verlag J. S. B. Dieckmann in Stuttgart ist einem vielfach geäußerten Wunsche nachgekommen, indem er den Genossen die Anschaffung der Schrift: „Aus meinem Leben“ von August Bebel, Band I, durch Ausgabe des Werkes in 14 Lieferungen a 10 Pf. erleichtert. Wie acht Tage erscheint ein Heft.

Notizen.

Der Touristenverein „Die Naturfreunde“ zählt 12 000 (nicht wie gestern hier zu lesen stand, 1200) Mitglieder, wovon auf die Wiener Ortsgruppe allein etwa 4000 entfallen. Die Berliner Ortsgruppe hält jeden dritten Sonnabend im Monat ihre Sitzungen in Puchras Aluhhaus, Landsberger Straße 85, ab.

Bühnenchronik. Das Berliner Theater hat für die nächste Saison folgende neue Mitglieder engagiert: Rosa Bertens, Ludwig Hartau vom Deutschen Theater, Emil Lindner vom Igl. Schauspielhaus, Marie Karsten vom Hebbeltheater, Georg Koch vom Stadttheater in Jülich. Albert Brine wird einige Monate am Berliner Theater spielen. — Toni Wilkens, die junge hier öfters genannte Künstlerin, wird am Sonntag im Neuen Schauspielhaus als Cecily in Wildes Komödie Wundbury gastieren.

Die Teneriffa-Expedition, die von Professor Rammwig organisiert war, hat nach programmäßiger Durchführung der physiologischen und astronomischen Arbeiten im Hochgebirge des Pic von Teneriffa nunmehr ihren Abschluß gefunden. Die mit physiologischen Untersuchungen über Höhen- und Sonnenwirkung beschäftigten deutschen, österreichischen und englischen Gelehrten sind bereits in ihre Heimat zurückgekehrt. Die bei wolkenlosem Himmel wochenlang ohne Unterbrechung fortgesetzte Beobachtung des Halleyschen Kometen hat zu sehr wertvollen Ergebnissen geführt und namentlich vorzügliches photographisches Material geliefert. Zugleich mit den französischen Lehrern auch die Mitglieder des Observatoriums in Potsdam, die sich in den letzten Wochen auf Teneriffa vorzugsweise mit Untersuchungen über Luftelektrizität beschäftigten, zurück.

Kleines Feuilleton.

Ein neuer Zensurtrieb. Der russische Dichter M e r e s k o w s k i, der insbesondere durch seinen bedeutenden biographischen Roman „Leonardo de Vinci“ auch in weiten Kreisen Deutschlands bekannt ist, hat im Anschluß an die neuerdings in Rußland freigegebenen Dokumente über den Tod Pauls I. ein interessantes, historisches Drama geschrieben. Das Werk ist im Ladinichowischen Verlag deutsch überfetzt erschienen und vom Berliner Theater angenommen worden. Die Zensur hat es nun fertig gebracht, die Zensurierung von „Kaiser Pauls Tod“ und zwar unter Berufung auf verschiedene Paragrafen des Allgemeinen Landrechts zu verbieten. Man zittert offenbar bei dem Gedanken, daß die Aufführung dieses einen mehr als hundert Jahre zurückliegenden, allerdings nicht wohlriechenden Stoff der russischen Hofgeschichte behandelnden Dramas irgend welchen maßgebenden Herrschaften des Anwesenregiments Vergnügen bereiten könnte! Eine Besorgnis, die mit der eifrigen Bestrebenheit, russische Verfolge über die Grenzen auszuliefern, trefflich zusammenpaßt. Drollig ist dabei, daß der Autor, aber den in Deutschland aus solchen Rücksichten die Bühnenzensur verhängt werden soll, in Rußland selbst als ein entschiedener Gegner aller revolutionären Bestrebungen gilt, ja daß die russische Kritik zum Teil dem Schauspiel sogar reaktionäre Tendenzen vorgeworfen hat. Wenn es trotzdem wie eine furchtbare Anklage gegen das Parentum wirkt, so sicher nur, weil die geschichtlichen Tatsachen eine Sprache reden, deren zwingender Ueberzeugungskraft kein Ehrlicher sich verschließen konnte. Was in den kleinsten Einzeltagen scheint sich das Ganze auf Remotoren, Briefe, zeitgenössische Schilderungen aufzubauen. Die Gestalt des Kaisers, des zwischen blutigen Despotenläunen und kindisch-sentimentalem Getöse hin und her schwankenden Nachwärtigen, ist so widerprüchlich, so abfärschend grotesk, wie freie dichterische Einbildung sie nie erkennen würde. Alles zittert vor des Jaren Bosheit; die Verschönerung des Abels unter Valens Führung gegen den Wüterich erscheint im Stück als bloßer Akt der Notwehr. Die Typen dieser verrotzten, französisch überladenen, im Grund barbarischen Hofgesellschaft, und des Jaren ältester Sohn Alexander, der neuropathische Schwächling, der nach Pauls Ermordung den Thron bestieg, treten in plastisch reicher, wenn auch nicht gerade dramatischer Schilderung hervor. Ein großangelegtes Gemälde der Degeneration, in dem sich ohne Ausblick auf irgend eine Rettung durch revolutionäre Energie, düster Bild an Bild reiht.

Jules Renard, ein vorzüglicher, bei peinlicher Vermeidung aller Pathetik und fast raffiniertes Knappheit des Ausdrucks tief empfindungsvoller Schilderer des Kleinlebens in Natur und Menschheit, ist erst 46 Jahre alt, am Sonntag in Paris gestorben. In Deutschland ist er hauptsächlich durch die von Hugo von Hofmannsthal überfetzte dramatische Bearbeitung seiner Erzählung „Poil de Carotte“ („Kotkopf“) bekannt geworden, der rührenden Geschichte eines mißhandelten, mißverstandenen, in früher, vom Leid beschleimigten Reife ins Leben blühenden Bürgerkinds. — Renard, der sich in dem von ihm bewohnten Dorf im Departement Nièvre zum Bürgermeister

Im Verlag von J. G. B. Diez Nachf. zu Stuttgart erschien:

Die Grundprobleme des Marxismus. Von G. Plechanow. Autorisierte Uebersetzung von Dr. R. Kaufmann. 7. Bändchen der kleinen Bibliothek. Preis broschiert 75 Pf., gebunden 1 M. Vereinspreis 50 Pf.

Die Arbeit wurde für eine russische Enzyklopädie geschrieben. Sie behandelt fast alle Fragen des philosophischen und historischen Materialismus und sucht dabei alle beachtenswerten Einwände zu widerlegen, die von revisionistischer und bürgerlicher Seite dagegen erhoben worden sind.

Im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin, erschien:

Wie hüten wir uns vor Herzerkrankungen? Von Dr. Eugen Wehlich, Berlin. Heft 23 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek. Preis 20 Pf. Das Heftchen hat folgenden Inhalt: Was des Herzens — Der Kreislauf des Blutes — Die Arbeit des Herzens — Die Krankheiten des Herzens — Angeborene Herzfehler — Herzleiden nach Infektionskrankheiten — Herzleiden infolge behinderter Atmung — Herzfehler nach Gelenkrheumatismus — Herzleiden durch geschlechtliche Anorien in der Jugend — Herz und Berufswahl — Herzleiden und Ehe — Vorzeitige Abmürung des Herzens bei dem Mann — Herzschwäche der Frauen — Hygiene des Herzens im allgemeinen.

Der geschichtliche Jesus. Von Max Wahrenbrecher. Heft 10 der biblischen Geschichten. Beiträge zum geschichtlichen Verständnis der Religion. Preis 1 M., Vereinsausgabe 40 Pf.

#### An die Bildungsanstalten!

Der Zentral-Bildungsausschuss sendet dem Auftrage des Leipziger Parteitag gemäß an die lokalen Bildungsanstalten Fragebogen, um dadurch eine Uebersicht über die Bildungsarbeit an den einzelnen Orten zu gewinnen. Der Fragebogen geht in diesen Tagen an sämtliche Bildungsanstalten, die bei der Geschäftsstelle des zentralen Bildungsausschusses (Heinrich Schulz, Berlin SW., Lindenstr. 3) gemeldet sind. Diejenigen Bildungsanstalten, die den Fragebogen bis spätestens Donnerstag, den 27. Mai, nicht erhalten haben, werden ersucht, davon sofort der Geschäftsstelle Mitteilung zu machen.

#### Konferenz der sozialdemokratischen Landtagsfraktionen.

Für den 19. Juni ist im Volkshaus in Weimar eine Delegiertenkonferenz der sämtlichen sozialdemokratischen deutschen Landtagsfraktionen einberufen worden. Die vorläufige Tagesordnung umfasst: Regelung des Materialauslaufes bezw. Gründung einer Sammelstelle, Wertzuwachssteuer und Schiffahrtsgeldern.

#### Der Landesparteitag der sozialdemokratischen Partei in Sachsen-Altenburg

findet am 9. und 10. Juli in Roda statt. Auf der Tagesordnung steht neben den üblichen Geschäftsberichten und Delegiertenwahlen die Frage der Auffstellung eines Kandidaten für die kommende Reichstagswahl. Der bisherige Kandidat, Genosse Edmund Buchwald, hat aus Altersrückichten eine erneute Kandidatur abgelehnt.

#### Hervé bleibt „Parteilos“.

Paris, 25. Mai. (Fig. Ver.) Hervé erklärt heute in der „Guerre Sociale“, die geeinigte Partei nicht verlassen zu wollen. Er bleibt Parteilos, nicht aus Ueberzeugung, sondern aus lokalen Gründen. Die Hibernation der Honne will nämlich nicht aus der Partei austreten und es ist Hervé „moralisch unmöglich“, sie preiszugeben. Damit ist Hervés Verhalten in der geeinigten Partei entschieden, denn ein Einschreiten gegen ihn wegen seines Verhaltens in der Wahlbewegung ist vorläufig so gut wie ausgeschlossen, da er seine Haft angetreten hat, die vier Jahre dauern soll. Hervé bemerkt nicht unrichtig gegen Genossen Rouanet, der in der jüngsten Zeit seine Ausschließung gefordert hat, daß diese gerade jetzt unmöglich sei. Sie hat in der Tat die stärksten sentimentalischen Motive gegen sich. Allerdings ist sie auch überflüssig, so lange Hervé außerstande ist, sein die Partei schädigendes Treiben fortzusetzen. Es handelt sich jetzt nur darum, wie sich die Partei gegen die ihr noch angehörenden Freunde Hervés verhalten wird, wenn sie die anarchistische Taktik und den Disziplinbruch weiter propagieren. Denn sie sind nicht durch ihre Wehlosigkeit geschützt. — Verzeichnet sei übrigens, daß die „Guerre Sociale“, wie Hervé mitteilt, jetzt eine Auflage von 40 000 hat. Dieser Erfolg ist unbestreitbar dem journalistischen Geschick Hervés und seiner Mitarbeiter zu danken, das dem Blatte einen Leserkreis verschafft hat, der weit über die Anhängererschaft des „insurrektionellen“ Romantismus hinausreicht.

#### Noch immer die Suche nach dem staatsgefährlichen Lieberbuch.

Eine Hausdurchsuchung wurde in den Räumen des Bohumer „Vollblattes“ von zwei Kriminalbeamten nach dem Arbeiterlieberbuch für Massengefangenen vorgenommen, das im Verlage der „Arbeiter-Zeitung“ in Dortmund erschienen ist. Der Lieberbuch war umsonst. Die Beamten mußten ohne Beute wieder abziehen.

#### Eine mißlungene Polizeiaktion.

Als die Polizeibeamten, die die polnische politische Bewegung überwachen, in der „Gazeta Robotnicza“ einen Bericht über eine am 8. März in Herne abgehaltene Konferenz der polnischen Sozialdemokraten für Rheinland-Westfalen sahen, meinten sie eine wichtige Entdeckung gemacht zu haben. Nach unständlichen Recherchen wurden 14 Parteigenossen, darunter der Leiter der polnischen Bewegung im Ruhrrevier, Woschynowski, Dortmund, Parteisekretär Klupysch, Dortmund, und der Redakteur der polnischen Ausgabe der „Vergarbeiter-Zeitung“ Adamczak als Leiter beziehungsweise als Teilnehmer festgestellt und Anklage vor dem Schöffengericht Herne wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes erhoben. Die Angeklagten erklärten übereinstimmend, daß sie hinsichtlich der Konferenz eingeladen worden seien, ferner wären alle Teilnehmer beim Eintritt auf ihre Legitimation geprüft worden. Die als Zeugen aufgetretenen Polizeibeamten vermochten zur Sache nichts anzufügen; sie hatten lediglich die Recherchen nach den Teilnehmern geführt. Die Entlastungszeugen bestätigten die Angaben der Angeklagten. Der Amtsanwalt beantragte trotzdem die Verurteilung. Vier Angeklagte, die als Leiter in Frage kamen, sollten 30 M. Strafe zahlen, während die anderen nur 15 M. Bleiben sollten. Das Gericht sprach sämtliche Angeklagten frei.

## Soziales.

#### Schändliche Ausübung von Rechten.

Vor der 8. Kammer des Oberlandesgerichts in Gießen gegen den Buchbindereibesitzer August Friedrichs, Grünstraße 4. Kläger war eines Tages plötzlich eine Stunde nach Arbeitsbeginn entlassen worden. Er forderte Bezahlung bis zum Schluß des Tages mit 4,16 M. Beklagter hatte erklärt, den Lohn wolle er nur zahlen, wenn sich Sch. fündlich im Kontor meldete. Dieses schändliche Begehren hatte der Kläger abgelehnt. Das Oberlandesgericht sah in dem vom Beklagten gestellten Verlangen

eine schändliche Ausübung seines Rechtes. Diefem teilt § 226 des Bürgerlichen Gesetzbuches ausdrücklich entgegen. Dort heißt es: „Die Ausübung eines Rechtes ist unzulässig, wenn sie nur den Zweck haben kann, einem anderen Schaden zuzufügen.“ Der Beklagte wurde zur Zahlung der 4,16 M. verurteilt.

#### Gesundheitszustand der großstädtischen Schuljugend.

In einem Bericht über die Erfahrungen der Schulärzte in Köln bei der Besichtigung der Schulkinder heißt es: „Die Zahl der Kinder, die eine wirklich kräftige Körperbeschaffenheit haben, ist in manchen Schulbezirken sehr gering. In den meisten Fällen lautet der Befund hinsichtlich der allgemeinen Körperbeschaffenheit auf „mittel“ oder „mittel bis schwach“. Es werden deshalb häufig Kinder auf ein Jahr zurückgestellt.“

Schwindmüdigkeitszustände kann man diese bedauernden Spröhlänge der proletarischen Großstadtbewohner in den meisten Fällen nennen. Schuld an der Verfallener der Kinder sind die durch die junkerfreundliche Zoll- und Grenzsperrpolitik verursachte Verteuerung der Lebensmittel und die durch den Bodenwucher ungeheuer in die Höhe getriebenen Wohnungsmieten, sowie die durchweg völlig ungenügende Entlohnung der Eltern. Wenn die Kinder noch beendeten Schuljahren der industriellen Ausbeutung anheimfallen, wird ihre Gesundheit vollends vernichtet. Die Mitteilungen der Kölner Schulärzte sind eine schwere Anklage gegen die gegenwärtige, angeblich göttliche Gesellschaftsordnung.

## Haus Industrie und Handel.

#### Umgehung der Wertzuwachssteuer.

Schon bevor der Entwurf eines Reichswertzuwachssteuergesetzes der gesetzgebenden Körperschaft vorlag, wurden Stimmen laut, die darauf hinwiesen, daß die Terraingesellschaften der Steuer zu entgehen wissen würden. Das Ziel sei zu erreichen, indem die Gesellschaften ihre Terrains bebauen und die Häuser als eigenen Besitz vermieten. Kürzlich veräußerte auch bereits, daß tatsächlich verschiedene Gesellschaften mit der Bebauung ihrer Terrains beginnen wollen. Nun teilt die „Allgem. Bzg.“ mit, daß in diesen Tagen verschiedentlich Besprechungen der Direktoren großer Terraingesellschaften stattgefunden hätten. Man sei dabei zu der Ueberzeugung gekommen, daß es nach Lage der Dinge notwendig sei, das Terrain- und Baugeschäft zu „reformieren“. Ein Verkauf von Gelände, das erheblich im Werte gestiegen sei und dessen Umsatz die Zahlung einer hohen Zuwachssteuer erfordern würde, solle künftig gänzlich unterlassen werden und die Terraingesellschaften müßten in solchen Fällen selber den Häuserbau betreiben und dann entweder als Hauswirt austreten oder aber das ganze Gebäude, d. h. sämtliche Wohnungen an einen Generalpächter vermieten. Im Osten Berlins habe sich diesen Gedanken bereits eine bekannte Terraingesellschaft angeeignet und gehe jetzt daran, zehn Wohnhäuser auf Grundstücken zu erbauen. — Das Geschäft des Wohnungsbauvermietens würde, wenn der Plan allgemeine Nachahmung findet, zu einem Großbetrieb sich auswachsen, der auch auf diesem Gebiete den Nachweis von der Wichtigkeit der sozialistischen Forderung schlagend bewiese.

#### Agrarischer Liebesdienst.

Vor wenigen Tagen wiesen wir darauf hin, daß der Kampf zwischen dem amerikanischen Petroleumtrust und den österreichischen Produzenten sich dem entscheidenden Moment näherte. Der Abzug der österreichischen Petroleumindustrie nach Deutschland — eines seiner Hauptabgabengebiete — ist außerordentlich zurückgegangen. Es wird nicht lange dauern und die österreichische Petroleumindustrie wird so oder so unter die Machtphäre des Deltruffs kommen. Die Kollage der österreichischen Petroleumindustrie hat die preussische Regierung kürzlich zu einem Liebesdienst für die Agrarier ausgenutzt. Im Warenverkehr zwischen Deutschland und Oesterreich bestehen Ausnahmetarife. Unter diesen Vorzugstaxen fällt auch das nach Deutschland ausgeführte Petroleum. Von der preussischen Eisenbahnverwaltung ist das Uebereinkommen mit dreimonatlicher Frist gekündigt worden. Das bedeutet praktisch eine Unterjüngung des Deltruffs. Die preussische Eisenbahnverwaltung ließ allerdings erklären, daß es ihr bei der Kündigung der Tarife gar nicht eingefallen sei, den Amerikanern irgend einen Liebesdienst zu erweisen, die Kündigung sei vielmehr nur erfolgt, weil man sich mit der österreichischen Eisenbahnverwaltung in einigen Tarifstreitigkeiten befinde. Das ist nicht nur naiv, sondern stimmt auch mit den Tatsachen nicht überein. In Wirklichkeit will die preussische Regierung durch die Tarifkündigung einen Druck auf Oesterreich-Ungarn ausüben, in der Richtung, daß es seinen Widerstand gegen die Einführung von Schiffahrtsgeldern aufhebe. Die eigentliche Ursache des Vorgehens Preußens führt uns auch hier wieder auf den Boden agrarischer Liebesgabenpolitik. Zeigt sich Oesterreich nicht willig, ist das Land in seinem Petroleumexport schwer geschädigt und der Deltruff jubelt. Weugt sich Oesterreich der Preßion, dann ist die Einführung der Schiffahrtsgeldern ziemlich gesichert. Die Einfuhr ausländischer Agrarprodukte wird verteuert, die Konsumenten sind die Geschädigten.

So sorgt die preussische Regierung nicht etwa für die Interessen des preussischen Volkes, sondern für die agrarischen Schiffahrtstinteressen auf Kosten der Allgemeinheit.

#### Terrainpekulation.

Sicher ist der Teltow-Kanal ein volkswirtschaftlich wertvolles Verkehrsmittel. Leider kann er sich nicht so entwickeln, wie es bei der Ausarbeitung des Planes angenommen wurde. Und dies deswegen, weil die Terrainpekulation die Uffersreifen des Kanals so verteuert hat, daß Fabrikunternehmungen usw. kaum an den neuen vorteilhaften Wasserweg erbaut werden können. Wo es bisher geschehen ist, wickeln besondere Umstände mit. Es sei hier nur an die Filiale der Elbersfelder Papierfabrik bei Teltow erinnert. Interessen einzelner Herren in der Leitung der Elbersfelder Papierfabrik gingen konform mit denen der Teltower Terraingesellschaften. Die Elbersfelder Papierfabrik hat durch den Bau ihrer Filiale am Teltow-Kanal wahrscheinlich die beste Dividendenzeit hinter sich. Die herbsten Enttäuschungen erleben jetzt die Aktienbesitzer der Teltower Terraingesellschaften; natürlich die Besten der letzteren Hand. Die Gründer haben vorher das Fett abgedulft; sie haben Millionen verdient. Für die Arbeiter hat die Terrainpekulation selbst im allgemeinen wenig Interesse. Sie ist aber doch wichtig deshalb, weil sie zeigt, wie aus den Taschen der Reichen Leute tausendmarkweise das Geld herausgeholt wird. Hinter den Machern solcher Spekulationen stehen die Banken. So wurden z. B. die Papiere der Teltower Bodenaktiengesellschaft 1908 von der Nationalbank für Deutschland und der neuen Bodenaktiengesellschaft für 112 Proz. auf den Markt gebracht, jetzt sind sie 27 Proz. wert. Rechnet man den Zinsverlust der Erwerber dieser Papiere hinzu, so haben manche fast ihr volles Kapital verloren. Das hat sich längst in den Händen der Schieber in der Terrainpekulation konzentriert. Der Teltow-Kanal sollte für Handel und Verkehr einen großen Vorteil darstellen, in Wirklichkeit haben die Banken durch allerlei Gründungen und Schiedungen das Terrain so verteuert, daß der Aufbau dort fast unmöglich geworden ist — wenn nicht auf Kosten der jetzigen Aktienbesitzer erhebliche Wünderbewertungen vorgenommen werden.

Rheinisch-westfälisches Kohlenyndikat. In der letzten Veratsung des Kohlenyndikats wurden die Beteiligungsanteile in Kohlen

und Koks wie bisher festgesetzt, in Brackets von bisher 82 1/2 Proz. auf 80 Proz. erniedrigt.

Dem in der Zechenbesitzerversammlung des Kohlenyndikats erstatteten Bericht ist zu entnehmen: Der rechnermäßige Absatz betrug im April bei 2 1/2 (im gleichen Monat des Vorjahres 24) Arbeitstagen 5 051 864 (i. V. 5 228 160) Tonnen.

Der Verband einschließlich Landdebit, Deputat und Lieferungen der Stützzechen an die eigenen Stützwärke betrug in Kohlen bei 2 1/2 (24) Arbeitstagen 4 624 881 (4 410 310) Tonnen, an Koks bei 80 (80) Arbeitstagen 1 370 029 (1 157 095) Tonnen; an Brackets bei 2 1/2 (24) Arbeitstagen 274 330 (235 001) Tonnen.

Die Förderung stellte sich insgesamt auf 6 999 016 (Vorjahr 6 477 822) Tonnen oder arbeitsmäßig auf 278 508 (269 009) Tonnen.

Die Abschwächung, welche der Kohlenabsatz in den Monaten Januar und Februar gegenüber den Ergebnissen der beiden letzten Monate des Vorjahres erlitten hat, hat auch im März und April noch angehalten.

#### Konzentration.

Die Interessengemeinschaft zwischen der Selskfrönerer Bergwerksgesellschaft und der Düsseldorf Röhrenindustrie und den Röhrenwerken von Pöschel entspricht dem Bedürfnis nach der Betriebsvereinigung, die alle Prozesse, vom Kohleprodukt bis zum Fertigfabrikat usw. umfaßt. Das wurde übrigens in der Generalversammlung der Düsseldorf Röhrenindustrie auch noch ausdrücklich hervorgehoben. Im Hintergrunde ist allerdings auch die Wahrscheinlichkeit einer syndikalistischen Zeit bei der Verständigung mit wirksam gewesen. Das Röhrenyndikat strebt vor seiner Auflösung.

Thyssen gehört mit seinen beiden Werken Thyssen u. Co. und Deutscher Kaiser dem Röhrenyndikat als größter Produzent an und er hat dem Verband gefällig. Gegen seine Monopolbestrebungen richten sich wohl auch in erster Linie die Anstrengungen der übrigen Werke. Außer den Monnemmann und einigen Oberschleslern hat er keine großen Gegner. Die anderen würden in freier Konkurrenz wohl bald lahmgelegt sein und daher schließen sie sich nach Möglichkeit anderweitig an.

So wird wohl bald ein Kampf entbrennen, der sicherlich mit dem Untergange der reinen Werke endet.

#### Großbetriebe im Buchhandel.

Als Hauptpläne für den deutschen Buchhandel kommen Leipzig, Berlin und Stuttgart in Betracht, wo in erster Linie die Kommissionäre dominieren, die für ihre regelmäßigen Abnehmer alle geschäftlichen Angelegenheiten erledigen. Nach Angaben im „Courier“ gab es im Jahre 1900 in den genannten drei Städten 83 Kommissionärsbetriebe, zurzeit existieren nur noch 62, obwohl der Handel inzwischen sehr starkes Zunahme erfahren hat. So ist z. B. die Zahl der Kommitenten, die im Leipziger Buchhandel betreiben, während dieser Zeit von 8288 auf 10 716 angewachsen. Hauptächlich sind es die beiden Großfirmen Volkmar und Köhler, die ein Geschäft nacheinander aufbauen. Von den in Frage kommenden Kommitenten in Leipzig, Stuttgart und Berlin, 11 558 an der Zahl, gehören 3185, das ist ein Drittel, zum Handelskreis der genannten beiden Firmen. In Leipzig entfielen im Jahre 1900 von 8288 Kommitenten 1372 oder ein Viertel auf Volkmar und Köhler, jetzt entfallen auf sie von den 10 716 Kommitenten 2455 oder ein Viertel der Gesamtzahl. In Stuttgart entfielen von 642 Kommitenten 570 auf Volkmar und Köhler, und in Berlin von 200 nicht weniger als 160. Die beiden Riesengeschäfte reizen den ganzen Markt an sich!

Erträge der Industrie. Im Geschäftsjahr 1908/10 haben die Westfälischen Röhrenwerke in Hagen in Westfalen bedeutend höhere Erträge erzielt, als im Vorjahre. Sie wollen „vorsichtshalber“ aber „nur“ 16 Proz. Dividende verteilen. — Die Verwaltung der Aktiengesellschaft Chemische Fabrik in Sömmeringen am Rhein erklärt ungeduldigen Aktionären, sie werde für das ablaufende Geschäftsjahr eine Dividende „nur“ in der Höhe des Vorjahres verteilen, obwohl höhere Gewinne erzielt worden seien. Angeblich soll der Mehrbetrag zur Stärkung des Reservefonds dienen, um auch bei schlechteren Zeiten gleiche Dividenden zahlen zu können. — Das Eisenwerk Kraft, Aktiengesellschaft in Stolzenhagen-Kragwinkl konnte mit 7 Millionen Mark Aktienkapital 1 812 776 Mark „verdienen“. Die Verwaltung will circa 400 000 M. zu Abschreibungen verwenden, der Reserve 46 000 M. zuführen und 11 Proz. Dividende verteilen. 2000 M. will sich die Gesellschaft die „Wohltätigkeit“ kosten lassen.

Saatensand in Oesterreich. Nach dem Bericht des Uckerbauministeriums war der Saatensand Mitte Mai, wenn 1 sehr gut, 2 über mittel und 3 mittel bedeutet: Weizen 1,9, Roggen 2,5, Gerste 2,2, Hafer 2,3, Mais 2,2, Kartoffeln 2,4, Zuckerrüben 2,7, Klee 2, Wiesen 2,2, Weiden 2,4.

## Haus der Frauenbewegung.

#### Praktische Arbeit.

Um die Organisation unter den Textilarbeiterinnen zu fördern, hat der Textilarbeiterverband die Abhaltung von Arbeiterinnenkonferenzen in seinen Agitationsapparat aufgenommen. In der „Gleichheit“ berichtet Genosse Jädel darüber:

In zwölf Konferenzen in den verschiedensten Landesteilen Deutschlands waren etwa 500 Abgeordnete der Arbeiterinnen der einzelnen Orte versammelt. Jede Konferenz war von circa fünfzig weiblichen Delegierten besucht. Arbeiterinnen- und Mutter-schul sowie die gesellschaftliche Stellung der Frau wurde von je einem Referenten besprochen. Jede Verbandsfiliale konnte zwei, auch drei weibliche Delegierte entsenden, und neben diesen Abgeordneten war der Vorsitzende der Filiale zugelassen, um eventuell den Delegierten bei der Berichterstattung usw. behilflich zu sein. Vor und nach jeder Konferenz wurden die organisierten Arbeiterinnen jeder Filiale zusammengerufen.

Die Erwartungen, welche an die Konferenzen geknüpft wurden, sind durchaus erfüllt worden. Aufs neue wurde die alte Erfahrung bestätigt, daß wirklich lebhaftes Interesse der Frauen und Mädchen nur gemeldet und intensive Mitarbeit derselben nur erzielt werden kann, wenn Arbeiterinnenfragen von Arbeiterinnen selbst in größerem, hauptsächlich aus Arbeiterinnen zusammengesetztem Kreise besprochen werden. In schneller Reihenfolge meldeten sich die Arbeiterinnen in den vorgeschrittenen Bezirken zum Wort, und stehend und sicher sagten sie ihre Meinung; langsamere liefen die Meldungen ein in anderen Distrikten und schüchtern und unsicherer stöh dort die Rede. Aber in allen Fällen war das Interesse der Teilnehmerinnen an den Verhandlungen, die etwa neun Stunden dauerten, bis zum Schluß äußerst rege. Da gab es kein Hüßern, kein Aufsitzen, kein Strecken und kein Dehnen, wie es sich oftmals bei Männerkonferenzen recht unliebsam bemerkbar macht. Ein großer Teil der weiblichen Delegierten hatte zum erstenmal Gelegenheit, an einer Konferenz teilzunehmen. Zum erstenmal hörten sie von Geschlechtsgenossinnen anderer Städte schiedern, unter welchen Uebeln die Arbeiterin leidet, und wie den Uebeln zu begegnen sei. Als dann die gesellschaftliche Stellung der Frau in Vergangenheit und Gegenwart geschildert wurde, konnte es dem Beobachter nicht entgehen, daß ein großer Teil der Zuhörer sich eine neue Welt erschloß. Die kleine Konferenz kann tiefer pflügen als die große Versammlung, und die ausgeworfene Saat wird reiche Frucht tragen. Die Konferenzen werden wiederholt, die gleichen Personen sollen, soweit möglich, daran teilnehmen, und so wird — das hoffen wir — ein Stamm tüchtiger Genossinnen entstehen.

Empfänger der Vorkonferenzen wurden in der Diskussion geschilbert. Zahlreich sind die Fabriken, wo die Arbeiterin nicht nur als Arbeitskraft, sondern auch als Weib ausgebeutet wird. In

schlichter, ungelächelter Weise wurden Vorkommnisse erzählt, die nie in Männerberaternungen geschildert werden. Das junge Mädchen muß ablassen lassen, und daß auf ihre Bekümmerte die Antwort lautet: „Ich kann mir doch ein Mädchen halten,“ erscheint harmlos gegenüber Vorgängen, wie sie aus Frankenbergs geschildert wurden. Junge, unerfahrene Mädchen wurden das Opfer dieser Vorgänge, die im einzelnen zu schildern wir unterlassen, die aber lebhaft an die vor kurzem von Hoendbroeck geschilderten Szenen am Hofe Alexanders VI. erinnern. Und solche Klagen kamen aus allen Orten. Nur wer sich willig gefallt läßt, was lästere Vorgesetzte wünschen, bekommt gute Arbeit, hat höheren Verdienst und kommt als „Tüchtige“ lobend ans „Dreit“. Alle anderen werden zurückgeschickt, schikaniert, bis auch sie sich williger zeigen. Das sind Unheilstände, unter denen nur die Frau zu leiden hat. An anderen Unheilen fehlt es nicht. In Göttingen wird das Brot, das Arbeiterinnen mit in den Arbeitsraum nehmen, vom Meister abgefordert und einfach zum Fenster hinausgeworfen. Hundert Mädchen haben einen Abort, aber ein anderer Abort ist reserviert für fünf Vorgesetzte. In Chemnitz kommen in einem Jahre auf 800 Frauen und 200 Männer zwei Aborte. In Thalheim geht eine schwangere Frau nach dem Abort, gibt — von niemand bemerkt — einem Kinde das Leben und geht mit dem Kinde wieder aus dem Abort an die Arbeit. Bald hören die Arbeiter das Schreien des Neugeborenen. Sie erfahren, was sich ereignet hat, und lassen Mutter und Kind nach Hause fahren. In einer Fabrik Obabrucks haben die Arbeiterinnen über schlechtes Material zu klagen. Einige besonders schlechte Spulen mögen in die Dingergrube geworfen worden sein. Da werden in die Decken der Aborte Löcher gebohrt und Arbeiter und Arbeiterinnen von oben beobachtet, während sie den Abort benutzen. Die Diskussion brachte die weiteren erschütternden Schilderungen der Schmerzen der arbeitenden Mütter. „Meine zwei Kleinsten gab ich in die Wiege. Ich mußte mit verdienen. Sie sind in der Entwicklung zurückgeblieben. Mein Jüngstes pflege ich selbst. Es entwickelt sich normal.“ So sagt eine Frau aus Grünberg i. Schl. Eine Frau aus Gemelingen schafft ihr Kind morgens fort und holt es abends wieder. „Man sieht, daß das Kind geschlagen worden ist. Man ist empört und sucht sich eine — andere Heilung.“ Während eine Mutter in Besoldung in der Fabrik arbeitete, mußten die geliebten Kinderchen fürchterlich verkümmern. Es wird auf der Konferenz geklagt über die Konkurrenz der Arbeiterinnen untereinander und ihren Unverstand, der sich gegen das eigene Interesse verschließt. In Oberhausen liebten sich Arbeiterinnen bis halb 10 Uhr in die Fabrik einschleichen, um Leberarbeit leisten zu können. Einer Werkerin (Heimarbeiterin) in Chemnitz wurden für eine Arbeit 90 Pf. geboten. In der Fabrik gab es dafür 1.90 M. Die Arbeiterin lehnte ab. Eine andere machte die Arbeit für 50 Pf. In den Zuteilfabriken legen Arbeiterinnen zusammen und kaufen Schinken, Wein usw. für den Vorgesetzten. Dann wurde der schlechte Verdienst von vielen Rednerinnen besprochen. Eine Frau in Sandeshof bedient 12 Kottrophstühle. Für 110 Meter Ware gibt es 54 Pf., für 1940 Meter Ware verschiedener Qualität gab es 19 M. Lohn.

Schließlich ist auch noch über die Gleichgültigkeit und Einschüchternheit der organisierten Männer anderer Berufe: Maurer, Zimmerer, Metallarbeiter geklagt worden. „Sie schiden ihre Frauen und Töchter als Arbeiterinnen in die Textilindustrie. Es fällt ihnen aber nicht ein, diese auch dem Verband zuzuführen.“ — Solche Klagen sind leider nicht unberechtigt, hört man doch sogar noch die Meinung, die Frauennarbeit müsse bekämpft werden. Das ist eine reaktionär-zünftlerische Ansicht! Wir haben nicht die Aufgabe, nein, nicht einmal das Recht, der Frau die gewerbliche Tätigkeit erschweren oder gar verbieten zu wollen; unsere Sache ist es, den Kampf gegen die schlechte Entlohnung der weiblichen Arbeitskraft aufzunehmen. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit“, das muß überall, in jeder Gewerkschaft grundsätzliche Forderung sein!

## Verfammlungen.

### Der Kampf um die Ausdehnung der Sonntagsruhe im Handelsgewerbe

wird nun an Schärfe gewinnen. Der Zentralverband der Handelsangestellten und der Transportarbeiterverband hatten zu Mittwochabend nach dem „Reichenberger Hof“ eine öffentliche Versammlung der im Südoften Berlins beschäftigten Handelsangestellten und Handelsbibliothekarbeiter einberufen. Der Referent W. J. J. berichtete, daß sich die Organisationen entsprechend dem Auftrage der Versammlung vom 8. April an die Inhaber der Kaufhäuser und größeren Spezialgeschäfte des Südoftens mit dem Ersuchen gewandt haben, die Läden während der Sommermonate an den Sonntagen geschlossen zu halten, damit den Angestellten wenigstens während der Sommerzeit der Segen der vollständigen Sonntagsruhe zuteil wird. Nur eine Firma hat darauf geantwortet und die Erfüllung der Forderung zugesagt. Daß alle anderen Firmen eine Antwort nicht für nötig fanden, zeigt deutlich, wie man die Wünsche der Angestellten zu beachten pflegt. Wie man gegen die Angestellten verfährt, beweist auch der Umstand, daß die Aufforderung des Vorstandes der Spezialgeschäfte, die Geschäfte an den Wochentagen um 7 Uhr abends zu schließen, von den wenigsten Geschäftsinhabern beachtet wird. Einige Geschäfte wollen sogar von der gegenseitigen Vereinbarung, die Geschäfte des Sonntags von 12 bis 2 Uhr geschlossen zu halten, wieder zurücktreten, weil die Firma Otto Rad in der Oranienstraße ihr Geschäft nicht schließen will. Die Firma Otto Rad, meint der Referent, gehöre zu denjenigen, die stets am rückwärtslosesten gegen ihre Angestellten sind. Die Organisationen werden aber auch mit der Firma Otto Rad noch fertig werden. Durch Verteilen von Handzetteln brauche nur das laufende Publikum auf die Rücksichtslosigkeit des Herrn Rad gegenüber den Angestellten hingewiesen werden. Die Wirkung dieser Maßnahme dürfte diesen Herrn sehr bald von seiner Ansicht abbringen, daß er mit den Vertretern der Organisation zu unterhandeln nicht nötig habe. Der Redner besprach dann alle die Mittel, die den Angestellten im Kampfe um die Ausdehnung der Sonntagsruhe zur Verfügung stehen, und forderte die Anwesenden auf, unter den Angestellten für die Organisationen zu werden, damit diese Kampfmittel auch recht wirksam werden.

In der darauffolgenden Diskussion sprachen sich sämtliche Redner im Sinne des Referenten aus, besonders scharf ging man dabei mit der Firma Otto Rad ins Gericht. Folgende Resolution gelangte darauf zur Annahme.

„Die am 25. Mai im „Reichenberger Hof“ tagende, vom Zentralverband der Handlungsgehilfen und vom Deutschen Transportarbeiterverband einberufene Angestelltenversammlung nimmt mit Enttäuschung davon Kenntnis, daß ein Teil der Geschäftsinhaber des Südoftens sich weigert, während der Sommermonate die Geschäfte am Sonntag geschlossen zu halten.“

Die Versammlung ersucht die beiden Verbände, bei denjenigen in Betracht kommenden Geschäftsinhabern, die bisher ihre Einwilligung nicht gegeben haben, nochmals vorstellig zu werden und eventuell die Firmen, die keine Rücksicht auf die Forderungen der Angestellten und Konsumenten nehmen, der Einwohnerschaft bekannt zu geben.

An das laufende Publikum richtet die Versammlung das Ersuchen, an Sonntagen keine Einkäufe zu besorgen.

Die Versammlung beauftragt auch die beiden Verbände, sich an den Aktionsausschuß der sozialdemokratischen Wahlvereine von Berlin zu wenden, damit die Funktionäre auf den nächsten Jahrsabenden darauf hinweisen, daß die Einkäufe am Sonntag unterbleiben.“

### Blauschwarze Wochfrüchte.

Zu diesem Thema sprach der Reichstagsabgeordnete Robert Schmidt vor einer öffentlichen politischen Versammlung im 6. Wahlkreis, die am Dienstagabend in den „Rustfischen“ stattfand und recht gut besucht war. Schmidt kennzeichnete der Redner die Politik des Hin- und Herbewandlens in Preußen-Deutschland. Als bestes Beispiel der Verfälschung der politischen Verhältnisse

nannte er die preußische Wahlrechtsvorlage. Unverkennbar sei es, daß der Kurs gegenwärtig stark nach rechts treibe. Unter einer durchaus reaktionären und dazu recht tückischen Politik leiden wir wieder unter dem gegenwärtigen Reichstag, dessen Politik darauf gerichtet scheint, daß aus einer Wahlreform in Preußen überhaupt nichts werde. An der Spitze der Regierung stehe ein Kanzler, der sich als Feind aller freien, liberalen Ideen zeige, wo immer er die Gelegenheit dazu finde. Er lenke mit Macht nach rechts, aber im Volke gehe eine ganz entscheidende Strömung nach links, die bei den nächsten Wahlen deutlichen Ausdruck finden werde. — Der Redner besprach in ausführlichen Darlegungen, wie der blauschwarze Block im Reichstage bei allen Gesetzesvorlagen seine Früchte einzubringen versuche, um sie der besitzenden Klasse zu servieren, gebührend und ungeschaltet, wo es anging, allein von der sozialdemokratischen Partei, die stets die Interessen der Masse des Volkes, der arbeitenden Klasse, zu verteidigen bestrebt war. Am Schlusse der sehr beifällig aufgenommenen Rede forderte er zum unermüdlichen Kampfe gegen die Reaktion an, damit die Früchte des Fortschritts und der Kultur ernten können, die allein uns begehrtlich erquickten.

Eine Diskussion wurde nicht beliebt. Der Vorsitzende, Genosse Friedländer, wies in seinem Schlusswort auf die nächsten Reichstagswahlen hin und forderte die Anwesenden auf, die Organisationen zu stärken, die Parteipresse hochzuhalten und alles vorzubereiten, um eine gründliche Abrechnung mit dem schwarzblassen Block halten zu können.

Mit Hochrufen auf unsere Parteibewegung wurde die Versammlung geschlossen.

## Vermischtes.

### Marinekatastrophe in Frankreich.

25 Mann ertranken.

Von einem schweren Unglücksfall ist wiederum die französische Marine betroffen worden. Vor dem Hafen von Calais stieß das französische Unterseeboot „Pluviose“ mit dem Postdampfer „Pas-de-Calais“ zusammen; infolgedessen sank das Unterseeboot. Die gesamte Besatzung in Stärke von 25 Mann fand bei der Katastrophe ihren Tod.

Ueber die Ursachen des entsetzlichen Unglücks meldet uns ein Telegramm aus Calais:

Der Dampfer „Pas-de-Calais“, der regelmäßig zwischen Dover und Calais fährt, hatte seinen letzten Hafen verlassen, als das eine seiner Schaufelräder einen außerordentlich heftigen Stoß erhielt. Der Dampfer stoppte, der Kapitän glaubte zunächst, er habe eine unter dem Wasser befindliche Boje berührt. Dann aber tauchte hinter dem Dampfer ein kleines Fahrzeug auf, in dem man ein Unterseeboot erkannte. Da der Kapitän niemand an Bord des Unterseeboots bemerkte, ließ er ein Boot klar machen, um Auffklärung zu erhalten. Die Mannschaft des Bootes ruderte nun an das Unterseeboot heran und klopfte an seine Wände, erhielt aber keine Antwort. Bald darauf versank das Unterseeboot in den Fluten. Es stellte sich heraus, daß es der „Pluviose“ war, der 25 Mann Besatzung an Bord hatte und eine halbe Stunde zuvor von Calais in See gegangen war. Zweifellos hatte es eine Tauchübung vorgenommen und war im Augenblicke des Wiederauftauchens von dem Schaufelrade des „Pas-de-Calais“ getroffen worden. Der Dampfer hat einige Beschädigungen erlitten und ist nach Calais zurückgekehrt. Die Passagiere werden mit einem anderen Dampfer befördert werden. Man kann es sich nicht erklären, wie das Unterseeboot auf einem von so vielen Schiffen befahrenen Wege eine Tauchübung hat vornehmen können. Die Nachricht von dem Unglück hat die größte Bestürzung hervorgerufen. Zwei Schleppdampfer sind an die Unglücksstelle abgegangen.

Die Mannschaft des Unterseeboots bestand aus dem Schiffsleutnant Callot, dem Schiffsführer Engel und 23 Mann. Das Unterseeboot, welches 450 Tonnen wogte, war im Jahre 1907 nach den Plänen des Ingenieurs Laubeuf gebaut worden. Der Postdampfer „Pas-de-Calais“ gehört der Nordbahngesellschaft.

Ein zweiter Unfall, der erfreulicherweise von weniger tragischen Folgen begleitet war, hat die französische Flotte bei den Flottenmanövern betroffen. Auf dem Hochseetorpedoboot „Clair“ brach die Schraubenschraube. Das Boot mußte in den Hafen von L'oulon eingeschleppt werden.

### Schwester Candide.

Die Untersuchung in der Schwindelaffäre der Ordensschwester Candide hat in den letzten Tagen große Fortschritte gemacht. Der Anwalt der Schwester hat dem Untersuchungsrichter die Depotheine der Juwelen zugestellt, die von der Schwester in London verfehrt worden sind. Wie der Direktor der Pariser-Londoner Bank erklärt, hat er mit Schwester Candide für zwei Millionen Mark Geschäfte in Juwelen gemacht, weitere zwei Millionen standen in Aussicht. Der literarische Presse sind die Schwindelmondober der frommen Dame natürlich sehr unangenehm. Erst suchte sie die Schwindlerin als ein Opfer der Freimaurer hinzustellen, deren Unschuld sich durch die Untersuchung glänzend erweisen werde. Jetzt, nachdem die aufgedeckten Schwindeleien immer größeren Umfang annehmen, versuchen dieselben Blätter die Schwester Candide von sich abzuschießen, indem sie erklären, sie gehöre gar keiner Ordensgemeinschaft an, ihre Gründung habe mit der katholischen Kirche durchaus nichts zu tun. Wie wenig das zutrifft, erhellt ein Brief des Kardinals Rampolla, der an die jetzt Verhaftete im März 1901, nachdem sie vom Papste empfangen worden war, folgenden Brief schrieb:

„Sehr verehrungswürdige Mutter! Der Heilige Vater hat den respektvollen Brief empfangen, den Sie an ihn richteten, und mit besonderem Wohlgefallen die Mitteilungen zur Notiz genommen, die die Werke der Kongregation der Töchter von Sainte-Anne betreffen, in erster Linie die Stiftung von Ormesson für den Weiland tuberkulöser Kinder. Seine Heiligkeit hat diese Werke sehr gelobt und einen besonderen Segen für Sie, Ihre Genossinnen und alle die gesandt, die zur Stiftung des Werkes von Ormesson beigetragen haben. Ich bin glücklich usw. Kardinal Rampolla.“

Danach sind die Wohltätigkeitsanstalten in Ormesson Gründungen der Kongregation der heiligen Anna; es bleibt sich ganz gleich, ob Schwester Candide heute noch dem Orden angehört. Wenn die literarische Presse es jetzt so darstellt, als ob Schwester Candide mit der katholischen Kirche durchaus nichts gemein habe, so ist das Bestreben sehr begreiflich; viel Staat ist mit der vom Papste gesegneten frommen Dame nicht zu machen.

### Hurra, hurra, hurra!

Der Stadt Gardelegen in der Altmark steht in nächster Zeit eine hohe Ehre bevor: der Oberpräsident v. Hegel und der Regierungspräsident v. Mirskisch werden gerufen, der Stadt einen Besuch abzustatten. Um diesem feierlichen Akte einen recht würdigen Hintergrund zu geben, fordert der Magistrat im Amtsblatt auf, daß die Mitglieder ihrer Freude über den Besuch Ausdruck verleihen, indem sie ihre Häuser mit Flaggen oder in sonstiger Weise schmücken.

Wie wahr, wenn sich der Gardelegener Magistrat den Gadebuscher Stadtmusikern ausleihen würde, der dort neulich nach einer Prinzgeburt in Ermangelung von Pulver die fehlenden Salu-

schüsse mit der großen Pauke ergänzte? Dann könnte man die hohen Herrschaften wenigstens mit imitiertem Kanonendonner empfangen!

### Ein sonderbarer Schwärmer.

Aus Schmerz darüber, daß er für untauglich zum Militärdienst erklärt wurde, hat sich in Wien ein 23jähriger Schneidergeselle eine Kugel in den Kopf geschossen. Wenn das in Preußen passiert wäre, könnte man als Motiv der Tat vielleicht noch den Ehrgeiz des Selbstmörders annehmen, nach Abkündigung der Dienstzeit bereinst mal königlich preussischer Kulturträger von Bismarcks Gnaden zu werden; so aber scheint es sich offenbar um die Tat eines Geistesgestörten zu handeln.

### Schlagfertig.

In einem schlesischen Städtchen neigte sich eine vom Reichsverbande einberufene Versammlung ihrem Ende zu. Der Vorsitzende schloß sie mit den Worten: „So lassen Sie uns zum Schluß gemeinsam das Lied singen, das so recht passend für uns ist...“

Wäglich unterbrach ihn ein antwelder Sozialdemokrat durch den Zwischenruf: „Singen Sie das für Sie zutreffende Lied:

Unser Wissen und Verstand  
Ist mit Finsternis umhüllt.“

Erbittert polemisierte der Vorsitzende gegen den schlagfertigen Zwischenrufer, dem man das Lokal verweies. Darauf sang die Versammlung, der Aufforderung des Vorsitzenden entsprechend, „Deutschland, Deutschland über alles“.

### Kleine Notizen.

Das zweite Opfer. Der bei dem Eisenbahnunfall in Klein-Oreca schwerverletzte Lokomotivheizer Haelpke ist im Breslauer Krankenhaus gestern seinen Verletzungen erlegen.

Ein heftiges Erdbeben ist am Donnerstagmorgen im größten Teile der Schweiz verspürt worden. Auch in einem Teile des Elsaß machte sich das Beben bemerkbar. In dem elsaßischen Orte Altmünster war der Stoß so heftig, daß Betten verschoben wurden und daß einzelne Leute zu Boden stürzten.

Nach dem Genusse von Erbsensuppe erkrankte in Duisburg eine Arbeiterfamilie unter Vergiftungsercheinungen. Zwei Kinder sind gestorben, ein drittes liegt hoffnungslos krank.

Durch Mineexplosion wurden in den Schieferbrüchen von Funay in Frankreich zwei Arbeiter getötet.

In der Nähe des Leuchtturms von Dünenkirchen sank eine Scholuppe. Drei Insassen des Bootes fanden in den Wellen ihren Tod.

Mordprozeß Krugjewitsch. Der serbische Student Krugjewitsch, der am Mittwoch vor dem Budapest'schen Schwurgericht unter der Anklage stand, im Juli 1908 den Butterhändler Julius Engel aus der Genthiner Straße 20 zu Berlin erdrosselt, später einen Mord an seinem Freund Eduard Reich in Wien versucht und daneben noch sonstige Verbrechen begangen zu haben, wurde in der Mordsache Engel freigesprochen, wegen des Mordversuchs an Reich zu 12 Jahren Zuchthaus verurteilt.

### Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 60, vorn vier Treppen — 7 a b r u h l i — wochentäglich von 4 bis 7 Uhr abends statt. Jeder Anrufer ist ein Unbekannter und eine Zahl als Merkzeichen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Ullige Fragen tragen man in der Sprechstunde vor.

H. W. 54. Wenden Sie sich an den Verein Hauspflege, Bezirk Osten, Hauptkassiererin Frau D. Wirsbaum, Frankfurter Allee 171a. — H. W. 18. Rein, da er das Rückversicherungsamt von 600 M. nicht hat. Es muß sofort reklamiert werden. — Fräulein Weinstock. 1. Sie hatten, haben aber das Recht, Klammern zu verlangen und über die Wohnung anderweit zu verfügen. 2. Nicht bekannt. — G. S. J. Transportarbeiterverband, Engelsufer 14/15. — Reiblich, Wendelsohnstraße. Fordern Sie nochmals, unter Setzung einer Frist, den Vermieter zur Befreiung der Mängel unter Aufkündigung der sofortigen Vertragslösung auf. Können Sie Ihre Behauptung beweisen, so gehen Sie nach erfolglosem Ablauf der Frist aus. — E. J. J. Für die Dauer von sechs Wochen. Wir halten das Kaufmannsgericht für zuständig; die Rechtsprechung ist allerdings schwankend. — H. C. 100. Solche Gruppen bestehen in Berlin. Die zweidmältige Ausschüttung kann Ihnen den Rest in Deffau erteilen, an den Sie sich wenden wollen. — Radanbelleitung. Klagen Sie auf Befreiung der Wohnung. — Heimstätte 100. 1. Wir halten die Verabredung einer 14tägigen Kündigungsfrist in Ihrem Falle für nichtig und die in § 103a der Gewerbeordnung genannte Kündigungsfrist — 6 Wochen vor jedem Quartalsersten — für maßgebend. 2. Für die Dauer von 6 Wochen. — G. S. 29. 1. Ja. Sie können aber trotz des Bescheides der Übergabe des Geschäftes mit den Alten an den Justizminister verlangen. Das Gesetz hat aber vor Ablauf des Jahres kaum Aussicht auf Erfolg. 2. bis 4. Es kann Zuchthausstrafe eintreten; werden mildernde Umstände demüßigt, so wird auf Gefängnisstrafe erkannt. Außerdem ist eine so geschlossene Ehe nichtig. — Franz 33. Ja. — H. W. 100. Wenn pleidende Nachmittage waren und sind nicht bekannt. — H. W. 100. Das ist den Mietvertrag nicht. — H. D. 57. Leider ist die Kündigung zulässig. — C. Rein. — G. C. 1245. 1. Wenn bereits zehn Jahre verstrichen, so stellt der damalige Gebrauch einen Schidungsgrund nicht mehr dar. Haben Sie seinen anderen im Gesetz vorgesehenen Schidungsgrund (späterer Gebrauch, schwere Verletzung der durch die Ehe begründeten Pflichten), so müssen Sie zunächst die Klage auf Wiederherstellung der ehelichen Gemeinschaft erheben und nachdem ein Jahr nach Rechtskraft des auf Wiederherstellung lautenden Urteils erfolglos verstrichen ist, auf Schidung klagen. 2. Ja. — H. J. 20. Die Wirtschaftsbekanntmachung verleiht Äänen; die anderen Sachen müßten, wenn ein Testament nicht besteht, geteilt werden. — Gubler, Lindower Straße. Sie müssen sich ein Anwartszeugnis verschaffen und klagen. — H. J. 2. Von der Aufkündigung an, jedoch nicht vor Beginn der Kündigungsfrist muß die Wohnung mietschlüssig zur Verfügung während der im Vertrage festgesetzten Tagesstunden gezeigt werden. Sind im Vertrage solche Tagesstunden nicht angegeben, so gilt im allgemeinen bei Wohnungen die Zeit zwischen 10 und 6 Uhr als Besichtigungzeit. Ist der Mieter nicht anwesend, so muß der Wirt die Schlüssel erhalten. — H. 100. Leider nein. — H. W. 20. 1. Eine Steigerung ist nur zulässig, wenn der neue Eigentümer das Grundstück im Wege der Zwangsversteigerung erstanden hat. 2. Ja, wenn die vorerwähnte Voraussetzung vorliegt, unter Einhaltung der gesetzlichen Kündigungsfrist, sonst nicht. — H. J. Weis. In Ihrem Falle läßt sich nicht tun. — H. W. 98. 1. Sie können Sicherstellung des Gebühres Ihrer Frau verlangen. Der Zinsgenuss verbleibt aber der Witwe. 2. Wir halten das, wenn die Identität der Witwe mit Ihrer Frau außer Zweifel ist, für unerheblich. Eventuell müßte die Feststellungsklage erhoben werden. 3. Ja. 4. Eine derartige Vollmacht muß vom Notar beglaubigt werden. — G. C. 35. An die Direktion der Bank. — G. S. 1. Erkatten Sie bei der Staatsanwaltschaft gegen die beiden Privatpersonen Strafanzeige wegen Hausfriedensbruch, gegen die Beamten ersuchen Sie sich beim Polizeipräsidenten. 2. Nein. 3. Bald. 4. Ihnen entstehen keine Kosten. 5. Am zweidmältigsten schriftlich. — H. W. 50. Der gesamte Nachlaß muß angegeben werden, darunter auch die erwähnten Objekte.

### Eingegangene Druckschriften.

Im Verlage von J. G. B. Dieß Nachf., Verlagsbuchhandlung, Stuttgart, ist soeben erschienen: Die Grundprobleme des Marxismus, von G. Blachnow. Autorisierte Uebersetzung von Dr. W. Rasmussen. (7. Bändchen der Kleinen Bibliothek.) Preis 75 Pf., geb. 1 M., Vereinspreis 50 Pf.

Einen in weiten Kreisen vielfach geäußerten Wunsch nachkommend, hat die Verlagsbuchhandlung J. G. B. Dieß Nachf. in Stuttgart sich entschlossen, von August Bebel, aus meinem Verden, eine Vortragsausgabe erscheinen zu lassen. Die Firma Paul Singer, Verlagsanstalt und Buchdruckerei in Stuttgart, hat diese Ausgabe in Druckwerk übernommen. Die Vortragsausgabe wird aus 14 Heften à 10 Pf. bestehen. Die Expedition des ersten Heftes beginnt am 21. Mai. Von da ab wird alle acht Tage ein Heft erscheinen. Die Hefte sind durch sämtliche Parteilisten und Kolportage zu beziehen.

Königliches Volkstheater der Gegenwart. Von Dr. A. Jaeger. 8 M., geb. 4 M., Verlag J. Neumann, Neudamm, Stuttgart.

Einfache Himmelstunde. Nach dem neuesten Stande der Wissenschaft von H. Rauch u. A. Wang. 114 Seiten. — Anleitung zur dreibaren Sternkarte. Von A. Wang. 33 Seiten. Verlag A. Wang in Stuttgart.

Moderne Klostergründungen. Von J. Hippold. 120 M., Paulsen Verlag, Neudamm a. H.

Der Sturm. Wochenchrift für Kultur und die Künste. Herausgegeben von G. Walden. Einzelbezug 10 Pf. Verlag Der Sturm, Galmsee-Beim.

Das Gift des Vergessens. Roman aus der Sable von Elejan v. Koye. Verlag J. Bouhans u. Co., Berlin-Dahlem. 4 M., geb. 5 M.

# Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau: Col 1. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1967

Sonntag, den 29. Mai 1910, vormittags 10 Uhr:

## Allgemeine Versammlung der Rohrleger und Helfer Berlins und Umgegend im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 4.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Waldeck Manasse über: „Zu Licht und Freiheit“.
  2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten. 4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
- Kollegen! Die Wichtigkeit der Tagesordnung erfordert, daß ein jeder von Euch in dieser Versammlung amwesend ist. Agiert deshalb für zahlreichen Besuch. Erscheint Mann für Mann.

Sonntag, den 29. Mai 1910, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung der Fahrstuhlmonteure und Helfer im Lokal von Röber, Elisabethstraße 14.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Pöschel über: „Unsere Gewerkschaften“.
  2. Tarif- und Branchenangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
- Mitgliedsbuch legitimiert.

Sonntag, den 29. Mai 1910, vormittags 10 Uhr:

## Branchen-Versammlung aller in der Metallindustrie beschäftigten Maschinenarbeiter und Arbeiterinnen im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 1.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen Adolf Waschek über: „Oliver Cromwell und die englische Revolution“.
2. Diskussion. 3. Verbands- und Branchenangelegenheiten.

Zu dieser Versammlung sind alle in der Metallindustrie beschäftigten Gobler, Bohrer, Fräser, Stoßer, ferner die in den Betrieben der Metallindustrie beschäftigten Schmittarbeiter, an Drehpressen und Schloßwerken Beschäftigte, ferner alle in diesen Branchen tätigen Arbeiterinnen freundlichst eingeladen.

Sonntag, den 29. Mai 1910, vormittags 10 Uhr:

## Große Versammlung aller an Schraubenautomaten und Einzelbänken beschäftigten Einrichter im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15, Saal 8.

Tages-Ordnung:

- Bericht der Kommission und welche Forderungen wollen wir den Arbeitgebern unterbreiten?**
- Kollegen! Da in dieser Versammlung ein wichtiger Beschluß gefaßt werden muß, welcher im Interesse der gesamten Kollegen notwendig ist, so ist es Pflicht eines jeden von Ihnen, in dieser Versammlung zu erscheinen. Reiner darf fehlen! Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.
- Die Ortsverwaltung.

# Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abds. 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 14/15, Saal 4 (Arbeitsloftsaal):

## Sitzung der Ortsverwaltung.

Montag, den 30. Mai, abends 8 1/2 Uhr:

## Kombinierte Versammlung der gesamten Kontrollkommission mit der Ortsverwaltung in den Andreas-Fischälen, Andreasstr. 21.

# Verband der Schneider und Schneiderinnen.

## Achtung! Militärschneider! Achtung!

Sonabend, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Engelauer 15:

## Öffentliche Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Berichterstattung über die Verhandlung mit den Arbeitgebern über die neuen Lohnformen.
  2. Diskussion.
  3. Persönliches und zahlreiches Erscheinen erwartet.
- Die Kommission.

# Deutscher Tabakarbeiter-Verband

Zahlstelle Berlin.

Sonabend, den 28. Mai, abends 9 Uhr, bei Gebr. Grande, früher Feind, Weinstraße 11:

## Mitglieder = Versammlung

Tages-Ordnung:

1. „Die Gewerkschaften und ihre Aufgaben.“ Referent: Kollege Schulze - Dresden.
  2. Wahl von drei Delegierten zu der am 18. Juli dieses Jahres in Braunschweig stattfindenden 14. Generalversammlung.
  3. Persönliche Verbandsangelegenheiten.
- Mitgliedsbuch legitimiert!

Die Bevollmächtigten.

187/11 A. U.: S. Rosenthal, Ewinenländerstr. 62, II.

# Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen Deutschlands

Verwaltungsstelle Groß-Berlin.

Sonabend, 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, in den „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59:

## Anherordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Bericht von dem Verbandstage in Hamburg.
  2. Kollegen! Wegen der wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen aller Mitglieder notwendig.
  3. Mitgliedsbuch legitimiert! Ohne dasselbe kein Eintritt!
- A. U.: Die Verwaltung.

# Sportshaus Ziegenhals

Bahnstation Zeuthen, Post Niederlehme.

Empfehle den Vereinen, Gewerkschaften, Fabriken und Gesellschaften mein herrlich am Krasinssee gelegenes Lokal zu Dampfpartien und Ausflügen. — Bestellungen nehme auch in meinem Berliner Geschäft: Restaurant zum Luchthorn, Fontane-Promenade 18 (Tel. Amt IV. 173), entgegen. Auch stehen Dampf- und Motorboote zur Verfügung.

Max Mörschel.

Verantwortlicher Redakteur Richard Barth, Berlin. Für den Inseratenteil verantw.: Ed. Glöde, Berlin. Druck u. Verlag: Vorwärts-Verlagsgesellschaft u. Verlagsgesellschaft Paul Singer & Co., Berlin SW.

# Wäsch- und Lüster-Woche

Schluß morgen Sonnabend.

Wäsch - Joppen	Lüster-Jacketts	Wäsch - Anzüge
für Herren, grün Satz 1	für Herren, einfarbig und gestreift, Satz 9	für Knaben Satz 3
M. 2.25 und 80 Pf.	M. 2.90 und M. 1.65	M. 1.85 und 90 Pf.
Satz 2 Wäsch-Joppen für Herren, grau . . . . .	M. 2.85, 1.80	
Satz 4 Wäsch-Anzüge für Knaben . . . . .	M. 4.00, 3.20	
Satz 5 Schul-Anzüge Joppen-Faxons . . . . .	M. 5.00, 3.00	
Satz 6 Wäsch-Blusen für Knaben . . . . .	M. 1.40, 90, 50 Pf.	
Satz 7 Herren-Staubmäntel . . . . .	M. 6.00, 4.50, 3.40	
Satz 8 Sport-Hemden für Herren, schöne Muster . . . . .	M. 2.00	
Satz 10 Lüster - Jacketts für Herren, einfarbig u. gestreift	M. 4.40, 3.70	
Satz 11 Lüster - Jacketts für Jünglinge . . . . .	von M. 1.00 an	
Satz 12 Wäsch-Westen für Herren . . . . .	M. 2.90, 1.65	
Satz 13 Westen-Gürtel für Herren . . . . .	M. 1.75, 1.35, 95 Pf.	
Satz 14 Wäsch-Hosen für Herren . . . . .	M. 2.90, 1.50	
Satz 15 Leichte Loden-Joppen für Herren . . . . .	M. 6.00, 4.00, 2.90	
Satz 16 Loden-Pelerinen für Herren und Damen . . . . .	M. 14.50, 7.50	
Or. Rest-Bestände Stroh-Hüte Satz 17	75 Pf., Satz 18	50 Pf., Satz 19
		25 Pf.

# BaerSohn

Chausseestraße 29-30 □ 11 Brückenstraße 11  
Gr. Frankfurterstr. 20 □ Schöneberg, Hauptstr. 10

Der Haupt-Katalog No. 39 (neueste Moden) auf Wunsch kostenlos und portofrei.

# Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands.

Zahlstelle Groß-Berlin.

Bureau: Dniensstr. 215. Gedruckt von 9-1 u. 4-8 Uhr. Telefon: III, 938.

## Achtung! Verbandstagswahl! Achtung!

Am Sonntag, den 29. Mai, findet die Wahl der Delegierten zum Verbandstag (Halle a. S.) statt. Gewählt wird in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr.

Das Mitgliedsbuch ist als Legitimation mitzubringen.

Nachstehend die Wahllokale:

- |                                     |  |
|-------------------------------------|--|
| <b>Bezirk Norden.</b>               | <b>Bezirk Charlottenburg.</b>              |
| 1. Döhling, Brunnenstr. 79.         | 16. Volkshaus, Rosenstr. 3.                |
| 2. Hoffmann, Bajewolter Str. 3.     | <b>Bezirk Weihenfe.</b>                    |
| <b>Bezirk Schönhauser Vorstadt.</b> | 17. Content, Lehnstr. 5.                   |
| 3. Rath, Schönhauser Allee 131a.    | <b>Bezirk Tegel und Reinickendorf.</b>     |
| <b>Bezirk Nordwest.</b>             | 18. Kalkes, Tegel, Berliner Str. 92.       |
| 4. Kirackowski, Beusselstr. 2.      | 19. Schulz, Borkowstraße, Schubarthstr.    |
| 5. Schröder, Stromstr. 36.          | 20. Roemer, Reinickendorf, Dierkenstr. 69. |
| <b>Bezirk Osten.</b>                | <b>Bezirk Neuenhagen.</b>                  |
| 6. Merkowski, Andreasstr. 26.       | 21. Wertmann, Bahnhofsstraße.              |
| 7. Zlotz, Borsigauer Str. 61.       | <b>Bezirk Spandau.</b>                     |
| 8. Rott, Strahlmannstr. 29.         | 22. Haldorf, Seeburger Str. 26.            |
| <b>Bezirk Südost und Süden.</b>     | 23. Rühr, Körnerstr. 5.                    |
| 9. Schulze, Forster Str. 17.        | <b>Bezirk Köpenick.</b>                    |
| 10. Knechtel, Borsigstr. 14.        | 24. Tauchert, Waggelheimer Str. 4.         |
| 11. Kleinke, Umbilstr. 35.          | <b>Bezirk Adlershof.</b>                   |
| <b>Bezirk Himmelsburg.</b>          | 25. Tempel, Kronprinzstr. 46.              |
| 12. Bluma, Alt-Borghagen 56.        | <b>Bezirk Niederlehme u. Umgegend.</b>     |
| <b>Bezirk Ober-Schöneeweide.</b>    | 26. Koch, Niederlehme-Bägerstr. 17.        |
| 13. Raabe, Wilhelmshofstr. 43.      | 27. Knorr, Bernsdorf.                      |
| <b>Bezirk Johannisthal.</b>         | <b>Bezirk Schöneberg.</b>                  |
| 14. Gobbin, Roonstr. 2.             | 28. Franz, Tempelhofer Str. 18a.           |
| <b>Bezirk Hixdorf.</b>              |  |
| 15. Gollort, Steinmehlr. 93.        |  |

**Gesundheit ist Reichtum!**  
Bad Berlin-Ost im  
**„Bad Frankfurt“**  
Große Frankfurter Str. 136.

Medizinische Bäder aller Art  
in werktätlich ununterbrochen geöffneten Sonder-Abteilungen für Damen 406 L. und Herren.

2 Wannenbäder mit je 2 Handtuchern 75 Pf. (40 Minuten Badozeit.)  
Lieferant sämtlicher Krankenkassen.

**Ohne jede Anzahlung**  
**Pianos**  
erstklassiges Fabrikat (5mal prämiert Staatsmedaille) in allen Holz- und Stilarten von wunderbarer Tonfülle.

(Flügelton) gegen kleine monatliche Teilzahlung, ohne jeden Preisaufschlag.  
Für jedes Instrument gewährt ich 20jähr. schriftl. Garantie.

**Conrad Krause Nachf.**  
Berlin, Ansbacher Str. 1  
Ecke Kurfürstenstr. Tel. Charl. 10410.  
Auch Sonntags geöffnet.

Holt eine Probe „Humor“, Der Glanz hält länger vor.



**Humor**  
putzt alle Metalle sauber und geruchlos.  
Zu haben in großen Flaschen von 10 Pf. an.  
Humor-Werke G. m. b. H., Berlin NO. 18.

**Engelhardt**  
**Caramel-Bier**  
Alkoholfreies Spezialbier.  
Anschließend empfohlen für Nervöse, Bleichsüchtige, nährende Mütter etc. etc.  
Preis pro Flasche 10 Pf.  
Überall käuflich.

**Bräuerei Ernst Engelhardt Nachf. A.-G.**  
BERLIN - PANKOW.  
Größte Malzbierbrauerei Deutschlands.

**Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein**  
Mitglied des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“.

**Touren**  
zum Sonntag, den 29. Mai.

1. Abt.: 6 Uhr: Rudowalbe. 1 Uhr: Himmelsburg (Café Bellevue). Start: Bülowstr. 58.
2. Abt.: 6 Uhr: Rudowalbe (Gewerkschaftshaus). 1 Uhr: Romowes (Singer). Start: Fontane-Promenade, Ecke Bismarckstraße.
3. Abt.: 5 Uhr: Beetz (Sanatorium). 12 Uhr: Reumühle (Zur Schleufe). Start: Mariannenplatz.
4. Abt.: 6 Uhr: Jossen. 1 Uhr: Tellow (Kopfs). Start: Rüttenstr. 14.
5. und 10. Abt.: 6 Uhr: Järtenwalde. 1 1/2 Uhr: Himmelsburg (Zempel). 5. Abt.: Start: Uffingstr. 10. 10. Abt.: Start: Beberstr. 6.
6. Abt.: 6 Uhr: Jülich (Bärner). 1 1/2 Uhr: Köpenick (Stadttheater). Start: Oberberger Str. 28.
7. Abt.: 1 Uhr: Himmelsburg (Café Bellevue). Start: Adoliner Straße 8.
8. Abt.: 7 Uhr: Waggelheimer. 1 Uhr: Himmelsburg (Café Bellevue). Start: Waldstr. 8.
11. Abt. (Sektion der Gastwirtschaftlichen): 2. Juni: Bernau-Tripplise. Start: Gr. Hamburger Str. 18/19.
- Abt. Nichtenberg: 5. Bezirksfest, Himmelsburg (Café Bellevue). 2 1/2 Uhr: Korsofahrt. Start: Pfarrstraße 74.

**Bezirksfest des 2. Bezirks des Kreises Tellow**  
am Sonntag, den 5. Juni, in Alt-Stralau, Wwo. Schonort.  
Um gütige Unterstützung bittet Die Bezirksleitung, P. Gutthier.

**Bezirk 21 (Niederbarnim)**  
Am 29. Mai in Himmelsburg (Café Bellevue):  
**Bezirksfest.**  
Die Vereine und Abteilungen starten um 1/3 Uhr auf dem Marktplatz an der Grüneberger Straße in Borsigagen. Um 3 Uhr beginnt der Blumen-Korso durch den Ort zum Festlokal am Himmelsburger See.  
Billetts sind noch am Start zu haben.  
Zahlreiche Beteiligung erwartet.  
11/4 Die Bezirksleitung.

**Stauend billig.**  
Land-, Obstbaum- und Hochwald-Parzellen  
Nassenheide (Nordbahn)  
v. 250 R. an Hunderte in kurzer Zeit verl. bei Wolff täglich im Bahnhofrestaurant anzutreffen.

Technischer Fortschritt in Industrie und Gewerbe.

Der technische Fortschritt in Industrie und Gewerbe besteht in der Steigerung der Maschinenwirtschaft. Um die Produktivität der Arbeit zu erhöhen, wird die Spezialmaschine in ihren Konstruktionsmerkmalen immer sorgfältiger dem Herstellungsprozess angepaßt.

Die Aufgaben der technischen Unfallverhütung bestehen nun darin, die Arbeitsmaschine durch Schutzvorrichtungen der bewegenden Teile, durch automatisch wirkende Sperrvorrichtungen usw. für den Arbeiter möglichst ungefährlich zu machen.

Der Unternehmer ein Interesse daran, seine Maschinen so konstruktiv auszubilden zu lassen, daß sie die höchste Leistungsfähigkeit entwickeln, so lassen sich die Aufgaben der technischen Unfallverhütung nicht immer mit diesen Gesichtspunkten vereinigen.

In einer jüngst erschienenen Schrift (Notwendigkeit, Erfolge und Ziele der technischen Unfallverhütung von Dr. Ing. Ernst Warten. Verlag der Arbeiterverförmung A. Trotschel. Preis brosch. 8,00 M.) beschäftigt sich der Verfasser mit der Notwendigkeit, den Erfolgen und den Zielen der technischen Unfallverhütung.

Die Notwendigkeit wird dargelegt durch einen Ueberblick über die Verpflichtungen und die Verantwortlichkeit des Gewerbeunternehmers, des Käufers der Maschinen, in bezug auf die Sicherheit der Betriebseinrichtungen gegen Unfallgefahren und die Folgen der Nichtbeachtung der bestehenden Gesetze.

Die Arbeit ist vorwiegend für Ingenieure bestimmt, denen sie das konstruktive Gefühl schärfen soll. „Es muß an den modernen Maschinenbau die Forderung gestellt werden, daß der Konstrukteur, der die Maschine in beweglichen Formen vor sich erstehen läßt, der in alle ihre Einzelheiten und den kausalen Zusammenhang einbringt, wie ein zweiter bei dem fertigen Produkt nicht imstande ist, den Unfallschub als vollwertigen Konstruktionsfaktor berücksichtigt.“

In den Kreisen der technischen Aufsichtsbeamten wird gegenwärtig die Streitfrage sehr lebhaft erörtert, ob der Maschinenbesitzer gesetzlich verpflichtet werden kann, die Arbeitsmaschinen unfallsicher zu liefern oder ob der Käufer sich selbst die nötigen Schutzvorrichtungen nachträglich zu besorgen hat.

Die Arbeit von Warten zeichnet sich durch eine klare Darstellung aus, enthält ein reiches Material und ist auch Arbeitersekretariaten und Gewerkschaftskartellen, deren Tätigkeit in das Gebiet der Unfallversicherungspraxis hineingreift, bestens zu empfehlen.

Richard Boldt.

Neunte Generalversammlung der Töpfer und Berufsgenossen.

Dresden, 26. Mai.

Nachdem die Genossen Drunsel und Girbig sich rückhaltlos für die Verschmelzung von Töpfer-, Glas- und Porzellanarbeiterorganisationen zu einem

allgemeinen Keramarbeiterverband

ausgesprochen, ohne jedoch zu einem Gewaltbeschluss zu drängen, da ein solcher der Bewegung nur schaden würde, wurde in der Mittwochsabende die Frage in einer fünfständigen Debatte erörtert.

Die Meinungen über eine Verschmelzung waren sehr unterschiedlich. Das ging schon aus den gestellten Anträgen hervor, von denen einige den Keramarbeiterverband, andere den allgemeinen Bauarbeiterverband, eine dritte Serie Ablehnung der Verschmelzung forderten, und ein Antrag Rosen die Gründung eines Bau-Innenarbeiterverbandes verlangte.

Die Gegner der Verschmelzung fanden zunächst einen starken Rückhalt in der Autorität des Gen. Fräßdorf, der scharf und bestimmt das Projekt bekämpfte. Er sagte, er könne nicht einsehen, daß durch einen Zusammenschluß die Töpfer in ihren Kämpfen irgendwie gefährdet würden.

Auch Kapputan-Berlin bekämpft die Behauptung, je größer die Verbände, desto größer die Schlagfertigkeit. Gar zu leicht könne es bei einer Bewegung der Töpfer und Radelmacher

heißt: Ihr habt so und soviel Stundenlohn, sorgt mal zuerst für die Glasarbeiter usw. — Soweit indessen Berliner Delegierte aus der Ofenseherbranche zur Sache das Wort nahmen, erklärten sie sich ganz entschieden gegen den Anschluß an den Bauarbeiterverband, während umgekehrt besonders Hamburger und Leipziger Delegierte erklärten, daß die gesamten Ofenseher ihrer Tätigkeit einen Anschluß an die Bauarbeiter für praktisch hielten, dagegen den Zusammenschluß der Keramarbeiter verwarfen.

Diese Entscheidung wurde getroffen, indem in namentlicher Abstimmung mit allen gegen 8 Stimmen eine Verschmelzung mit dem Bauarbeiterverband abgelehnt wurde.

Dann wurde, ebenfalls namentlich, mit 48 gegen 15 Stimmen eine Resolution angenommen, die besagt, daß die Generalversammlung

die Schaffung eines allgemeinen Keramarbeiterverbandes als richtig anerkennt.

Die Vorstände der drei Verbände sollen gemeinsam ein Statut ausarbeiten, über deren Annahme oder Ablehnung die Mitglieder in einer Urabstimmung entscheiden sollen.

Am den Mitgliedern jegliches Entscheidungsrecht vorzubehalten, besagt noch ein weiterer Beschluß, daß die Verschmelzung definitiv nur durch eine Urabstimmung mit Zweidrittel-Majorität beschlossen werden darf.

In der letzten Stunde referierte noch der Kassierer Lothar über die Ergänzung des Unterstützungswezens, dem die Arbeitslosenunterstützung einverleibt werden soll.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Steinarbeiter Deutschlands.

Eisenach, 25. Mai 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Die Verhandlungen beginnen mit Erledigung der zum Vorstandsbericht gestellten Anträge. Beschlossen wird, daß in Zukunft nur Arbeitsangebote im „Steinarbeiter“ gebracht werden sollen, wenn die betreffende Ortsverwaltung ihre Zustimmung gibt. Ferner wird der Vorstand beauftragt, mit der Generalkommission und mit dem Vorstand der Maurer Rücksprache wegen Verlegung der Redaktion des „Operio Italiano“ zu nehmen.

Die weitere Tagung dient der Beratung der Erwerbslosenunterstützung.

Den Delegierten liegt ein Entwurf zur Einführung dieser Unterstützung vor. Die Vorlage ist auf Beschluß der vorhergehenden Generalversammlung vom Zentralvorstand ausgearbeitet, sie enthält eingehende Berechnungen, die mit aller Deutlichkeit zeigen, wie schwer diese Unterstützung im Steinarbeiterverband einzuführen ist.

Auf Antrag wird von einer Debatte Abstand genommen und beschloffen, den früheren Beschlüssen der Einführung, Seidel-Dresden, noch in dieser Frage zu hören. — Seidel erklärt, daß er die heutigen Verhältnisse als ungünstig für die Einführung der Arbeitslosenunterstützung bezeichnen müsse.

Ueber „Tarifwesen und Streiktaktik“ spricht Staudinger-Leipzig in geschlossener Sitzung.

12. Generalversammlung des Zentralverbandes der Schmiede.

München, 25. Mai 1910.

Dritter Verhandlungstag.

Die Diskussion über die Verschmelzungsfrage,

die sehr lebhaft einsetzte, füllte auch den ganzen dritten Tag der Beratungen aus. Im Prinzip sind alle Redner für eine Verschmelzung mit dem Metallarbeiterverband, nur wenden sich die Gegner gegen die Uebertrittsbestimmungen.

1. Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip mit der Verschmelzung zum Metallarbeiterverband einverstanden. 2. Der Zentralvorstand wird beauftragt, mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes in die Unterhandlungen behufs Uebertritt einzutreten.

4. Sind die Uebertrittsbedingungen festgesetzt, so sind diese in der „Schmiedezeitung“ zu veröffentlichen. 5. Sechs Wochen nach Veröffentlichung der Uebertrittsbedingungen hat eine Urabstimmung mittels Stimmzettel stattzufinden.

Wenn die Mehrheit der Abstimmenden sich für die Verschmelzung erklärt, so gilt dieselbe als beschloffen.

6. Der nächste Verbandstag erledigt alle Formalitäten zwecks Uebertritt und beschließt die Auflösung des Zentralverbandes aller in der Schmiederei beschäftigten Personen.

Nachdem zu diesem Punkte nicht weniger als 50 Redner gesprochen, wurde die Debatte geschlossen und eine Kommission eingesetzt, die auf der vorliegenden Resolution eine Richtlinie zu schaffen hat, auf der eine Verständigung möglich ist.

Wegen des Fronleichnamfestes findet am Donnerstags keine Sitzung statt.

Vierter Verbandstag des Zentralverbandes der Zivilmüßiker Deutschlands.

Sehe-Bremerhaven, 25. Mai 1910.

Zweiter Verhandlungstag.

Es wird in der Besprechung des Geschäftsberichts und der hierzu vorliegenden Anträge fortgefahren. Kritik an den Berichten des Vorstandes, des Kassierers und des Ausschusses wird nicht geübt.

In der Abstimmung werden die Anträge auf unentgeltliche Abgabe des Protokolls an die Mitglieder, Herausgabe von Agitationsnummern zu geeigneter Zeit, Anfertigung von Aufnahme-scheinen mit abtrennbaren Quittungen, angenommen.

Es wird nunmehr in der vertraulichen Besprechung über Agitation und Kampfstattik eingetreten. Das Referat über die Postfrage hielt Genosse Bauer von der Generalkommission.

In der Nachmittags-sitzung soll das Ergebnis der vertraulichen Besprechung mitgeteilt und über die Einführung einer Krankenunterstützung beraten werden.

Gerichts-Zeitung.

Zum Vereinsrecht.

Ein interessanter Rechtsstreit beschäftigte am Dienstag das preussische Obergericht. Nach § 3 des Vereinsvereinsgesetzes muß ein Vorstand und eine Satzung haben jeder Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt (politischer Verein). Nach dem Absatz 2 desselben Paragraphen ist der Vorstand verpflichtet, binnen einer Frist von zwei Wochen nach Gründung eines solchen Vereins die Satzung sowie das Verzeichnis der Mitglieder des Vorstandes der für den Sitz des Vereins zuständigen Polizeibehörde einzureichen.

Darauf erließ die Polizeiverwaltung an ihn eine Verfügung, wodurch sie ihm ausgab, binnen zwei Wochen eine vervollständigte Satzung einzureichen.

Kohn klagte im Verwaltungsstreitverfahren. Der angegebene Statutenentwurf genüge. Wenn danach der Freibund Münster das Programm des Deutschen Freibundes anerkenne, so ginge daraus hervor, daß er denselben Zweck verfolge, wie der Bund. Daburch sei der Polizei die Möglichkeit gegeben, festzustellen, ob der Verein gesetzwidrige Zwecke verfolge.

Der Bezirksausschuß wies die Klage ab und erkannte die polizeiliche Verfügung als berechtigt an. Er führte aus: Trotz der Strafbestimmungen sei die Polizei zum Erlaß der Verfügung berechtigt gewesen. Die Angabe des Vereinszweckes sei ein so wesentliches und selbstverständliches Erfordernis, daß ohne solche Angabe nicht die Forderung erfüllt erscheine, daß ein politischer Verein eine Satzung haben und sie angeben müsse.

Somit sei in der Mitteilung des Statutes des Lokalbundes Münster keine genügende Angabe des Vereinszweckes zu finden. Nun entstehe die Frage, ob der Kläger als Vorständer in der Lage sei, die Satzung zu vervollständigen. Man könnte vielleicht einwenden, daß er dazu nicht in der Lage sei. Demgegenüber komme in Betracht, daß das Gesetz zwar die politischen Vereine zu einer Satzung verpflichte, daß es aber keine Mittel (etwa Auflösung) angebe für den Fall, daß eine genügende Satzung nicht vorhanden sei.

Nachdem die Polizei hat seit einiger Zeit recht viel Beachtung mit ihren Verfügen, unter der Herrschaft des Vereinsvereinsgesetzes ihre alte Radelstichpolitik fortzusetzen. In den letzten Wochen hat

Bekanntlich das Oberverwaltungsgericht so manche polizeiliche Verfügung auf dem Gebiete des Vereinsrechts aufgehoben. Wir erinnern nur an die Aufhebung der Verbote von öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel und von öffentlichen Aufzügen. Dazu kommt nun dieses neue Fiasko in einer Frage, die zum ersten Male das Oberverwaltungsgericht beschäftigte.

### Kindermord?

Trübe soziale Bilder wurden bei einer Verhandlung wegen Mordes entrollt, die das Dienstmädchen Erna Sophie Hennig vor das Schwurgericht des Landgerichts I führte. Die Angeklagte, ein deales, aus dem Hofsteinischen stammendes Mädchen, ist hier in verschiedenen Dienststellen gewesen, in denen sie sich als eine überaus arbeitswillige Mädchen bewährte, das unbedrossen auch die schwerste Arbeit verrichtete. Und sie durfte die Hände nicht in den Schoß legen, denn sie hatte für zwei uneheliche Kinder zu sorgen, für deren Unterhalt sie fast ihren gesamten Monatslohn einbringen mußte. Mit ihren Eltern hatte sie sich verfeindet und von dieser Seite war ihr angekündigt worden, daß sie gänzlich verstossen werden würde, wenn sie sich noch einmal einen Fehltritt zuschulden kommen lassen würde. Die Angeklagte schenkte zum drittenmal einem Kinde das Leben, brachte dieses bei einer Haltefrau unter und trat wohlgenut in den Dienst des Oberinspektors des städtischen Waisens in der Pröbelsstraße. Ihr Kind wurde nach etwa drei Wochen recht krank: es litt an Brechdurchfall und kam so herunter, daß sein Ableben in drohender Nähe zu stehen schien. Die Haltefrau wollte unter allen Umständen vermeiden, daß das Kind bei ihr sein junges Leben aushauchte, denn sie befürchtete, daß ihr dann in Zukunft ein Halbkind nicht mehr zugewiesen werden würde, und sie beschloß deshalb, das unglücklichste kranke Wesen abzugeben. Am 24. November, als die Angeklagte gerade mit den Kindern ihrer Herrschaft spielte, erschien plötzlich die Haltefrau mit dem kranken Kinde auf der Wildflur, legte es der böllig überraschten

Mutter in den Schoß und erklärte, nicht mehr in der Lage zu sein, das Weibchen bei sich behalten zu können. Die Angeklagte war böllig verzweifelt. Sie brachte das Kind zunächst auf ihre Kammer und ging dann ruhig, als ob nichts geschehen sei, ihren Obliegenheiten nach. Am nächsten Tage wurde die in einem Pappkarton gepackte Leiche des Kindes in einem Müll- und Aschenlocher aufgefunden. Die obduzierenden Aerzte Geh. Medizinalrat Dr. Straußmann und Gerichtsarzt Dr. Strauß glaubten feststellen zu können, daß der Tod als eine Folge der inneren Erkrankung des Kindes zu betrachten sei und eine kleine Brandmarke am Hals des Kindes nicht notwendig darauf hindeute, daß ein gewaltsamer Tod vorliege, sondern auch durch das Einpacken des Leichnams in den Karton entstanden sein könne. Als dann aber die Angeklagte als die Mutter des Kindes ermittelt worden war, gestand diese ein, daß sie in der Aufregung und Verzweiflung dem Kinde eine Schnur um den Hals gelegt und diese zugezogen habe. Unmittelbar darauf habe es ihr aber wieder lebend, sie habe die Schnur gelockert, das Kind sei aber schon tot gewesen. Mit Rücksicht auf dieses Geständnis modifizierte Geh. Rat Dr. Straußmann sein Gutachten über die Todesursache, während Gerichtsarzt Dr. Strauß auch im Hauptverhandlungstermin trotz des Geständnisses der Angeklagten auf dem früheren Standpunkt verharrte, wonach es nicht ausgeschlossen erschiene, daß das Kind schon tot war, als die Schnur gezogen wurde und in ihren Wahrnehmungen absolut unüberwindliche Mutter ihm die Schnur um den Hals legte. Die Geschworenen erkannten die Angeklagte des verübten Totschlags schuldig und der Gerichtshof verurteilte sie zu 2 Jahren Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft.

Eine Freisprechung der Mutter und eine Verurteilung der Haltefrau hätte dem Rechtsgefühl mehr entsprochen.

### Bauernfänger.

Zur Warnung für alle vertrauensseligen Provinzialer, die trotz aller Hinweise in den Zeitungen immer wieder auf die Tricks gewerbsmäßiger Bauernfänger hereinfallen, kann eine Verhandlung

dienen, mit der sich die 3. Strafkammer des Landgerichts I zu beschäftigen hatte. Wegen Rückfallbetruges war der „Arbeiter“ Hermann Geier und der Kellner Karl Wagner angeklagt. Am 30. März dieses Jahres kam der Landwirt Braun aus seinem kleinen pommerischen Heimatdorf zum erstenmal in seinem Leben nach Berlin. Als er noch etwas verwirrt von dem großstädtischen Verkehr und dem Straßengestümmel am Stettiner Bahnhof handelte, wurde er von dem Angeklagten Geier in höflicher Weise angesprochen und nach einer Strafe gefragt. Auf seine Antwort, daß er selbst fremd sei und in Berlin nicht Bekannte wisse, gab ihm Geier, der sich ebenfalls als Fremder ausgab, den guten Rat, in dem „Sündenbabel“ Berlin sehr vorsichtig zu sein, da es hier viel Gauner gebe. Diese Ratschläge mußten für den biederen Pommer wohl der Grund sein, daß er zu dem angeblichen Fremden und Lebensgefährten besonderes Vertrauen faßte. Um das neue Schutz- und Trutzbündnis nach alter deutscher Sitte mit einem tüchtigen Trunk zu befestigen, begab sich beide in das Lokal von Ulrich in der Tiedstraße. Nach einiger Zeit kam der Angeklagte Wagner hinzu und erzählte, daß er eben von Köln komme und unterwegs von einer Zigeunerin ein neues Kartenspiel gekauft habe, das er einmal probieren wolle. Geier beteiligte sich an dem „neuen“ Spiel, welches in Wirklichkeit das alte Gaunerspiel „Kümmelblätchen“ war und hatte im Sandumdrehen etwa 30 M. gewonnen. Dieser Gewinn erweckte die Spilleidenschaft des Braun dertat, daß er sich ebenfalls an dem Spiel beteiligte. Nachdem er erst einige Mark gewonnen hatte, verlor er andauernd, bis er schließlich seine gesamte Borschaft in Höhe von 120 M. verloren hatte. Wagner spielte dann noch den Grobmütigen und versprach dem Hereingefallenen, ihm einen Teil des verlorenen Geldes zu leihen. Zu diesem Zwecke bestellte er den B. nach dem Bahnhof Friedrichstraße, wo Braun auch längere Zeit vergeblich wartete, bis er zu der Heberzugung kam, daß er einem Gaunerpaar in die Hände gefallen war. In gleicher Weise wurde von den Angeklagten ein von außerhalb zugereister Sattler Buze um einen größeren Betrag geblendet. Vor Gericht waren beide Angeklagte geständig. Das Gericht erkannte gegen die Angeklagten auf je 1 1/2 Jahre Gefängnis.

**Sozialdemokratischer Wahlverein**  
des  
**6. Berl. Reichstags-Wahlkreises.**  
**Todes-Anzeige.**  
Am 24. Mai verstarb unser Mitglied, der Tischler  
**Hermann Zöllner**  
Südingerstraße 7.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Wichom-Krankenhanfes aus nach dem Friedhof der Prereligösen Gemeinde in der Pappelallee statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

**Deutscher Holzarbeiter-Verband**  
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischler  
**Hermann Zöllner**  
am 24. Mai gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 3 1/2 Uhr, vom Wichom-Krankenhanfes aus nach dem Friedhof der Prereligösen Gemeinde in der Pappelallee statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
84/7 Die Ortsverwaltung.

**Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher usw.**  
Hilfale Berlin.  
Den Mitgliebern zur Nachricht, daß der Kollege  
**Joseph Markiewicz**  
(S. Szirj Westen) am 23. d. M. verstorben ist.  
Ehre seinem Andenken!  
Die Beerdigung findet Freitag, den 27. Mai, nachmittags 4 Uhr, auf dem St. Mattheus-Friedhof in Südenbe statt.  
Die Ortsverwaltung.

Hiermit die traurige Nachricht, daß mein lieber Gatte, unser herzensguter Vater, Schwieger- und Großvater, der Kaufmann  
**Karl Ströhmman**  
nach langem, schwerem Leiden am 25. Mai, vormittags 8 Uhr, sanft entschlafen ist.  
Die trauernden Hinterbliebenen.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 28. Mai, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des heiligen Kirchhofes, Buchholzer Straße, aus statt.

**Dauftagung.**  
Sagen hiermit allen Freunden und Bekannten, den Kollegen der Firma E. Wenzel, dem Holzarbeiterverband, dem Glangserem Baldershausen, dem Mandolinklub Italia, dem Laubensverein Gut Rand, der Kreis Turnerschaft Parthenide, dem Kreis Turnverein Tempelhof, dem Turnverein Pflitz, Berlin und der Freien Turnerschaft Kummelsburg und Umgegend für die zahlreiche Beteiligung und die herrlichen Spenden bei der Beerdigung meines Lieben, unvergesslichen Sohnes und Bruders  
**Wilhelm Grasse**  
unsern herzlichsten Dank.  
Die trauernden Eltern und Geschwister.

**Hygienische Bedarfsartikel**  
**Drogerie Zarenba**  
Weinbergweg 1, dir. a. Rosenhater Tor.  
Billigste Bezugsquelle!  
Besuch f. zur dauernden Kundsch.

Allen Kollegen und Freunden die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 25. Mai, mein lieber Mann  
**Robert Littfin**  
nach langem Leiden im 58. Lebensjahre verstorben ist.  
Die trauernde Witwe nebst Kindern.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Marzahn aus statt.  
Ehre ihm Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
110/4 Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin.  
**Todes-Anzeige.**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Gustav Liese**  
am 20. Mai durch Ueberfahren gestorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Mai, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

Hiermit die traurige Nachricht, daß unser Mitglied, der Schlosser  
**Robert Littfin**  
am 25. Mai an Herzschwäche.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Kirchhofes Lichtenberg in Marzahn aus statt.  
Ehre ihrem Andenken!  
Rege Beteiligung erwartet  
110/4 Die Ortsverwaltung.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten hiermit die traurige Nachricht, daß meine innigstgeliebte Frau  
**Anna Dabbert**  
geb. Hirsch  
nach langem, schwerem Leiden entschlafen ist.  
Der trauernde Gatte  
**Heinrich Dabbert.**  
Die Beerdigung findet heute Freitag, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des städtischen Friedhofes, Seestraße, aus statt.

Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Mittwoch, den 25. Mai, meine liebe Frau  
**Jenny Müller**  
geb. Ziegelmann  
sanft entschlafen ist.  
Dieses zeigen selbstbeträbt an  
**Wolfgang Müller,**  
Eitern und Geschwister.  
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 29. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Ober-Schönweide aus statt.  
Karl Rasziok nebst Kindern.

**Todes-Anzeige.**  
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß am Montag, den 23. d. M., meine liebe Frau **Martha** nach langem, schwerem Leiden verstorben ist.  
Die Beerdigung findet am Freitag, den 27. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Halle des Gemeinde-Friedhofes in Ober-Schönweide aus statt.  
Karl Rasziok nebst Kindern.

**Dauftagung.**  
Für die tiefen Beweise herzlicher Teilnahme anlässlich des Todes meines geliebten Gatten und unseres Vaters  
**Eduard Jacob**  
sagen wir allen Bekannten und Kollegen des teuren Entschlafenen unseren herzlichsten Dank.  
Die trauernden Hinterbliebenen.

**Tischler-Verein E.H. 89.**  
Sonntag, den 28. Mai, abends 8 1/2 Uhr, Reichsstraße 15:  
**Versammlung**  
Bereinsangelegenheiten. Aufnahme neuer Mitglieder. Zahlen der Beiträge 198/18  
Der Vorstand.

**Arbeiter-Wanderbund „Die Naturfreunde“.**  
Sonntag, den 29. Mai:  
**Bundeswanderfahrt nach Schmödnitz, Lorenz' Thyll.**  
1. Friedrichshagen-Gosen-Schmödnitz. Abf. Schlef. Bahnhof 7.04 vormittags.  
2. Gerner-Steinfurt-Schmödnitz. Abf. Schlef. Bahnd. 6.23 vormittags.  
3. Königsmusterhausen-Bernsdorf-Schmödnitz. Abf. Götlicher Bahnhof 6.30 vormittags.  
4. Grünau-Schmödnitz. Abfahrt Schlef. Bahnd. 1.27 nachmittags.  
5. Kinderwanderfahrt: Grünau-Schmödnitz.  
Treffpunkt: 1. Am Schlef. Bahnd., Ecke Frucht- und Radulstraße. — 2. Bahnd. Wedding, Eingang Rettelbedplatz. 8 1/2 Uhr vormittags.  
Gäste willkommen. 1/16

Sorben erschienen:  
**Geschichte der Gesellschaftsklassen in Deutschland**  
von Paul Kampfmeyer.  
Preis brosch. 1,60 M.  
geb. 2,-  
Expedition des „Vorwärts“  
Berlin SW. 68  
Lindenstraße 69 (Laden).

Hiermit erkläre ich, daß ich die in der Erregung ausgesprochene Beleidigung gegen Frau Nohle, Bernnhofstraße 37, mir das Frühstück genommen zu haben, da mein Auspruch jeder Grundlage entbehrt, gern zurücknehme und spreche mein Bedauern über meine Voreiligkeit aus.  
Frau Grenz, Lichtenberg, Friedrichstr. 69.

**35 Verkauf nur im Fabrikgebäude! 35**  
**Möbel** Sie sparen Geld! Wenn Sie direkt zu Engrospreisen in der Möbelfabrik  
**H. Walter (Inh.) Willi Maab, Brunnenstr. 35**  
kein Laden  
Tel.: A. III, 5157  
kaufen. Verkauf nur im Fabrikgebäude — nur eigenes Fabrikat. — Auf Wunsch Teilzahlung.  
**35 Permanente Musterzimmer-Ausstellung. 35**

**Glienicke-West 12 Min. v. G.H. Frohnau 20 Pf.**  
Nordbahn. Nur noch 23 herrliche Waldparz. □-Rt. v. 23 M. an. Kapitulant. Restparz. — 10 Jahre. Große Wirt. Große Zukunft. Dickel u. Harraochk, Glienicke, Hattwichstr. 60, u. Hermsdorf, Humboldtstr. 71.

**JOSETTI JUNO**  
Cigaretten sind diejenigen Cigaretten, die in Geschmack und Aroma alle Merkmale feinsten Qualität aufweisen. Die besten Rohabake, in richtiger Weise zusammengestellt, haben verbunden mit sorgfältigster, fabriktechnischer Bearbeitung in ihnen ein Fabrikat geschaffen, dessen Ueberlegenheit jeder Raucher anerkennt.  
Josetti Juno m. u. o. M. 10 St. 20 Pfg.

**Selowsky's**  
**Bolero-Cigaretten**  
bleiben unübertroffen!  
mit Mundstück ohne Mundstück Goldmundstück  
10 Stück 20 Pfg.

**Dr. Simmel**  
Spezial-Arzt  
für Haut- und Harnleiden.  
Prinzenstr. 41, Moritzplatz,  
10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

**Die teure Zeit**  
zwingt so manchen Herrn äußerst sparsam zu sein.  
**Wie kann man sparen?**  
Im Verleihhaus feiner Herrenmoden Leipzigerstr. 59 finden Sie elegante, von feinsten Herrschaften nur ganz kurze Zeit getragen, vielfach auf Seide gearbeitete Anzüge, Paletots und Hosen.  
**Eine Quelle des Wohlstandes**  
erschließt sich Ihnen, denn wirkliche Mod-Kleidung wird Ihnen dadurch ersetzt.  
Abonnements-Anzüge und Paletots M. 12.— 16.— 19.—  
Monats-Anzüge und Paletots M. 7.50 10.50 14.—  
**Verleihhaus feiner Herrenmoden**  
Leipzigerstr. 59, am Spittelmarkt.  
Verleihung von Anzügen, Paletots und Hosen auf Tage, Wochen, Monate.  
Sonntags geöffnet von 7 1/2—10, 12—2 Uhr.  
Stets großes Lager von 11 Gelegenheitskäufen 11  
Anzüge und Paletots von 9.50 Mark an.

# Verlangen Sie

beim Einkauf von Bouillon-Würfeln stets ausdrücklich

# MAGGI<sup>s</sup> Bouillon-Würfel zu 5 Pf.



Pür 1/4, 1/2 Liter je nach Geschmack.

Der Name MAGGI bürgt für vorzüglichste Qualität!

## Theater und Vergnügungen

**Freitag, den 27. Mai.**  
Anfang 7 1/2 Uhr.  
Königl. Opernhaus. Geschlossen.  
Neues königl. Opern-Theater.  
Die Reiterjäger von Nürnberg. (Anfang 7 Uhr.)  
Königl. Schauspielhaus. König  
Günig VI.

Anfang 8 Uhr.  
Festung. Das Konzert.  
Deutsches. Frühling's Erntedank.  
Kammeroper. Die Wiener Hölle:  
Büchlein sein. Goethe.  
Kammeroper. Die Kavallerie.  
Gala. Diverissement.  
Neues Schauspielhaus. Der  
Fieger.  
Kleines. Nur ein Traum.  
Berliner. Taktum.  
Neues. Die goldene Ritterzeit.  
Neues Operntheater. Der Graf von  
Luzemburg.  
Trianon. Thedore u. Cie.  
Neubens. Das Kaffeehaus. Der  
selbe Detave.  
Thalia. Bild bei Frauen.  
Festel. Gesecht ab. (Anfang  
8 1/2 Uhr.)  
Weiten. Kaffeehaus Ballett.  
Schiller O. (Kammer-Oper.)  
Hans Lange.  
Schiller Charlottenburg. Die  
Liebe wacht.  
Friedrich. Wilhelmstädtisches.  
Der Vielgeliebte.  
Volkoper. Falschspieler. (Anfang  
8 1/2 Uhr.)  
Luisen. Was Gott zusammenfügt.  
Neue. Die Schmutzler.  
Lustspielhaus. Das Leutnants-  
mündel.  
Metropol. Gallo II - Die große  
Revue.  
Solles Caprice. Eine gründliche  
Kur. Ein verschwiegenes Kletter.  
(Anf. 8 1/2 Uhr.)  
Casino. Familie August Knoche.  
Gedr. Herrnsfeld. Die Welt geht  
unter. Wenn zwei dasselbe tun.  
Apollon. Mahara. Spezialitäten.  
Vallage. Spezialitäten.  
Reichshallen. Stettiner Sänger.  
Karl Haverland. Spezialitäten.  
Walhalla. Spezialitäten.  
Urania. Zonenstraße 48/49.  
Abends 8 Uhr: In den Dolomiten.  
Sternarte. Anwaltsstr. 57-62.

**Lessing-Theater.**  
8 Uhr zum 100. Male: Das  
Konzert.  
Sonnabend, 8 Uhr: Abschieds-  
13. Vorstell.: Wenn wir Toten  
erwachen.

**Berliner Theater.**  
Heute 8 Uhr: Taifun.  
Morgen: Taifun.

**Neues Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Die goldene Ritterzeit.  
Morgen und folgende Tage:  
Die goldene Ritterzeit.  
Theater des Westens.  
Abends 8 Uhr: Bis einisch. Sonn-  
abend, 28. Mai: Gekanntes Spiel des  
russ. Ballets des kaiserl. Theater.

**Lustspielhaus.**  
Abends 8 Uhr:  
Das Leutnantsmündel  
Neues Operntheater.  
Heute und folgende Tage 8 Uhr:  
Der Graf von Luzemburg.  
Sonnabend nachmittag 3 Uhr, zu er-  
möglicht. Freiten: Die Dollarprinzessin.

**Friedrich-Wilhelmstädtisches  
Schauspielhaus.**  
Freitag, den 27. Mai, abends 8 Uhr:  
Der Vielgeliebte.  
Schwank in vier Akten von Alfred  
Schmajow und Karl Heinz.  
Morgen und folgende Tage: Der  
Vielgeliebte.

**Residenz-Theater**  
Direktion: Richard Alexander.  
Abends 8 Uhr:  
Das Nachtlicht.  
Schwank in 3 Akten v. H. Hammerl.  
Vierakt: Der selbige Oktave.  
Grottesk in 1 Akt von Fred. Krause  
und Henry Grotule.  
Sommerpreise.  
Morgen und folgende Tage: Die  
selbe Vorstellung.

**Metropol-Theater**  
Hallo!!!  
Die große Revue!  
In 8 Bildern von Jul. Freund.  
Musik v. Paul Lincke. In Szene  
gesetzt vom Dir. Rich. Schultze.  
Anfang 8 Uhr. Raucher gestattet.

### Urania.

Wissenschaftliches Theater  
Abends 8 Uhr:  
In den Dolomiten.

**Volkoper.**  
SW., Belle-Alliance-Str. Nr. 7/8.  
Abends 7 1/2 Uhr:  
Falschspieler.

**Luisen-Theater.**  
Zum letzten Male:  
Was Gott zusammenfügt.  
Schauspiel in 5 Akten von Ernst  
Ritterfeldt.  
Sonnabend: Reueinstudierung:  
Balle aus Lomodo.  
Sonnabend nachm.: Was Gott zu-  
sammenfügt. Abends: Balle aus  
Lomodo.

**ROSE-THEATER**  
Große Frankfurter Str. 132.  
Anf. 8 Uhr. Ende 11 Uhr.  
Die Schmutzler.  
Romäne in 4 Akten von H. Diner.  
Auf der Gartenbühne täglich:  
Theater-Vorstellung. Spezial-  
itäten, großes Garten-Konzert.  
Anfang 4 1/2 Uhr.

**Apollon  
Theater**  
Letzte Woche!  
8 Uhr: Die großen Attraktionen!  
Mahara  
m. Ihren lebenden Riesenschlangen.  
Louis de Vriand als  
August.  
20 englische Vaettische 20 mit  
neuem Repertoire.  
Georg und Gusti Adler. Drig-Quett:  
Wiener Plater - Walschermadel.

**WINTERGARTEN**  
Letzte Vorstellungen  
des von Publikum und Presse  
glänzend beurteilten  
Mai-Programms  
mit  
Prinz Charles  
der Affe mit Menschenkultur.  
Rosina Casselli  
Les Roeders  
Luftrockakt  
und 10 Attraktionen 10.

**Herrnsfeld  
Theater**  
Kommandantenstr. 57. T. U. 4. 6083.  
Schluss diesjährig. Spiel-Zeison  
31. Mai er.  
Bis dahin täglich mit größtem  
Erfolg:  
Die Welt geht  
unter.  
Folgen des Kometenstiebers und  
Wenn zwei  
dasselbe tun  
mit H. und D. Herrnsfeld.  
Anfang 8 Uhr.

**Passage-Theater.**  
Abends 8 Uhr:  
Die Sterne  
des Humors  
Claire Waldoff  
Willi Prager  
und das große  
Varieté-Programm!

**Königstadt-Kasino.**  
Holmarktstraße 72.  
Im herrlichen Naturgarten täglich:  
Durchgegangene Weiber.  
Dirlester Schwanz mit Gefang.  
Otto Falzer,  
moderner Zaubermeister und  
Manipulateur.  
Franz Heißner, Original-  
künstler und das andere reich-  
haltige Programm.

**Walhalla-  
Varieté-Theater**  
Weinbergsweg 19-20, Rosenth. Tor.  
Abends 8 Uhr:  
Das großartige Varieté-Programm.  
Paul Bendix, Berl. Komiker  
und die übrigen Spezialitäten.

**Schiller-Theater.**  
Schiller-Theater O. (Walner-Theat.)  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Hans Lange.  
Schauspiel in 4 Akten von B. Deyh.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Liebe wacht.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
Viel Lärmen um nichts.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Narziss.

**Schiller-Theater (Charlottenburg).**  
Freitag, abends 8 Uhr:  
Die Liebe wacht.  
Schauspiel in 4 Akten v. G. A. de Gailfabet  
und Robert de Piers.  
Ende 10 1/2 Uhr.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Zapfenstreich.  
Sonnabend nachm. 3 Uhr:  
Der Meiseidbauer.  
Sonnabend, abends 8 Uhr:  
Die Ehre.

**Besuchet Hagenbeck**  
Bülow-Platz, an der Kaiser-Wilhelm-  
Straße  
3 Minuten vom Bahnhof Alexanderplatz.  
Täglich abends 8 Uhr:  
Große Vorstellung.  
Im Freien neben der Raubtierschau  
Hagenbecks Eisberg  
Sensationell!  
Neu! Neu!  
zirka 15 Meter hoch, mit 30 lebenden Eisbären.  
Bis abends 6 Uhr geöffnet, sowie Besichtigung sämtl. Tiere.

**Brauerei Friedrichshain**  
Am Königstor.  
Sonnabend, den 28. Mai 1910:  
Große Extra-Soiree  
der beliebtesten Apollo-Sänger.  
Kinematograph - Allerneuestes. - Gratisverteilung  
v. 200 Wertgegenständen. Jed. Besucher erhält ein Los gratis.  
Anfang 8 Uhr. Entree 20 Pf.  
Passpartouts haben volle Gültigkeit.  
Bei ungünstiger Witterung im großen Konzertsaal.

**Achtung! Diez' nur Achtung!**  
Seeterrasse Sichtenberg  
Rüderstraße 11/13. Zwischen Landsberger Allee und Rödorplatz.  
Größtes und schönstes Lokal Berlins. Bei ungünstiger Witterung  
Schnell für 8000 Personen. - Täglich:  
Ob schön! ob Regen: Gr. Konzert. Auftreten der  
besten Turmjeilnkünstler der Welt The Liepoltz  
sowie der neuesten und größten Sensationen der Gegenwart: Die Reise  
um die Erde in 1 Sekunde:  
mit dem Fahrrad in den See.  
Ueberfahren eines lebenden Menschen mit Motorrad  
im Höllentessel. - Mlle. de Halliers bester Miniatur-  
hunde-Pressurakt der Welt.  
Victor Ritter mit seinem Sensationsspieler: „Der Komet  
zog vorbei“ und das beste Spezialitäten-Programm Berlins.  
Jeden Sonntag: Riesen-Land- und Wasser-Fener-  
werk. - Anfang 8 Uhr. Wochentags 4 Uhr. - Gesamteintritt 20 Pf.  
Kinder frei. X Tanz.  
Um zahlreichen Zuspruch bitten Witwe Luise u. Waldemar Diez.

**LUNA-PARK**  
Terrassen am Halensee  
Größter Vergnügungspark des Kontinents  
Täglich geöffnet: Terrassen ab 1 Uhr, Lunapark ab 3 Uhr.  
Sonnabend, den 28. Mai 1910:  
Großer Elitetag.  
Mitwirkung des Berliner Lehrer-Gesangsvereins unter Leitung des  
Herrn Prof. Felix Schmidt.

**Voigt-Theater**  
Gesundbrunnen Badstr. 58.  
Freitag, den 27. Mai 1910:  
Ueberrn großen Teich.  
Gr. Lebensbild mit Gef. und Tanz in  
5 Akten von Adolf Philipp.  
Erfolgreiche Spezialitäten.  
Kasseneröffnung 8 Uhr, Anf. 4 1/2 Uhr.

**Folies Caprice**  
Eine gründliche Kur.  
Neuer dunkler Teil.  
Ein verschwiegenes Atelier.  
Anfang 8 1/2 Uhr. Vorverkauf 11-2 Uhr.

### Trianon-Theater.

Abends 8 Uhr:  
Theodore & Cie.  
Stadt-Theater Moabit  
Alt-Moabit 47/49.  
Täglich:  
Konzert, Theater,  
Spezialitäten.

**Casino-Theater**  
Lottbinger Straße 37. Täglich 8 Uhr.  
Auf allgemeinen Wunsch  
bis zum 31. Mai:  
Familie  
August Knoche.  
Knoche: Dir. Hans Berg.

**Schweizer-  
Garten**  
Am Königstor -  
Am Friedrichshain.  
Täglich:  
Theater,  
Spezialitätenvorstellung.  
Volksbelustigungen.  
Anfang 5 Uhr. Entree 30 Pf.

**Volksgarten-Theater**  
Führer Wolmann.  
Badstr. 8, Behm u. Bellermannstraße.  
Täglich: Konzert, Theater und  
Spezialitäten-Vorstellung. Das Riesen-  
programm. Zur Aufführung gelangt:  
Der Riegender Berliner.  
Vollständ. in 5 Bildern mit Gesang  
und Tanz.

**Berliner Prater-Theater**  
Kastanienallee 7-9.  
Täglich:  
Im Reiche des Mars  
Spezialitäten, Konzert u. Ball.  
Anfang 4 1/2 Uhr. Entree 30 Pf.

**Puhlmanns Theater**  
Schönh. A. 14 - Kastanien-A. 97/99.  
Letzte Woche.  
Operettenposse mit Gesang u. Tanz.  
Das Kramar Trio. - Ada Wills. -  
Rachow und Betty. - Karl Old. -  
Ellen Fleurette. - Leopold Rosser.  
Anfang des Konzerts 7 1/2 Uhr.  
Entree 20-30 Pf.  
Sonnabend Extravorstellung: Ber-  
lin, wie's baut und tracht.

**Reichshallen-Theater.**  
Stettiner Sänger  
Teuerste Vogel.  
Ein Künstlerbild v. Kayser  
Anfang  
wochentags  
8 Uhr.  
Sonntags  
7 Uhr.

**Max Kleins Sommertheater**  
und Festsäle.  
Inh.: Rudolph Krüger.  
Hasenheide 12/15, vis-à-vis v. Turnpl.  
Täglich:  
Große Theater- u. Spezialitäten-  
Vorstellung.  
Artist. Leitung: Walter Gravenitz,  
Kapellmeister: Max Weiffheim.  
Jeden Donnerstag: Elite-Tag!  
Anfang: Wochentags 6 Uhr, Sonntag 7 1/2 Uhr.

**Burgtheater-Kinematograph**  
vorm. Grotzerjan, Ansb.: Rud. Herz,  
Schönhauser Allee 129. Tel. 3, 9853.  
Lebende Photographien.  
Wochent. 30 u. 40 Pf. Anfang 7 Uhr.  
Sonnt. 30, 40 u. 60 Pf. Anf. 4 Uhr.  
Vorzugskarten nur Wochentags gültig.  
25 Pf. auf allen Plätzen.  
Stets wechselndes Programm.  
Jeden Sonntag im Oberloal:  
Künstler-Konzert.  
Entree 15 Pf. Garderobe 10 Pf.  
R. D. Konzert: Familien-Kränzchen.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präg. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Täglich nur artist. Spezialitäten.  
Das wunder- Mai-Prog.  
dare  
Sonnabend, Sonntag, Mittwoh.  
Donnerstag: Ball.

**Berliner  
Bilder  
Bühne**  
Brunnenstraße 16.  
Täglich d. Treffpunkt  
für Tausende.

**Berliner  
Humor-Quartett**  
Humor x Satire x Sologesang.  
Adr.: G. Treuer, Kastanien-Allee 40

### Gr. Berliner Kunstausstellung 1910

30. April bis 2. Oktober.  
Im Park täglich Doppel-Konzert.  
Eintritt: 10 - 6 Uhr 1 Pf., v. 6 Uhr ab  
50 Pf., Sonntags 50 Pf. Dauerl. 6 Pf.

**Städtebau-Ausstellung**  
10-8 Uhr. Eintritt 1 M.  
Königl. Akademische Hochschule,  
Walddürrtel. Sport- u. Spielplätze.  
Kunst u. d. Str. Verkehrssysteme.  
Innenstadt. Vororte. Gartenstädte.  
Arbeitswohnungen. Groß-Berlin.  
27. Mai: Kgl. Baurat Schliep-  
mann: „Die Notwendigkeit eines  
baupolizeilichen Machtspruches  
und die Grenzen seiner Nützlich-  
keit.“

**ZOO-LOGISCHER  
GARTEN**  
Täglich ab 4 Uhr:  
Großes  
Militärkonzert.  
Eintritt 1 Mark.  
von abends 6 Uhr ab 50 Pf. Kinder  
unter zehn Jahren die Hälfte.

**Passage-Panoptikum.**  
Die heiligen Fakire  
in ihren Wunderproduktionen.  
!! Lebend !! Atom  
der kleinste Mensch, der je gelebt.  
Buddhas Tafel  
weiß, kann, schreibt alles!  
Alles ohne Extra-Entree!  
Eintritt 50, Kinder, Soldaten 25 Pf.

**Vereins-Brauerei**  
Rixdorf, Hermannstr. 214/219.  
Oekonom: Max Wandt.  
Täglich:  
Gr. Militär-Konzert.  
Jeden Dienstag:  
Gr. Kinder-Freuden-Fest.  
Entr. 15 Pf. Wöhe od. Schärpe grat.

**Victoria-  
Brauerei, Lützowal. 111/112**  
Im Garten oder Saal: Täglich  
Gr. humorist. Soiree.  
(Gesangsvortr. Theater und  
Varieté-Vorstellungen.)  
Sonnabend, Dienstag, Donnerstag,  
und Sonnabend: Tanzkränzchen.  
Anf.: Wochentags 8, Sonntags  
7 Uhr. - Alle Vond gültig.  
Im Restaur.: Mittags 75 Pf.  
Gr. u. H. Sals zu Festlichkeiten  
aller Art. Max Sanger.

**Karl Haverland**  
Anfang Theater. präg. 8 U.  
77/79 Kommandantenstraße 77/79.  
Täglich nur artist. Spezialitäten.  
Das wunder- Mai-Prog.  
dare  
Sonnabend, Sonntag, Mittwoh.  
Donnerstag: Ball.

**Berliner  
Bilder  
Bühne**  
Brunnenstraße 16.  
Täglich d. Treffpunkt  
für Tausende.

**Berliner  
Humor-Quartett**  
Humor x Satire x Sologesang.  
Adr.: G. Treuer, Kastanien-Allee 40

16. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 26. Mai, vormittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

16. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 26. Mai, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

16. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 26. Mai, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

16. Ziehung 5. Kl. 222. Kgl. Preuss. Lotterie

Ziehung vom 26. Mai, nachmittags. Nur die Gewinne über 200 Mark sind den betreffenden Nummern in Klammern beigefügt. (Ohne Gewähr.) (Nachdruck verboten.)

Jedes Wort 10 Pfennig.

Das erste Wort (fettgedruckt) 20 Pfg. Stellensuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pfg.; das erste Wort (fettgedruckt) 10 Pfg. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

Verkäufe. Teppiche! (feinere) in allen Größen für die Halle des Westend... Sozialreform oder Revolution, von Rosa Luxemburg... Möbel. Plüschsofa 40,50, Säulentrümmel 31,50...

ANZEIGEN

für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstrasse 69, bis 3 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche! (feinere) in allen Größen für die Halle des Westend... Kleider, Hüte, Schuhe, Accessoires... Möbel, Porzellan, Kunstgegenstände...

Wohnungen.

Umständlicher schöne Wohnungen, Stube und Küche, von 15 bis 22 Mark... Zimmer. Alleinmieter kann wohnen bei Weidmann, Georgenstraße 52... Musik. Pianino, großes, Schmeidler, 115,-... Verschiedenes. Parianmarmor, weiß, Gipsfiguren... Arbeitermarkt. Stellenangebote. Silberbrüder verlangt... Arbeitermarkt. Stellenangebote. Silberbrüder verlangt...

Wohnungen.

Umständlicher schöne Wohnungen, Stube und Küche, von 15 bis 22 Mark... Zimmer. Alleinmieter kann wohnen bei Weidmann, Georgenstraße 52... Musik. Pianino, großes, Schmeidler, 115,-... Verschiedenes. Parianmarmor, weiß, Gipsfiguren... Arbeitermarkt. Stellenangebote. Silberbrüder verlangt...

Arbeitermarkt.

Stellenangebote. Silberbrüder verlangt... Arbeitermarkt. Stellenangebote. Silberbrüder verlangt... Arbeitermarkt. Stellenangebote. Silberbrüder verlangt...

Partei-Angelegenheiten.

Dritter Wahlkreis. Heute Freitag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet im großen Saal der „Arminhallen“, Kommandantenstraße 58/59, eine öffentliche Frauenversammlung statt. Genossin Bieg spricht über: „Die Frau im Wahlrechtskampf“.

Charlottenburg. Am Dienstag, den 31. Mai, abends 8 Uhr, findet im großen Saal des Volkshauses, Rosinenstr. 3, eine öffentliche Versammlung statt. Auf der Tagesordnung steht ein Referat der Genossin Rosa Luxemburg über: „Der Wahlrechtskampf“.

Bernau. Die Versammlung für Juni fällt aus.

Reinickendorf-Ost. Heute abend findet von den bekannten Stellen aus eine Flugblattverbreitung statt.

Berliner Nachrichten.

In der Stadtverordnetenversammlung

wäre gestern rein gar nichts los gewesen, wenn nicht aus zufälligem Anlaß sich die Gelegenheit geboten hätte, das ewige Rätsel des Märchenbrunnens zur Sprache zu bringen. Er ist längst selber zum Märchen geworden, dieser Märchenbrunnen, der nie fertig werden zu sollen scheint.

Die Sommerfrische.

Der moderne Großstadtmensch, der mit der Kraft der Häufte wir vor allem der geistig arbeitende, hat heute mehr denn je im Sommer eine Erholungspause nötig. Die langandauernde strenge Pflichterfüllung, das Broangestalten nach Erwerb macht ein kurzes Ausspannen aus dem Joche der Arbeit zur unbedingten Notwendigkeit.

Der jetzt bald wieder tiefenhaft anschwellende Ferien- Reiseverkehr auf den Berliner Bahnhöfen erweckt freilich nicht den Anschein, als ob es an Geld zur sommerlichen Erholung fehlt. Sieht man genauer hin, so wird unter den Reisenden, deren viele äußerlich von Gesundheit strotzen, die charakteristische Volksgestalt fast gänzlich vermisst: der Proletarier. Unter denjenigen, die ihre Sommerreise haben müssen, ohne daß die Gesundheit es erfordert, aus Laune, Zeitvertreib und rein zum Vergnügen, ist auch der Beamtenstand außerordentlich stark vertreten.

keiten mit allerhand bürokratischen Schikanen gar den Arbeitern in Staatsbetrieben gemacht werden, haben wir ja schon mehrfach gekennzeichnet. Nicht minder schlecht steht es mit städtischen Unterbeamten und Arbeitern. Der allgemeine Urlaub ist ja erst vor wenigen Jahren, hauptsächlich durch das unablässige Bohren der sozialdemokratischen Stadtverordneten, durchgesetzt worden, doch die bewilligte Urlaubszeit ist zum Teil so gering, daß sie absolut nicht ausreicht, um eine wirkliche Erholung, die für ein ganzes Jahr vorhalten soll, zu gewährleisten.

Ahnungen von einer neuen Zeit.

Mit seinem künstlichen Lattenbaum, der als Blätter lauter Papierfädchen in den Nationalfarben trug, zum Teil mit dem Bilde des pringlichen Geburtstagskinds geschmückt, stand das spindelbürre alte Männchen an der Ecke der Leipziger und Friedrichstraße — selbst ein Lattenbaum aus hölzernen trockenen Knochen, aber ohne sachliche Blätter und Blüten.

Das öde, inhaltlose Gesicht, tragisch in seinem einzigen und ewigen Inhalt von Sorge und Besorgnis, war um einen neuen Zug „bereichert“ — den Ausdruck eines fassungslosen, stumpfen Staunens.

Vom hohen Norden bis hier ins Lebenszentrum der Hauptstadt war er gepilgert, erst anpreisend und anbietend, dann nur noch anbietend, immer leiser — immer seltener — bis er jetzt regungslos und lautlos inmitten des wogenden Großstadtsromes stand, ohne auch nur ein einziges Fädchen verkauft zu haben. Und dabei hatte ihm doch der eine Schlafbursche gesagt: „Kaiser ist er ja nicht — aber er kann't ja noch wer'n! Da machste Dir Fahnen mit sein' Bild — un sonst Fahnen — mit de Nationalfarben — schwarz — un weiß — un . . . na wa't'n sonst noch? — Ra enjaal — dei kriegste ja allens fertig — pappste bloß gesamm' — un denn jehste mit los uff sein' Geburtstag — dei zieht immer.“

Und der Alte hatte für seine letzten Pfennige die Papierfädchen gekauft, hatte sie mit den Stäbchen „gesamm' gepappt“ und war losgegangen. Es sollte etwas zu verkaufen sein — das war alles, was er verstanden hatte und wußte. Andere Empfindungen und Betrachtungen wären für ihn unerschwinglicher Luxus gewesen, selbst wenn er sich zu dem Gedanken an einen solchen hätte aufschwingen können.

Und nun hatte es nicht „gezogen“. Und doch hatte er eine dunkle Erinnerung, daß er unter den zahllosen Sachen, die er schon feilgehalten, auch schon solche Fädchen feilgehalten, und daß es ganz hübsch „gezogen“ hatte. Wie fragend hob er den Blick zu dem Bilde des Geburtstagskinds empor. Aber dies lächelte ihn unverwandt und freundlich an und gab keine Auskunft. Dem Alten wurde unheimlich von diesem Lächeln. Auch der majestätische Schutzmann lächelte ihn beifällig an, nachdem sein Blick die Ware gestreift, und er dachte gar nicht daran, nach dem Erlaubnischein zum Straßenhandel zu fragen. Aber mittlerweile war bei dem Alten das unheimliche Gefühl vom Herzen bis ins Hirn gekrochen, und er war sich bewußt geworden: „Für dies Lächeln kann ich mir nichts kaufen!“

Enttäuscht hob er den trübseligen Blick in die Höhe. War da nicht auch etwas verändert? — Hier und dort hing ja eine Fahne — aber in des Alten Hirn tauchte eine konfuse Erinnerung auf an einen Wald von Fahnen, fast so dicht wie der — leider ach — so dicke Fahnenwald auf seinem Lattenbaum. Und in den Schaufenstern, auf die der müde Blick jetzt hinunterkam — war da nicht auch etwas verändert? Fehlte da nicht etwas?

Ja — gewiß! — Da war doch früher kein Schaufenster gewesen, wo man nicht diese Photographie sah — das ganze Jahr hindurch: Mutter mit Kindchen — o pardon: Prinzessin mit Prinzen! — Ein Handschuhladen — im Schaufenster: Mutter . . . nein: Prinzessin mit Prinzen! Ein Blumenladen: Prinzessin mit Prinzen! Ein Wehgerladen: Prinzessin mit Prinzen! — usw. usw.

Und von alledem heute keine Spur! Nicht mal heute! — Und kein Mensch sah nach ihm und seinem Kram! — Das alte Männchen verstand es nicht. Stillos und ratlos stand es da, inmitten des braufenden Lebensstromes.

Und doch — aus dem hastenden, wirbelnden, braufenden Lebensstrom schlen wie unendlich seiner, kristallklarer Bistht ihn leise, leise eine Ahnung anzusprechen, ihn zu umhüllen und zu durchdringen — die Ahnung von einer neuen Zeit. . .

Gegen den Straßenhandel wird in neuerer Zeit von Hausbesitzern und kleinen Gewerbetreibenden erneut Sturm gelaufen. Der Verein Berliner Grundbesitzer von 1865 (Ännerer Stadtteile) hat an den Magistrat eine Eingabe gerichtet, in der anerkannt wird, daß der Straßenhandel infolge der Polizeiverordnung von 1904 aus den in dieser Verordnung angeführten Straßen so gut wie verschwunden ist; umsomehr mache er sich in denjenigen Straßen bemerkbar, die von der Polizeiverordnung nicht betroffen werden. Es sei notwendig, auch hier noch ein Verbot auszusprechen, wodurch der Straßenhandel in Berlin gänzlich beseitigt wird.

Berlin zu fordern. Von der Agitation der Hausbesitzer sind auch eine Anzahl Gewerbetreibender angesteckt worden, die in das Feldgehirn zur Beseitigung des Straßenhandels lebhaft einstimmen. Wichtig ist eins: Nur die Hausbesitzer haben das lebhafteste Interesse an dem Verschwinden des Straßenhandels. Dann kommen sie in die Lage, nicht nur ihre Läden vollständig vermieten zu können, sondern auch die Mieten für die vermieteten Läden erheblich steigern zu können. Der kleine Geschäftsmann, der heute schon zu tun hat, die Miete zu erschwingen und der in dem vor seiner Tür haltenden Straßenhändler einen unliebsamen Konkurrenten erblickt, wird keinen Nutzen haben. Einmal bekommt er durch die Vermietung etwaiger unbewohnter Läden neue Konkurrenten, dann aber nimmt ihm der Hausbesitzer durch Mietsteigerung eine eventuelle erhöhte Einnahme wieder ab. Schon mancher kleine Geschäftsmann, der im Laden nicht mehr existieren konnte, hat zum Straßenhandel greifen müssen und schlägt sich so gut es geht, durch. Bei Erdrosselung dieses Handels würde das in Zukunft unmöglich sein. Beweis läßt sich auch über den Straßenhandel manches sagen, das trifft aber auf viele lebhafte Händler ebenfalls zu. Nur im Interesse der Hausbesitzer den Straßenhandel zu beseitigen, dagegen müssen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden.

Zur Lohnfrage der städtischen Arbeiter. Die sozialdemokratische Fraktion der Stadtverordnetenversammlung hat folgenden Antrag gestellt: Die Stadtverordnetenversammlung erludt den Magistrat, ihr in einer Vorlage — zur Kenntnisnahme — Mitteilung zu machen über seine Beschäfte betreffend die von dem Herrn Oberbürgermeister gelegentlich der Stadtberatung am 24. Februar 1910 in Aussicht gestellte Erhöhung der städtischen Arbeiterlöhne.

Die Ständgebühderhöhung in den Markthallen, die die städtische Markthallenkommission beschlossen hat, trifft viele Ständinhaber recht erheblich. Am schlimmsten sind diejenigen daran, die in einer anderen als in der Zentralhalle ihren Stand haben. Diese Leute hatten schon zum größten Teil bisher ihre liebe Not, ihre Existenz zu finden. Eine Ständgebühderhöhung für diese Hallen hat zweifellos die Wirkung, daß noch mehr Stände als bisher leer bleiben werden und hebt den finanziellen Effekt der Erhöhung der Ständgebühder wieder auf. Dazu kommt, daß eine Anzahl alter, betagter Ständinhaber ihre Existenz verlieren. Das hat kürzlich eine Deputation dem Herrn Oberbürgermeister auseinandergesetzt und gebeten, die Ständgebühderhöhung nicht eintreten zu lassen. Jetzt ist zu Händen der Händlerin Wilhelmine Schmidt folgender Bescheid ergangen:

Auf Ihr an den Magistrat gerichtetes, an uns zur Bescheidung abgegebenes Gesuch vom 12. d. M. erwidern wir Ihnen, daß wir zugunsten einer geringen Zahl betagter Ständinhaber nicht in der Lage sind, von der allgemeinen Erhöhung der Ständgebühder Abstand zu nehmen, zumal die Erhöhung sich nur in ganz bescheidenen Grenzen bewegt.

Unterzeichnet ist diese Antwort von dem Delegierten der Markthallenkommission Stadtrat Benzly. Unseres Erachtens wird durch den Bescheid der Markthallenkommission niemandem genügt. Wenn man vielleicht eine kleine Erhöhung der Ständgebühder für die Zentralhalle nach Lage der Verhältnisse begreifen kann, so dürfte die auch für andere Hallen eingetretene Erhöhung sich durch nichts rechtfertigen lassen. Aber uns scheint, als ob verschiedenen maßgebenden Herren in der städtischen Verwaltung ein weiteres Zurückgehen der Frequenz in den städtischen Markthallen nur sehr erwünscht ist. Man rechnet schon damit, diese oder jene Halle dann auch zu schließen und anderen Zwecken dienlich zu machen.

Handmittel außerhalb der Apotheken. Ueber den Verkauf von Handmitteln außerhalb der Apotheken liegen eine Reihe von gerichtlichen Entscheidungen vor, die jetzt amtlich zusammengestellt worden sind und das weiteste Interesse beanspruchen. Nabalberwein, Brusttee und Brustpulver dürfen nach einem Urteil des Kammergerichts und des Landgerichts III in Berlin als Vorbeugungsmittel auch außerhalb der Apotheken feilgehalten werden. Vain-Epeller ist ebenfalls nach dem Kammergericht, nur als Heilmittel dem freien Verkehr entzogen und seine Anpreisung auf den früheren Umfassungen in der Provinz Hannover verboten, soweit ihm darin Heil- oder Schutzwirkungen zugeschrieben werden. Auch das Feilhalten von Alpenkräutertee ist außerhalb der Apotheken zulässig. Ebenso kann Korbholzwasser als Desinfektionsmittel nach einer Entscheidung des Kammergerichts verkauft werden. Dem freien Verkehr überlassen will außerdem das Kammergericht essigsaure Tonerde zu kosmetischen Zwecken, Omega-Änderliches, Hamburger Pechpflaster, soweit es lediglich aus Pech, Wachs, Terpentin und Fett besteht sowie Erysolin als Desinfektionsmittel. Sogar graue Quecksilberpulver mit nicht mehr als 10 Gewichtsteilen Quecksilber in 100 Gewichtsteilen Salbe kann außerhalb der Apotheken verkauft werden. Dagegen darf aromatisches Eisenpulver außerhalb der Apotheken als Heilmittel nicht feilgehalten werden.

Beschwerden bei der Post. Ueber die Beförderung von Poststücken wird häufig Beschwerde an zuständige oder unzuständige Stelle erhoben. Die Beschwerdeführer machen aber häufig nur ganz ungenaue Angaben. Schritte zur Abstellung von Mängeln kann die Postverwaltung nur unternehmen, wenn sie genau weiß, wo Mängel vorgekommen sind. Fehlen Beweismittel, so können die Beschwerden überhaupt nicht erledigt werden. Es sei deshalb allen, die Grund zu haben glauben, über die Post sich beschweren zu müssen, empfohlen, die Belege mit einzureichen. Beschwerden über die Bestellung sind zunächst an das bestellende Postamt zu richten. Ueber das Postamt kann man sich in Berlin bei der Oberpostdirektion beschweren. Die Bezirksverwaltung oder gar die Reichspostverwaltung hat natürlich nur die Aufsicht und die Leitung über den Betrieb im ganzen.

Besichtigung von Irrenanstalten. Die besonders in der wärmeren Jahreszeit sich häufenden Besichtigungen der Irrenanstalt Buch durch Vereine, Kommissionen u. a. haben sich als störend für die Kranken und den Dienst in der Anstalt erwiesen. Besichtigungen der Anstalt können daher fortan nur wirklich Interessierten und zwar nur Mittwochs von 3—6 Uhr nachmittags gestattet werden. Die Gruppen der Besucher dürfen etwa nur 30 Köpfe zählen. Kinder und Jugendliche sind vom Besuch ausgeschlossen.

Verlegung von Fortbildungsschulen. Die Fortbildungsanstalt im Schulgebäude Friedrichstr. 128 soll nach dem Schulgebäude des Friedrichs-Gymnasiums in der Albrechtstraße verlegt werden. Die Wahlfortbildungsschule für die weibliche Jugend in der Culmburgstraße 15 wird am 1. Oktober dieses Jahres nach der Gneisenaustraße 7 verlegt.

Ein Preisauschreiben zur Erlangung künstlerischer Entwürfe für Einladungskarten, Tischkarten und Tischbelegungskarten unter deutschen Künstlern will die Deputation für die unere Ausschmückung des Rathauses veranstalten.

Im Zeichen des Verlezes. Ein Peler schreibt und: „Als ich am 24. d. M. mittags gegen 12 Uhr die Velleuestraße passierte, kam eine Batterie Artillerie über den Potsdamer Platz und die Velleuestraße entlang. Da ich geschäftlich es sehr eilig hatte, lief ich zwischen dem ersten und zweiten Geschütz durch; es war ein Abstand von 4—5 Meter. Als ich schon durch war, sprang ein Soldat vom Geschütz, folgte mich am Galle und rief mir dabei die Kravatte in vier Teile, auch von der Weste wurden verschiedene Knöpfe abgerissen. Ich war ganz erstaunt über diesen Angriff und wandte mich an einen Vorgesetzten, welcher sich noch darüber amüsierte.“

Dem Schreiber obiger Zeilen scheint die auch von uns veröffentlichte Bekanntmachung des Polizeipräsidenten nicht bekannt zu sein, nach der das Durchführen von Soldatenkolonnen verboten ist. Nichtbedeutender ist die ihm zuteil gewordene Behandlung entschieden zu rügen.

Hingerichtet wurde gestern morgen um 6 Uhr der 81 Jahre alte Schriftfeger Max Hadrack, der am 27. August vorigen Jahres in einer kleinen Villa zu Vornum bei Potsdam die 78 Jahre alte frühere Opernsängerin Witwe Josefine Rudolphine erschoss und braute, nachdem er sich aller Kleidungsstücke entledigt hatte, um diese nicht mit Blut zu beflecken, dann nackt erlösch, im Sticht Gestalt sich durch die Vorpiegelung, daß er überfallen worden sei, vergeblich Kleidungstücke zu verschaffen suchte, auf einem Gefäß, an dem er vorbeikam, einige Wäschestücke auszuwickeln und endlich von Mannschaften der Wache an der historischen Mühle mit einem Mantel bedeckt und nach Hause gebracht wurde. Hadrack floh am nächsten Tage von Wildpark mit der Bahn nach dem Süden zu, wurde unterwegs in Magdeburg und in Halle festgenommen, weil er aus dem Juge herausgeschossen hatte, aber wieder freigelassen, weil er behauptete, er sei überfallen worden und habe den Revolver probieren wollen. Nach längerer Irrfahrt wurde er endlich in München ergriffen und in Potsdam zum Tode verurteilt. Schon zweimal war die Hinrichtung angelegt, wurde aber verschoben, weil Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit Hadracks geltend gemacht wurden. Die Untersuchung des Geisteszustandes hat aber, wie berichtet wird, ergeben, daß H. zurechnungsfähig sei. Ein Gnabengesuch verfiel der Ablehnung. Am Mittwochmorgen wurde dem zum Tode Verurteilten davon Kenntnis gegeben, daß er am Donnerstagmorgen hingerichtet werde. Der Frau des H., die den Tod erlitten worden war, wurde eine letzte Unterredung verweigert, weil angeblich die dazu gehörigen Formalitäten nicht erledigt werden konnten. In diesem Falle hätte man Vorsorge treffen müssen, damit der Wunsch der Frau erfüllt worden wäre. Gestern, Donnerstag, früh 6 Uhr erfolgte im Hofe des Gefängnisses in Plägensee die Hinrichtung durch den Scharfrichter Schiewig aus Breslau. Der eiltfertige „Lokal-Anzeiger“ brachte die Nachricht von der Hinrichtung bereits gestern morgen, zu einer Zeit, da Hadrack noch unter den Lebenden weilte.

Selbstmord eines Rekruten. Aus Furcht vor Strafe hat sich der Gardeartillerist Berger das Leben genommen. Er hatte seinem Unteroffizier einen größeren Geldbetrag entwendet und Urlaub genommen, um sich die Summe von seinen in Klein-Köris bei Königs-Büsterhausen wohnenden Angehörigen zu beschaffen. Da er das Geld jedoch nicht erhielt, stürzte er sich in der Nähe von Rudow in den Teltow-Kanal, aus dem gestern seine Leiche gelandet wurde.

Ueber Bord eines Dampfers gestürzt und ertrunken ist anscheinend der Maler Paul Schade. Sch. hatte mit mehreren Mitgliedern eines Nachfahrvereins eine Dampferpartie nach Bernsdorfer Schleuse unternommen. Als der Dampfer am Endziel ankam, suchte man vergeblich nach Sch. Nur der Hut des Vermissten wurde auf einer Bank vorgefunden. Sch. ist jedenfalls während der Fahrt über Bord gefallen, und da niemand etwas von dem Vorgange bemerkt hat, so mußte er rettungslos ertrunken.

Die Leiche der bei dem Bootsunfall auf dem Krassensee ertrunkenen Wittkatharin Dora Hildebrandt wurde gestern bei Rahnsdorf aus der Spree gelandet. Fräulein H. hatte am vorigen Freitag mit zwei Bekannten Herren eine Kahnfahrt unternommen, bei der das Segelboot infolge heftigen Windes kenterte und die Insassen in das Wasser fielen. Während die Wittkatharin ertrank, konnten sich ihre Begleiter durch Schwimmen retten.

Unter Verdacht verhaftet wurde die Arbeiterfrau Hübler aus Spandau, die, wie wir berichteten, beschuldigt wird, ihren Geliebten, den 23jährigen Zimmermann Pfundner, der bei ihr in der Schlaftelle gewohnt hatte, im Walde zwischen Ober-Schönheide und Spindlersfelde erschossen zu haben. Frau H. war damals bei der Leiche des Pfundner von einem Arbeiter getroffen worden. Diefem erzählte sie, daß ihr Geliebter Selbstmord begangen habe. Sie wurde damals in Haft genommen, jedoch bald wieder auf freien Fuß gesetzt. Jetzt ist von der Staatsanwaltschaft ihre nochmalige Verhaftung angeordnet worden.

Ein seltsamer Hund wurde gestern früh im Tiergarten gemacht. Dort lag ein Schirm, in dem sich ein Zettel mit folgender Aufschrift befand: Sucht mich nicht. Mein Schirm ist hier, aber ich bin in der Spree. Die liebe Anna. Es ist ein schwarzer Damenschirm mit schwarzem Gummigriff und Messingring. Ob wirklich ein Selbstmord vorliegt oder grober Unfug läßt sich noch nicht sagen.

Ein großer Dachstuhlbrand kam gestern in der Grob-Wörschenstraße 29 Ecke Rantzinstraße und der Potsdamer Eisenbahn zum Ausbruch. Die Flammen schlugen bereits aus dem Dache des Vorderhauses hell empor, als die Gefahr bemerkt wurde. Die Feuerwehr war schnell mit den Zügen 9, 10 und 12 zur Stelle. Ueber die Treppe sowie zwei mechanische Leitern und vom Nebengrundstück wurde vorgegangen; sechs Schlauchleitungen wurden vorgenommen und längere Zeit tüchtig geleitet. Erst nach mehrstündiger Tätigkeit war die Gefahr beseitigt. Die Aufräumung war recht umständlich, fast der gesamte Dachstuhl des Vorderhauses und die Hälfte des Seitenschiffs ist niedergebrennt. Die oberen Stockwerke des vierstöckigen Gebäudes haben durch Wasser gelitten. Gleichzeitig erfolgte ein Alarm nach der Teltower Straße 1, dem grober Unfug zugrunde lag. In der Raanenstraße 30 brannte außerdem im Keller Müll u. a.

Ein armer Hausdiener hat am Dienstagvormittag ein Vortemonnaie mit 46 M. Bargeld, 1 Blechmarke und einer Legitimationskarte vom Deutschen Transportarbeiter-Verband\* als Inhalt im südöstlichen Viertel Berlins verloren. Da der Verlierer ersipflichtigt ist, wird der ehrliche Finder gebeten den Fund im Bureau des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, Engelauer 15 II, abzugeben oder dorthin seine Adresse gelangen lassen.

Für den Verein Arbeiter-Jugendheim erhielt der Unterzeichnete: Heberich vom Märkischen von den Arbeitern der Pagenhofer Brauerei, Abteilung Köpenick 86, — M., desgleichen von der gesamteten Arbeiterchaft Pagenhofer, Abteilung I, 86,45 M., zusammen 72,45 M. R. Rosenfeld, O. 2, An der Spandauer Brücke 1a.

## Vorort-Nachrichten.

### Charlottenburg.

Stadtverordnetenversammlung. Zunächst wurde der neu gewählte Stadtrat Eichenheim in sein Amt eingeführt. Derselbe war 25 Jahre in der Leitung der Berliner Elektrizitätswerte tätig und ist gerade mit Rücksicht hierauf gewählt worden, um als Nachfolger für den Stadtrat Dr. Joffe das Dezernat des städtischen Elektrizitätswerts zu übernehmen. Das Wort geht zum 1. August vollständig in städtische Verwaltung über — bisher war es an die Firma Bahmeyer verpachtet. Stadtrat Dr. Joffe glaubt die dadurch bedingte größere Arbeitslast nicht mehr auf sich nehmen zu können.

Es folgte eine Reihe kleinerer Vorlagen, die debattelos resp. nach kurzen Bemerkungen angenommen wurden; wir erwähnen, daß 85 000 M. zur Herichtung eines Spielplatzes an dem städtischen Grundstück neben den Berliner Wasserwerken auf Weiland gefordert wurden. Genosse Geyer betonte, daß auch unsere Vertreter das Geld für diesen Zweck gern bewilligen. — Zu dem Beitritt der städtischen Gewerke zur Zentrale für Gewerwertung\*, für welchen Zweck 600 M. (drei Jahresbeiträge von je 200 M.) verlangt wurden, bemerkte Genosse Vogel, die beste Propaganda für eine vermehrte Verwendung von Gas geschähe durch Lieferung eines guten und vor allem auch eines billigen Gases; vor Jahren habe die Stadtverordnetenversammlung

einmal einen Wechsel auf Herabsetzung des Gaspreises ausgestellt; es wäre wohl angebracht, endlich einmal an die Einführung dieses Wechsels zu denken. — Hundshunder Markt wurden zur Garantie einer „Frei Reuter - Hundstafelfeier“ bewilligt, die der Oberbibliothekar a. D. Dr. Goebber - Berlin zur Feier des hundertsten Geburtstages Frei Reuters (7. November 1910) in der Zeit vom 12. Juli bis Anfang Oktober in dem Künstlerhaus Berlin, Bellevuestraße 3, veranstalten will. — 4000 M. forderte der Magistrat, um anlässlich der hundertjährigen Wiederkehr des Todesjages der Königin Luise Bücher als Festschrift für die Kinder der Gemeindegassen zu beschaffen. Genosse Dr. Vorkardt wandte sich gegen den Kultus, der mit dem Andenken der Königin Luise getrieben wird, durch den man ihr Bild gleichsam zu dem einer Heiligen, der geschichtlichen Wahrheit zuwider, auszugestalten sucht. Seine sachgemäß und ruhig gehaltenen Ausführungen wurden von den Unpolitischen mit großer Unruhe und Widerspruch aufgenommen, sodah der Vorsteher sich genötigt sah, dieses Benehmen scharf zu rügen, die Unruhe seien um so unverständlicher, als anerkannt werden müsse, daß der Stadtverordnete Dr. Vorkardt die von seinem Standpunkt aus gewiß berechtigten Ausführungen in durchaus maßvoller Weise gemacht habe. Stadtdr. Dr. Stadthagen (Unpol.) betonte, daß der Kultus, der die Königin Luise in den Augen des Volkes umgibt, gleichviel ob historisch berechtigt oder nicht, erhalten bleiben müsse. Stadtdr. Ditto (lib.) bemerkte, daß auch seine Freunde sich von liebevollstem Hyphantinismus frei hielten und daß die zur Verteilung kommenden Schriften das gleichfalls täten. Aber auch noch Abzug aller Liebertreibungen bleibe an dem Bild der edlen Dulderin auf dem Thron\* so viel Erhabenes und Schönes, daß ihr Andenken mit Recht im Volke hoch gehalten werden müßte, und deshalb wollen er und seine Freunde „mit Freunden“ die geforderte Summe bewilligen. Genosse Dr. Vorkardt erwiderte, daß unsere Anschauungen über Hyphantinismus von denen der Liberalen doch erheblich abwichen; gegen die geplante Gabe müßten wir um so mehr protestieren, als gerade die Kinder der Volksschule, also der Kreise, die wir in erster Linie vertreten, damit beglückt werden sollen; würde man solche Schriften in den höheren Lehranstalten verteilen, so würden wir das zwar auch nicht billigen, und jedoch kaum zu einem so scharfen Protest veranlaßt sehen.

Die Summe wurde schließlich bewilligt. Ebenso wurde für den Oberbürgermeister für den Fall seiner Wiederwahl eine Gehaltserhöhung von 3000 M. und für den Stadtschulrat Dr. Reufert im gleichen Fall eine solche von 1500 M. bewilligt — die Gehälter der beiden Herren würden damit auf 27 000 resp. 18 500 M. steigen. Da eine Aufbesserung erst vor einem Jahre, bei der allgemeinen Erhöhung des Normaltarifs stattgefunden hat, waren unsere Genossen nicht in der Lage, diesen vom Ausschuss beantragten Erhöhungen zuzustimmen; auch von den Unpolitischen stimmten einige gegen diese Durchbrechung des Normaltarifs; aber die Liberalen stimmten geschlossen dafür, sie trösteten sich mit dem radikalistischen Gedanken, der Normaltarif würde nicht durchbrochen, denn die beiden Herren erhielten nur persönliche Zulagen.

Den letzten Gegenstand der Tagesordnung bildete der Bericht des Ausschusses über die Vorlagen betreffend die Fortsetzung der Untergrundbahn vom Reichsfinanzplatz nach der Gemartungsgrenze und betreffend Erteilung der Zustimmung an die Hochbahngesellschaft zum Bau der Untergrundbahn nach dem Gleisdreieck, dem Rinderberg Platz und dem Kurfürstendamm. Die Vorlagen wurden mit den vom Ausschuss beschlossenen materiell nicht unerheblichen Änderungen angenommen. Zu bemerken ist, daß der Vorstand des Kommunalvereins von Westend gebeten hatte, der ersten Vorlage nur zuzustimmen, wenn eine Haltestelle in der Gegend der Eschenallee errichtet würde. Der Ausschuss beantragte statt dessen die Zustimmung ohne diese Bedingung, doch sollte der Magistrat in einer Resolution ersucht werden, in Verhandlungen mit der Hochbahngesellschaft einzutreten, damit, wenn möglich, Vorkerungen getroffen werden, um in der Gegend der Eschenallee eine Haltestelle zu schaffen, deren Inbetriebsetzung erst bei vorhandenem Verkehrsbedarf zu erfolgen haben würde. Der Vorsitzende des Kommunalvereins von Westend, Stadtdr. General a. D. Becker geißelte den Wortlaut dieser Resolution, die eigentlich gar nichts sagt und absolut unverständlich ist. Trotzdem erklärte er, ihr zustimmen zu wollen, weil er von einer einstimmig gefassten Resolution sich einen Eindruck auf den Magistrat verspricht und von diesen eine Einwirkung auf die Gesellschaft erhofft. Im übrigen plädierte er lebhaft für die Notwendigkeit einer Haltestelle an der Eschenallee, damit reiche steuerkräftige Bürger nach Westend ziehen. In bewoglicher Klage schilderte er Westend beinahe als ein Dorf, fern vom Großstadtverkehr, wo es keine Droshke, kein Auto, keine Straßenbahn und nicht einmal einen Omnibus gebe, und doch wolle man Millionäre dorthin haben; die bestimme man nur, wenn man ihnen die Untergrundbahnhöfe so dicht aufeinander baue, daß jeder fast vor der Tür einen Bahnhof hat — Die Resolution wurde mit großer Mehrheit angenommen.

### Schöneberg.

Eine längere Verkehrshörung im Straßenbahndetriebe ereignete sich vorgestern am Kaiser-Wilhelm-Platz. Der Anhängewagen eines Auges der Linie V war in der Rotweiche mit beiden Achsen entgleist und sperrte infolgedessen das Gleis in der Richtung nach Schöneberg. Durch Mannschaften des herbeigerufenen Rettungswagens der Straßenbahn wurde das Hindernis beseitigt. Während der von 8.05 bis 8.55 Uhr während der Störung fuhr die Wagen der Linien III und III nur bis zur Eisenacher Straße und nahmen dort ihre Fahrtzeit auf. Die Linien I, II und V wurden durch die Bahn, Hainstein\* und Poststraße abgelenkt.

### Rixdorf.

Der Männergesangsverein Rixdorf hat infolge der Lokalsperre des Deutschen Wirtschaftsinstitut nach dem Restaurant Karlsarten verlegt. Die Übungsstunden finden jeden Freitag abends von 9—11 Uhr statt.

### Rödenitz.

Bei der gestrigen Stichwahl zur Stadtverordnetenversammlung in der zweiten Abteilung erlangen unsere Genossen zwei neue Sitze im Stadtparlament, so daß zusammen mit den sämtlichen 12 Mandaten der dritten Abteilung insgesamt 14 Vertreter der Sozialdemokratie der Stadtverordnetenversammlung angehören. Die gestern stattgefundenen Stichwahl hatte folgendes Resultat: Die sozialdemokratischen Kandidaten Genossen Galle und Gastwirt Müller erhielten 218 und 201 Stimmen, die beiden Gegner, der frühere Stadtrat Heuschel 100 und der Postassistent Loff 178 Stimmen.

### Weißensee.

Auf der Gemeindevertretung. Vor Beginn der sechsständigen Sitzung wurde die Wahl des Genossen Bloß für gültig erklärt und der Einspruch einiger Alt-Weißenseer Bauern einstimmig abgelehnt. Mehrere Kommissionen wurden durch neue Mitglieder besetzt. Bei der Neuwahl der Bezirksvorsteher rügte Genosse Frey, daß für diese Posten ausschließlich Lehrer vorgeschlagen sind. Vom Vorstandliche wurde betont, daß gerade die Lehrer die geeigneten Personen für diese Posten seien. Zum Delegierten des Brandenburgischen Städtetages in Landsberg a. W. wurde der Beigeordnete Dr. Klammroth gewählt. Eine ausgedehnte Debatte entspann sich bei der Bewilligung von Mitteln zur Erbauung eines Kühlhauses auf dem Kleingarten Bezirk. Die Bürgerlichen hatten sich in einer vorher stattgefundenen Sitzung festgelegt, die Mittel zu verweigern, da sie sich von der Rentabilität einer Milchwirtschaft nicht überzeugen konnten. Der anwesende Administrator legte an der Hand von Zahlen dar, daß von einer Rentabilität abgesehen werden müsse, aber die zu erzeugenden Produkte wie Gras und Rüben verlangten ein Absatzgebiet und da Wirtschaft so weit von Berlin liegt, so müsse man die Produkte selbst verwerten. Trotzdem die meisten Herren sich nun

als Baumsackverfrächter zeigten, wurde das Projekt gegen wenige Stimmen angenommen. Ebenso wurden noch die Mittel zum Bau einer neuen Feldheime bewilligt. — Für die Industriebahn hat die Gemeinde 25 Proz. des jährlichen Verlustes zu tragen, im Ganzen 8460,67 M. Diese Summe wurde bewilligt mit der Maßgabe, daß der Kreisabschluss dahin zu wirken habe, daß die augenblicklich bestehenden hohen Karisäge herabgesetzt und denen der Staatsbahn gleichgestellt werden. Beim Bericht des Gemeindevorstandes Herr Dr. Pape Stellung zu der zu Unrecht gezeichneten Entlassung des Verwalters des Siechenhauses. Er mußte sich aber belehren lassen, daß der Verwalter seine Vertragsbestimmungen nicht eingehalten habe, so unter anderem habe er es in letzter Zeit abgesehen, die Siechen abzuwarten, so daß diese oft tagelang ohne Hilfe waren. Die Ordnung im Siechenhause wird nunmehr von einer Schwester und einer Aufsichtsfrau besorgt. Es sind für die Gemeinde nunmehr drei Schwestern tätig, die gemeinsam im Siechenhause Wohnung nehmen. Dem Ortsverein des Blauen Kreuzes wurden 100 M. bewilligt, 250 M. hatte dieser für seine Zwecke beantragt. Wie in den anderen Vororten soll auch Weißensee in Zukunft die Ortsbezeichnung „Berlin-Weißensee“ erhalten. Zwei Interne sollen verlagert werden, weil sie es unterlassen haben, ihren Arbeitern rechtzeitig die fälligen Steuern vom Lohne abzuführen. 2172,50 M. mußten bewilligt werden für einen erkrankten Lehrer an der Realschule. In der geheimen Sitzung wurden drei Punkte verhandelt.

### Nieder-Schönhausen.

Einer der ältesten Parteigenossen am Orte, der Kaufmann Karl Ströhm, ist am Mittwoch früh nach langem schweren Leiden im Alter von 71 Jahren gestorben. Trotz seines hohen Alters nahm der Verstorbene bis zuletzt an allem, was die Partei betraf, lebhaften Anteil. Während er sich noch bei der diesjährigen Gemeindevahl nach dem Wahllokal, um sein Wahlrecht auszuüben, die hiesigen Genossen, denen Ströhm bekannt war, werden den Toten nicht vergessen und ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 28. d. Mts., nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeindefriedhofes, Wuchererstraße, aus statt. Die Wahlvereinsmitglieder werden gebeten, recht zahlreich dem Dahingegangenen die letzte Ehre zu erweisen.

### Pankow.

In der letzten Mitgliederversammlung des Wahlvereins gab zunächst Genosse Kubig einen Bericht über die stattgefundene Gemeindevorstandskonferenz. Nodner hob vor allem die Wichtigkeit derartigen Zusammenkünfte für die Teilnehmer hervor. Zu der folgenden Diskussion wird unter anderen von verschiedenen Rednern über die mangelhafte Wasserversorgung Pankows gellagt. Stundenslang gibt es, namentlich in den oberen Etagen, überhaupt kein Wasser, was bei Ausbruch eines Brandes eine große Gefahr für die Bewohner Pankows bedeutet. Eine beschleunigte Fertigstellung des neuen Wasserwerks müsse das Hauptaugenmerk der Vertreter sein. Der Vorsitzende, Genosse Spidemann, gab esdem bekannt, daß das diesjährige Sommerfest im „Pankowpark“ stattfindet. Eine demnächst stattfindende öffentliche Versammlung wird sich mit der beabsichtigten Erbauung einer evangelischen Kirche beschäftigen.

### Jugendveranstaltungen.

Schöneberg. Heute Freitag, den 27. Mai, abends 8 1/2 Uhr, findet bei Hofmann, Vorderstraße 8, unser vierter Vortragsabend statt. Genosse Holst spricht über „Verkehrsmittel“. Um recht zahlreiche Beteiligung aller Jugendlichen wird ersucht; auch Erwachsene haben Zutritt.

Steglitz und Umgebung. Sonntag, den 30. Mai, veranstaltet die freie Jugendorganisation Steglitz und Umgebung einen Nachmittagsausflug nach Schildhorn. Treffpunkt für Steglitz: Sauerberg, für Friedenau und Wilmersdorf: Bahnhof Samargendorf und für Zehlendorf: Bahnhof Hasel. Der Abmarsch erfolgt pünktlich um 1/2 Uhr. Alle Jugendlichen bis zu 18 Jahren werden aufgefordert, sich an dieser Veranstaltung zu beteiligen. Für Spielmaterial ist ausreichend gesorgt.

### Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 35. Heft des 28. Jahrgangs erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Ermattung oder Kampf? Von Rosa Luxemburg. — Die Arbeiterbewegung in den Vereinigten Staaten. Von Wagners Lee. — Die spanischen Kämpfe. Von Mario Antonio. — Lenening und proletarische Politik. Von Dr. Max Adler. — Literarische Rundschau: Johannes Galle, Am Jungferndorf. Von Theresia Schlegel. — Notizen: Die Ermattung in Polen. Von Karl Abel. Das fünfundsiebzigjährige Bestehen des Börsen- und Kreditorenverbandes. Von A. Ransel, Hamburg. Zur gewerkschaftlichen Agitation. Von Bruno Kähn, Bielefeld. — Reichstagsberichten.

Die „Neue Zeit“ erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen, Buchhändler und Kolportage zum Preise von 3.25 M. pro Quartal zu beziehen; jedoch kann dieselbe bei der Post nur pro Quartal abonniert werden. Das einzelne Heft kostet 25 Pf.

Probenummern stehen jederzeit zur Verfügung.

Bericht des Arbeitersekretariats für Kiel und Umgebung, 1909. 98 Seiten. Selbstverlag.

Der Kampf um die Rente und der Selbstmord in der Rechtsprechung des Reichsoberverwaltungsamts. Von E. Schulze. 150 M. (Sammlung Hohe. 2. Bd. Heft 1.) E. Fackel, Halle a. S.

Palmskron. Von Chr. Morgenstern. 65 Seiten. — V. Cassirer, Berlin.

Musikischer Marktbericht der städtischen Musikalien-Direktion über den Großhandel in den Zentral-Musikalien. Marktanalyse: Alesch: Zukunft hart, Geschäft ruhig, Preise für Holzfleisch anstehend, für Schweinefleisch nachgebend. Wild: Zukunft genügend, Geschäft lebhaft, Preise fest. Aelliget: Zukunft genügend, Geschäft schleppend, Preise befriedigend. Fische: Zukunft genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise wenig verändert, für Hecht hoch. Butter und Käse: Geschäft ruhig, Preise unermindert. Gemüse, Obst und Erdfrüchte: Zukunft genügend, Geschäft anfangs still, später lebhafter, Preise wenig verändert.

Witterungsüberblick vom 26. Mai 1910, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkendichte	Temperatur in C	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkendichte	Temperatur in C
Emmerke	766 RD		1 wolkenl	13	Caparanta	759 R		4 halb bb	8
Damburg	767 RD		2 wolkenl	13	Petersburg	758 RD		1 wolkenl	8
Berlin	765 RD		2 wolkenl	15	Stettin	763 RD		2 wolkenl	11
Kranke a. R.	763 RD		3 heiter	17	Worms	767 RH		5 halb bb	13
Wilmersd.	763 RD		2 heiter	14	Paris	766 RD		4 bebodt	11
Wien	763 N		1 bebodt	16					

Wetterprognose für Freitag, den 27. Mai 1910. Vormittag heiter und trocken, nach etwas kühlere, am Tage ziemlich warm bei mäßigen nordwestlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 26. 5. 1910.	am 27. 5. 1910.	Wasserstand	am 26. 5. 1910.	am 27. 5. 1910.
Berlin	131	-7	Saale, Großh.	84	-4
Regel, Ankersburg	17	-17	Saale, Scharf.	48	-4
Weiße, Born	54	-6	Saale, Scharf.	90	0
Ober, Rastow	144	-7	Spree, Spremburg	82	-2
Krossen	210	-24	Weser, Münden	86	0
Frankfurt	234	-20	Weser, Münden	50	0
Wartze, Ertmann	9	-8	Weser, Münden	95	-9
Wartze, Landsberg	14	-6	Weser, Münden	504	+2
Regel, Born	8	0	Weser, Münden	293	+14
Eibe, Lesterm	31	-16	Weser, Münden	252	0
Weser, Münden	-77	+1	Weser, Münden	75	-5
Weser, Münden	190	-18	Weser, Münden	134	-9
Weser, Münden	103	-24	Weser, Münden	62	-6

h + bedeutet Hoch, — Null, ? Unbestimmt.